

Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren

1. Vorbemerkung: Institutionelle und kulturelle Voraussetzungen von politischer Demokratie und Menschenrechten in Deutschland nach dem Nationalsozialismus
2. Überblick zu ausgewählten Positionen in der Forschung
3. Überblick: Die Vorgeschichte der politischen Opposition außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren
 - 3.1. Der lange Weg zur Formierung politischer Oppositionsgruppen außerhalb der protestantischen Kirche 1989
 - 3.2. Berlin und Dresden: zwei Beispiele
 - 3.2.1. Berlin 1971–1989
 - 3.2.2. „Plattformfieber“ – Die Konstituierung der politischen Opposition
 - 3.2.3. Dresden 1978–1989
 - 3.2.4. Die ökumenischen Versammlungen – christliche Gesellschaftskritik
 - 3.3. Berlin und Dresden – zwei Modelle
4. Zum Begriff und zur Geschichte der „Opposition“ in Osteuropa in den siebziger und achtziger Jahren
5. Probleme mit dem Begriff der politischen „Opposition“ in der DDR
6. „Spuren“ einer politischen Opposition in der DDR
 - 6.1. Die Sicht der Staatssicherheit
 - 6.2. Der marxistische „Revisionismus“
 - 6.3. „Initiative Frieden und Menschenrechte“
 - 6.4. Die Bausoldaten
 - 6.5. Theologen und Pfarrer in der Politik
 - 6.6. Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung
 - 6.7. Die schwierige Idee der politischen Freiheit
7. Resümee
8. Chronologie
9. Literatur

1. *Vorbemerkung: Institutionelle und kulturelle Voraussetzungen von politischer Demokratie und Menschenrechten in Deutschland nach dem Nationalsozialismus*

Eine Darstellung der Vorgeschichte der politischen Opposition in der ehemaligen DDR setzt eine Vergewisserung über ihren historischen Ort, ihren Entstehungszusammenhang voraus: die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945, ihre Entstehung, ihre Auseinanderentwicklung und den – von vielen nicht erwarteten – Zusammenbruch der DDR.

Diese Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 kann unter vielerlei Gesichtspunkten geschrieben und erforscht werden. Es kann die Frage nach der Verantwortung für die deutsche Teilung gestellt werden, es kann nach verpassten Chancen gesucht werden. Die Wahl der Perspektive bestimmt dabei nicht unerheblich Forschung und Darstellung. Wir erarbeiten uns eine Perspektive der „unvollendeten Befreiung“. Damit soll nur angedeutet werden, daß das Ende des II. Weltkrieges 1945 verstanden wird als eine unter vielen Opfern erzwungene Befreiung vom Nationalsozialismus, die jedoch noch nicht als ein selbstgemachter und selbstgewollter Neuanfang gelten kann.

Sich von den Resten des Nationalsozialismus selbst zu befreien, die politische und juristische Haftung sowie die moralische Schuld für die Verbrechen anzuerkennen, die Folgen des Verwaltungsmassenmordes soweit irgend möglich zu mildern, einen politischen Weg jenseits zu finden, einen Rückfall auszuschließen, das heißt Demokratie und Menschenrechte institutionell und kulturell zu verankern, dies bleibt nach 1945 eine erst zu lösende Aufgabe. Die Verbrechen gegen die Menschheit¹ selbst können weder vergessen noch vergeben oder gar ungeschehen gemacht werden.

Die „politische Kultur“² beider deutscher Staaten bleibt nach 1945 nicht nur jeweils negativ aufeinander bezogen, sondern auch in verschiedener Weise negativ bezogen auf den Nationalsozialismus. So verstand sich die alte Bundesrepublik als Versuch, die Fehler der Weimarer Demokratie zu vermeiden, während die DDR sich – bei Abwesenheit jeglicher Mechanismen, die mit dem Begriff „Legitimation“ oder „politische Kultur“ in Zusammenhang gebracht werden könnten – als Verwirklichung der Revolution von 1918 begriff, deren Scheitern im Verständnis der SED Voraussetzung für den Faschismus war.

1 Siehe zu diesem Begriff: Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem, München 1964; der Begriff ist ausführlich erläutert im Epilog S. 301 ff.

2 Wir bedienen uns hier der Arbeiten des Soziologen Maria Rainer Lepsius. Siehe: ders., Demokratie in Deutschland, Göttingen 1993 (aus dieser Sammlung vor allem der Aufsatz „Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des 'Großdeutschen Reiches'“ von 1988)

Die Geschichte beider deutscher Staaten nach 1945 weist große Differenzen auf. Die entscheidende Differenz der beiden deutschen Staaten ergibt sich dadurch, daß in der Bundesrepublik nach 1945 die Struktur einer pluralen Gesellschaft verordnet wird, die sozusagen nachträglich ihre kulturelle Legitimation erarbeitet, deren demokratisches Selbstverständnis aber auch kulturell und institutionell bedroht werden kann und bedroht wurde. Gefährdung und Verankerung politischer Demokratie sind hierbei essentiell an die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gebunden. Die Geschichte und Entwicklung nicht nur der politischen Opposition hat sich hier insofern auch immer mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit sie institutionell und kulturell zur Verankerung oder Gefährdung von politischer Demokratie und Menschenrechten beiträgt.

In der DDR dagegen handelt es sich nach 1945 um die Durchsetzung einer monoorganisationalen Gesellschaft, deren Kennzeichen gerade darin besteht, daß sie auf jeden eigenständigen Legitimationsprozeß verzichtet, die wohl aber über eine Ideologie verfügt, deren Sprachregelungen das Zusammenwirken der bürokratischen Apparate und die Einordnung, Atomisierung und Selbstunterwerfung der Menschen reguliert. Eine Beschäftigung mit der Herausbildung politischer Opposition in der DDR muß deshalb die Frage aufwerfen, inwiefern sie kulturell und institutionell zur Herausbildung eines demokratischen Bewußtseins und demokratischer Institutionen beiträgt. Auch hier bleibt ein wesentliches Kriterium dafür die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.

Die folgende Studie ist aus dieser Perspektive heraus entworfen.

2. *Überblick zu ausgewählten Positionen in der Forschung*³:

Bisher fehlt eine Darstellung und Analyse oppositioneller Bestrebungen in der DDR, die alle wesentlichen Aspekte umfaßt. Die vorliegenden Arbeiten bieten

³ Wir haben diese Studie folgendermaßen erarbeitet: Zunächst wurde eine Literaturrecherche durchgeführt, um den Stand der Forschung und der gedruckten Quellen zu erarbeiten (siehe Anhang). Einen großen Teil dieser Recherche bewältigte Steffen Alisch (Berlin). Er recherchierte in vielen Bibliotheken Berlins. Aus der Literaturrecherche entwickelten wir eine Zeitleiste wichtiger Ereignisse im Zusammenhang mit der Entstehung der politischen Opposition in der DDR (siehe Anhang). Aus der Literaturrecherche entwickelten wir außerdem ein Arbeitspapier, das den Stand der Forschung und einige Arbeitshypothesen festhielt (siehe die Ausführungen zum Stand der Forschung und zum Begriff wie zur Geschichte der „Opposition“ in Osteuropa). Mit diesem Arbeitspapier, der Zeitleiste und der Literaturliste bewaffnet führten wir eine Reihe von Expertengesprächen im Raum Berlin und Dresden durch. In diesen Gesprächen ging es einerseits darum, einen unmittelbaren Eindruck von der Arbeit der ausgesuchten Gesprächspartner zu erhalten, andererseits ging es um eine Diskussion unserer Arbeitshypothesen. Unsere Gesprächspartner waren Frieder Burkhardt (Potsdam), Klaus

dazu lediglich Ansätze. Die von Staritz 1987 formulierten Forschungsdesiderate bestehen auch heute noch fort: es mangelt an Untersuchungen der „unterschiedlichen Motive und Erscheinungsformen von Opposition im Zeitverlauf“, die deren Wandel analysieren und ihre Vielschichtigkeit herausarbeiten.⁴

Die bisher umfassendste Monographie, „Opposition und Widerstand in der DDR“ von Karl Wilhelm Fricke⁵, erhebt, so der Autor im Untertitel, ausdrücklich nicht den Anspruch, das Thema wissenschaftlicher Analyse zu unterziehen. Sie arbeitet vielmehr mit dem Instrumentarium des politischen Journalismus. Gerade diese Arbeit aber zeigt sehr ausführlich und besonders differenziert die unterschiedlichen Motive und Anlässe von Protest, Widerstand, Dissidenz und Opposition. Leider reicht die Darstellung bislang nur bis zum Anfang der achtziger Jahre.

Das Gros der Autoren⁶ motivierte erst der Zusammenbruch der DDR zur Beschäftigung mit dem Thema. Bei den jüngeren Arbeiten handelt es sich durchweg um Bemühungen, die Hintergründe der „Wende“, die Vorgeschichte der „Bürgerbewegungen“ und die Wurzeln des 1989 zutage getretenen Protestpotentials darzulegen. Zumeist beschränkt sich die analysierende Auseinandersetzung mit dem Thema auf relativ kurze Einleitungen zu Dokumentationen, die die programmatische Entwicklung der oppositionellen Gruppierungen unmittelbar vor und in der Wendezeit nachzeichnen.

Der im ganzen unbefriedigende Forschungsstand ist sicherlich zum einen dem Umstand zuzuschreiben, daß bis zum Ende des SED-Regimes der Zugang zu den Quellen außerordentlich schwierig war und daß zudem überhaupt die Quellenbasis denkbar schmal ist, weil politische Diskussionen wegen ihres zumeist zunächst privaten Charakters, auf anderer Ebene wegen der Notwendigkeit der Einhaltung konspirativer Regeln nur in Ausnahmefällen authentischen schriftlichen Niederschlag fanden. Andere Quellen, die zur Rekonstruktion bestimmter Entwicklungen und Diskussionsprozesse beitragen können, sind erst seit dem Zusammenbruch der DDR nach und nach zugänglich geworden.

Gaber (Dresden), Maria Jacobi (Dresden), Johanna und Roman Kalex (Dresden), Wolfgang und Lotte Templin (Berlin), Hans Jörg Weigel (Königswalde) und Christof Ziemer (z.Zt. Berlin). Während und nach den Gesprächen erfolgte die Niederschrift des vorliegenden Textes. Während der Niederschrift hatten wir sehr fruchtbare Diskussionen mit unseren Kollegen vom Forschungsverbund SED-Staat, insbesondere mit Matthias Manrique (Berlin), der einen Antrag für ein Forschungsprojekt über die DDR-Opposition erarbeitet.

4 Staritz, Dietrich, Die SED und die Opposition, in: Die SED in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Ilse Spittmann, Köln 1987, S. 78 bzw. S. 94

5 Fricke, Karl Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984

6 Ausnahmen hier vor allem: Fricke, Karl Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984; Kuhr, Eberhard, Wider die Militarisierung der Gesellschaft. Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Forschungsbericht Nr. 35 der Konrad Adenauer Stiftung, St. Augustin 1984; Initiative Ost-West-Dialog Berlin (Hrsg.), Der Frieden ist unteilbar, Berlin 1985; Woods, Roger (ed.), Opposition in the GDR under Honecker 1971–1985, London 1986

Ein anderer Umstand scheint jedoch den Aussagewert der vorliegenden Untersuchungen hinsichtlich Stärke und Verankerung, Motiven, Charakter und Zielsetzung, Stellenwert und Bedeutung der oppositionellen Bestrebungen in der DDR erheblich zu beeinträchtigen: offenbar liegen den meisten Arbeiten zum Thema neben den wissenschaftlichen Interessen politische Intentionen der Verfasser zugrunde, die die Darstellung des Untersuchungsgegenstandes beeinflussen.

Das disqualifiziert die Arbeiten keineswegs. Aber ihre Ergebnisse sind entsprechend kritisch zu werten, bringt doch eine solche Herangehensweise notwendigerweise leicht Mißdeutungen und Fehleinschätzungen hervor und kann den realen Erscheinungen in ihren Zusammenhängen selten wirklich gerecht werden.

So sucht Fricke von seinem antitotalitären Ansatz her das gesamte gegen das totalitäre System gerichtete Denken und Handeln zu erfassen, und dabei wird ihm leicht alles zu „Opposition und Widerstand“, was als systemkritisch erscheint. Im Grunde übernimmt er damit den Oppositions-Begriff des Regimes, des Staatssicherheitsdienstes selbst, der dazu neigte, alles als „staatsfeindlich“ und „antisozialistisch“ zu bekämpfen, was nicht streng der jeweiligen politischen Linie folgen wollte. Fricke neigt von diesem seinem begrifflichen Ansatz her dazu, Stärke und Bedeutung von Opposition im totalitären Gefüge des DDR-Systems zu überschätzen und die Bedeutung der Tatsache zu unterschätzen, daß die einzelnen Bestrebungen, auch wenn sie von den „Organen“ des Regimes als „feindlich“ eingestuft wurden, zumeist ein anderes Selbstverständnis hatten und weit davon entfernt waren, aus einem strikt antitotalitären Bewußtsein heraus konsequent politischen Widerstand zu organisieren.

Frickes Ansatz, der vom persönlichen Erleben stark geprägt ist, steht im Zusammenhang mit dem Denkmuster einer früheren Ära der Deutschlandforschung – der von der Totalitarismustheorie beherrschten der fünfziger Jahre. Er stellt in den achtziger Jahren eine isolierte Ausnahmeerscheinung dar, denn jetzt beherrschte ein anderes Denkmuster die DDR-Forschung, das des sogenannten „objektiven“ Systemvergleichs.

Die vermeintlich „vorurteilslose“ Richtung mit ihrem sogenannten „kritisch immanenten“ Ansatz brachte keine Untersuchung des Themenbereichs „Opposition in der DDR“ hervor. Sie ging zusammengefaßt davon aus, daß die DDR ein relativ stabiles Gefüge eines modernen Industriestaates darstelle, der autoritär strukturiert, zugleich doch auf Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung gegründet sei und gute Entwicklungsmöglichkeiten aufweise, die ihm immer bessere Legitimität verschaffen würden.⁷ Von dieser Prämisse aus-

⁷ Kritisch zur DDR-Forschung der letzten Jahrzehnte: Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen, *Der diskrete Charme des Status quo*, Berlin 1992

gehend konnte der „DDR-Opposition“ keine besondere politische Bedeutung und damit kein großes Forschungsinteresse zugemessen werden.

Tatsächlich waren die oppositionellen Bestrebungen an ihrer zahlenmäßigen Stärke gemessen nur von marginaler Bedeutung. Sie strahlten mit ihrem Erscheinungsbild und ihrer Programmatik ganz offensichtlich nicht nennenswert auf das Gros der Bevölkerung aus. In keiner Hinsicht stellten sie eine ernstzunehmende Alternative zum SED-Regime dar.

Ist dies ein möglicher Grund für die Ignoranz der DDR-Forschung gegenüber dem Thema, so ist er doch nicht als hinreichend zu akzeptieren. In anderen Bereichen war jedenfalls die Marginalität des Gegenstandes kein Grund für Nichtbefassung. So ist noch ein weiterer Grund zu vermuten, der wohl in dem Problem der DDR-Forscher lag, sich in der Zeit der Entspannungspolitik wegen der potentiell destabilisierenden Zielsetzungen bzw. auch nur unbeabsichtigt destabilisierenden Folgen „oppositioneller“ Aktivitäten mit systemkritischen Gruppierungen identifizieren zu können, auch wenn diese durchweg politisch links einzuordnen waren. Vielleicht tendierte man deshalb von vornherein dazu, sie zu ignorieren und aus der Realität auszublenden, weil sie das Wahrnehmungsmuster durcheinanderzubringen drohten und die eigenen politischen Intentionen der Entspannungspolitik und der Wahrung des Status quo als Basis der Sicherheitspolitik gefährdeten.

Eine Rolle mag auch gespielt haben, daß die Beschäftigung mit oppositionellen Bestrebungen für die offiziellen Gesprächspartner aus der Sphäre des Realsozialismus ein rotes Tuch war, daß sie also als wenig opportun erschien, wenn man an wissenschaftlichen und politischen Kontakten und am Zugang zu Archiven Interesse haben mußte.⁸

Daß sich im rechten politischen Spektrum der Bundesrepublik ebenfalls kein Forschungsinteresse an den oppositionellen Gruppierungen in der DDR entwickelte, liegt wohl vorrangig darin begründet, daß sich im „oppositionellen“ Spektrum der DDR kein von seiner Programmatik her politisch „rechts“ einzuordnender, also konservativer oder zumindest der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem parlamentarisch-demokratischen System gegenüber explizit positiv eingestellter Ansatz bemerkbar machte, vielmehr alle Bestrebungen explizit linke Orientierungen aufwiesen und sich somit hier kein Ansatz und Anlaß zu Identifikation bot.

Dies gilt genau umgekehrt für politisch links orientierte Autoren, die sich eben wegen scheinbar gegebener Identifikationsansätze zumindest mit Teilaspekten des Themas „Opposition in der DDR“ befaßten. Hier spielte die Theorie des „Dritten Weges“ die entscheidende Rolle, die bei der Suche nach einer sozialistischen Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zum

8 Wie es Forschern erging, die sich nicht an dieses Berührungsverbot hielten, davon können z. B. Manfred Wilke und Karl Wilhelm Fricke berichten.

bolschewistischen Modell des Sozialismus in der Perspektive einiger Autoren gerade auch in oppositionellen Ansätzen in der DDR Bestätigung zu finden schien.

Dieses formulierte quasi programmatisch Jänicke 1964 schon im Titel seines Werkes. Er konzidierte zwar, daß „die genauen Fronten“ zwischen verschiedenen politischen Lagern in der DDR kaum auszumachen seien, daß es nicht mehr als „sich summierende Proteste, Kritiken und Widerstände einzelner, nicht aber eine festumrissene oder gar organisierte Opposition“ gebe, konstatierte aber einen unverkennbaren „Gegensatz zwischen demokratischen und totalitären Tendenzen innerhalb der politischen und ideologischen Führungsschicht“ der DDR.⁹ Er sah also als Repräsentanten einer politischen Option des „Dritten Weges“, mit der er unverkennbar sympathisierte, vorrangig Stalinismus-Kritiker innerhalb der Organisationen des Machtapparates an. Das Herrschaftssystem des Sozialismus bolschewistischen Modells schätzte er als reformierbar ein, das aus eigener Kraft seine totalitäre stalinistische Form überwinden könne. Aus dieser Einschätzung folgte er die Empfehlung an die bundesrepublikanische Deutschland-Politik, sich vom Maximalismus Adenauers abzuwenden und stattdessen eine Politik der Entspannung und der Zugeständnisse zu entwickeln, um diesen Vertretern des „Dritten Weges“ zur Durchsetzung zu verhelfen. Das setzte offenbar für ihn die Anerkennung des Status quo, also prinzipiell des bestehenden Regimes in der DDR, und der deutschen Zweistaatlichkeit voraus.

In der Tat gab es Überlegungen in Richtung eines „Dritten Weges“, wie von Jänicke und anderen beschrieben, in der DDR während der gesamten Dauer ihres Bestehens, und zwar nicht allein in der SED und deren Massenorganisationen. Sie prägten vielmehr offensichtlich entscheidend auch die Einstellungen außerhalb der Führungsschicht stehender Oppositioneller, die mit dem Regime nicht konform gingen und über Veränderungsmöglichkeiten nachdachten. Es scheint geradezu kennzeichnend gerade für die DDR-Opposition zu sein, daß sich all ihre Bestrebungen auf Erneuerung und Verbesserung des Sozialismus richteten.¹⁰

Die hier charakterisierten westdeutschen Autoren ließen gänzlich unberücksichtigt, daß es zumindest theoretisch auch noch andere Ausgangspunkte und programmatische Zielsetzungen für Kritiker und Gegner des bestehenden Herrschaftssystems im sowjetischen Machtbereich geben konnte und unterließen es daher, der Frage nachzugehen, warum diese anderen Möglichkeiten in der DDR im Gegensatz zu anderen Ländern, etwa Polen, nicht virulent wurden.

9 Jänicke, Martin, *Der dritte Weg*, Köln 1964, S. 221

10 Diese Programmatik findet sich ganz deutlich noch in der Wende und unmittelbar danach. S. z. B. Ehrhart Neubert, in: Knabe, Hubertus (Hrsg.), *Aufbruch in eine andere DDR*, Hamburg 1989, S. 154 f.

Der einzige Autor, der sich mit dem Themenbereich „DDR-Opposition“, wenn auch nur am Rande, befaßte und in ebendiese Richtung dachte, ist bezeichnenderweise wiederum (wie schon Fricke) ein Außenseiter: der Engländer Timothy Garton Ash.¹¹ Aus seiner Kenntnis der osteuropäischen, insbesondere der polnischen Entwicklung und politischen Diskussion heraus stellte sich ihm die DDR-Wirklichkeit ganz spezifisch dar. Er empfand die DDR-Intellektuellen bzw. insgesamt die lesende Öffentlichkeit der DDR, wie er es nannte, als geprägt von traditionellem deutschem romantischem Denken, das sie dazu brachte, vor der politischen Realität in innere Emigration zu flüchten, einer riskanten Konfrontation durch Arrangement auf der einen und Hinwendung zum Privaten auf der anderen Seite auszuweichen, sich letztendlich dem Erfordernis zu entziehen, das herrschende System zu analysieren und daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Mitte der siebziger Jahre bekam der von der Theorie des „Dritten Weges“ ausgehende Ansatz einen neuen Anstoß in eine etwas andere Richtung, als sich zeitlich fast parallel zur Entwicklung in der Bundesrepublik auch in der DDR eine staatsunabhängige Friedensbewegung und auch eine Ökologiebewegung formierten. Selbst in die politischen Zusammenhänge der – in den westlichen Industrieländern auftretenden – sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ eingebunden, glaubten jetzt einige Autoren, in oppositionellen Gruppierungen in der DDR Parallelerscheinungen auszumachen, die als Teil einer in allen Industriestaaten entstehenden globalen Bewegung von neuer politischer Qualität zu deuten sei. Diesem Ansatz entsprangen einige Arbeiten zur Friedensbewegung und zur Ökologiebewegung in der DDR, die wenig differenzierend den eigenständigen Charakter dieser Erscheinungen und ihre systembedingten Sonderformen außer acht ließen, weil sie die fundamentalen Unterschiede zwischen beiden politischen Systemen bewußt ignorierten.

Ausgangspunkt dieser Arbeiten, die weniger Analysen als Darstellungen und Dokumentationen waren, war das Bestreben, die eigene politische Position zu spiegeln und zu belegen. Diese war geprägt von der Vorstellung, die industrielle Entwicklung im Kapitalismus finde ihre Entsprechung im Realsozialismus. Die moderne Industriegesellschaft in beiderlei Form sei Verursacher aller existentiellen Weltprobleme wie Kriegsgefahr und Umweltverschmutzung. Sie müsse auf einem irgendwie sozialistischen linken „Dritten Weg“ mit basisdemokratischen, ökologischen und sozialen Komponenten überwunden werden. Zweifellos prägten realiter ähnliche Vorstellungen auch regimekritisch denkende Menschen in der DDR. Vom Ländervergleich mit den Entwicklungen in anderen Teilen des sowjetischen Blocks her drängt sich allerdings die Einschätzung auf, daß diese Einstellungen stärker als von der realen Situation im realsozialistischen System der DDR von gemeinsamen deutschen

11 Ash, Timothy Garton, „Und willst Du nicht mein Bruder sein...“ Die DDR heute, Hamburg 1981

Traditionen und Denkmustern geprägt waren und jedenfalls ganz entscheidend von der Diskussion der Linken in der Bundesrepublik beeinflusst wurden. Übrigens liefen hier die Einflüsse nur höchst einseitig in West-Ost-Richtung. Diesen Aspekten gingen die Autoren der hier zur Debatte stehenden Arbeiten allerdings nicht nach.¹²

Andere Autoren stellen in Frage, ob und inwieweit die Friedens- und Umweltgruppierungen – deren Entwicklung einhergeht mit dem Aufkommen einer Alternativ-Kultur in der DDR, zeitlich versetzt parallel zur Entwicklung in der Bundesrepublik, die geprägt ist von Protesthaltungen und -verhalten Jugendlicher, vom Streben nach einer anderen Lebensweise – überhaupt „von vornherein als politisch motivierte Opposition zu fassen“, ob und inwieweit sie als Opposition in der Traditionslinie politisch abweichenden Verhaltens in der DDR“ zu deuten seien.¹³

Beide Interpretationen gehen gemeinsam von der These aus, die Entwicklung der Friedens- und Umweltbewegung in den siebziger Jahren stelle eine neue Qualität oppositioneller Erscheinungen in der DDR dar. Die Stichhaltigkeit dieser These wird jedoch noch nicht ausreichend nachgewiesen, weil bisher die geistige Verortung dieser Opposition zu wenig untersucht wurde. Auch scheinen die Bedeutung dieser oppositionellen Ansätze für die „Wende“ in der DDR und die Frage, ob und wenn ja, in welcher Weise sie den Zusammenbruch des SED-Regimes vorbereiteten und herbeiführten, noch nicht überzeugend beantwortet zu sein.

Just in dieser Zeit, Mitte der achtziger Jahre, erschien eine wichtige Arbeit zum Thema, die durch ihren Blick (von außen) besticht – das Buch von Roger Woods „Opposition in the GDR under Honecker“.¹⁴ Das Werk wurde, obgleich in westdeutschen Bibliotheken zugänglich, von westdeutschen DDR-Forschern und Autoren, die sich der DDR-Opposition widmeten, offenbar nicht rezipiert. Woods geht akribisch und präzise der Fragestellung nach der genauen Definition oppositioneller Erscheinungen in der DDR nach, die seiner Ansicht nach keine bloße semantische Bedeutung hat, sondern mit der Funktionsweise des ostdeutschen realsozialistischen Systems zusammenhängt.

Er untersucht, welches Gewicht Systemkritik in der DDR hat, welche Verankerung und welches Echo in der Bevölkerung, und kommt zum Schluß, sie repräsentiere, wenn auch nur von wenigen einzelnen artikuliert, eine

12 Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus/Henkys, Reinhard, Friedensbewegung in der DDR, Hattingen 1982; Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter, Null Bock auf DDR – Aussteigerjugend im anderen Deutschland, Hamburg 1984; Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982; Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31.1.1990

13 Staritz, Dietrich, Die SED und die Opposition, in: Die SED in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Ilse Spittmann, Köln 1987

14 Woods, Roger, Opposition in the GDR under Honecker 1971–85. An Introduction and Documentation. Macmillan, Houndmills, Basingstoke u. a. m. 1986

verbreitete Unzufriedenheit mit den Verhältnissen. Er stellt aber auch fest, daß die von Dissidenten vorgetragene Kritik, die von ihnen aufgeworfenen Themen auch im offiziellen Informationskreislauf zu finden sind und daß insgesamt genommen die Entfernung zwischen der Opposition mit ihrem quasi eurokommunistischen Programm und den Machthabern nicht so groß sei, wie auf den ersten Blick anzunehmen.

Der „Dritte-Weg“-Ansatz erfuhr in der Bearbeitung des Themas nach dem Zusammenbruch der DDR bei westdeutschen und jetzt auch DDR-Autoren einen neuen Aufschwung. Es wurden einige Dokumentationen¹⁵ publiziert, deren Herausgeber sich bemühten, die sich selbst als „Bürgerbewegungen“ bezeichnenden Gruppierungen, mit denen sie sich identifizierten, als den Gipfelpunkt oppositioneller Entwicklung in der DDR und zugleich als die wahre Alternative zum gescheiterten realsozialistischen Modell wie auch zum westdeutschen Kapitalismus darzustellen. Nicht plausibel erklärt wird dabei die dazu im Widerspruch stehende Tatsache, daß gerade nach dem Zusammenbruch der DDR, als freie Entscheidungsmöglichkeit gegeben war, sich die Ausstrahlungskraft dieses Modells, so es denn eines war, als denkbar gering erwiesen hat, daß eben nicht „die“ Bürger der DDR den Bürgerbewegungen folgten, sondern nur einige wenige, daß die absolute Mehrheit nicht auf irgendeinen „Dritten Weg“ der Reformierung des Sozialismus setzte, sondern auf den schnellstmöglichen Anschluß an die offenbar viel eher als Modell angesehene kapitalistische Bundesrepublik.

3. *Überblick: Die Vorgeschichte der politischen Opposition ausserhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren*

3.1. *Der lange Weg zur Formierung politischer Oppositionsgruppen außerhalb der protestantischen Kirche 1989*

Die politischen Oppositionsgruppierungen der DDR konstituieren sich im Vergleich zu anderen ost und mitteleuropäischen Ländern sehr spät im Sommer 1989.¹⁶ Sie entstehen aus einer Anzahl von Friedens-, Ökologie-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsgruppen nach dem politischen Vakuum, das die Flüchtlinge

15 Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31.1.1990; Knabe, Hubertus (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989; Rüdtenklau, Wolfgang, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992; Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991

16 Hier gibt es nur eine Ausnahme: die „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Sie gründete sich bereits 1985/86.

hinterlassen haben.¹⁷ Sie treten in ihrer Mehrheit mit dem Anspruch auf, die gestörte „Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft“ („Neues Forum“) zu reparieren, eine Alternative zu privatem Rückzug und Flucht zu formulieren.

In diesem Zusammenhang verwahren sie sich auch dagegen, als Feinde des Sozialismus dargestellt zu werden, und verweisen im Gegenzug darauf, daß gerade die „Untätigkeit der SED den Sozialismus auf deutschem Boden“ („Neues Forum“) gefährde.¹⁸ Auch die Ausarbeitung von Ansätzen einer eigenständigen gesamtdeutschen Verfassung bleibt eingebettet in die Vorstellung eines „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus.¹⁹ Ein umstandsloser Anschluß an die Bundesrepublik wird abgelehnt. Eine Reform der alten Bundesrepublik wird als Voraussetzung einer neuen vereinigten Republik angesehen.

Die Oppositionsgruppen, die 1989 aus verschiedenen Friedens-, Ökologie-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsgruppen hervorgehen, repräsentieren dabei in der Wende ebensowenig wie ihre Vorläufer eine potentielle Mehrheit der Bürger der DDR. Sie verstehen sich zu einem großen Teil als Mittler einer erst entstehenden Beteiligung der Bürger am politischen Leben.

Während die Oppositionsgruppierungen in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei seit der Mitte der siebziger Jahre, sowohl durch ihren internen politischen Pluralismus, durch ihre öffentliche, auf Legalisierung gerichtete Tätigkeit, durch die Repräsentanz der verschiedenen Generationen als auch durch das Netzwerk gesellschaftlicher Kommunikation und die Wahl ihrer Themen potentielle Repräsentanten der Gesellschaften werden²⁰, bleiben die Oppositionsgruppen und ihre Vorläufer in der DDR auf Teile der Generation der zwanzig- bis vierzigjährigen beschränkt.²¹

17 Eine zusammenhängende Darstellung, die den Kristallisationsprozeß einer politischen Opposition in der DDR im Sommer 1989 darstellt, existiert noch nicht. Neben den Berichten der Beteiligten, der Auswertung der „Sammlungen“ der Staatssicherheit, der SED und ihrer Massenorganisationen fehlen auch noch die Einblicke der Nachbarn. Wir haben uns bei unserer Arbeit bei der Erklärung von Ereignissen und Abläufen wesentlich auf die Arbeit von Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, verlassen. Sie ist der erste Versuch eines Beteiligten, eines journalistisch arbeitenden Aktivisten, der deshalb große Bedeutung zukommt.

18 Alle Zitate aus: „Neues Forum“, Gründungsaufruf: Eine politische Plattform für die ganze DDR, und: „Neues Forum“, Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR, in: Rein, Gerhard, Die Opposition in der DDR, Berlin 1989

19 Siehe hierzu Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990, vor allem das Kapitel V. 5 „Verfassungsentwurf für einen „dritten Weg“

20 Siehe hierzu die verschiedenen Veröffentlichungen in der Reihe „Krisen in den Systemen sowjetischen Typs“, Studienreihe, hrsg. von Mlynar, Zdenek; insbesondere: Feher F./Heller A., Die Linke im Osten – Die Linke im Westen, Köln 1985

21 Diese generationenspezifische Verengung des Potentials oppositioneller Gruppierungen findet sich sowohl in der Studie von Wielgohs, Jan/Schulz, Marianne/Müller-Enbergs, Helmut, Bündnis 90 – Entstehung, Entwicklung, Perspektiven, Berlin 1992, als auch in der detaillierten Zusammenstellung des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1989 über „nichtgenehmigte Druck- und Vervielfältigungszeugnisse“, „negativ-feindliche Personenzusammenschlüsse“ mit entsprechenden Anlagen,

Dabei ist allerdings zwischen dem Ende der siebziger und dem Ende der achtziger Jahre durchaus eine qualitative Veränderung zu vorhergehenden Phasen innergesellschaftlicher Auseinandersetzungen in der DDR zu konstatieren. Die qualitative Erweiterung des Protestpotentials in der DDR und die Herausbildung politisch handlungsfähiger Kerngruppen beginnt mit den Auseinandersetzungen um die Einführung eines Wehrunterrichts (1978), politisiert sich weiter durch die Forderung nach einem „Sozialen Friedensdienst“ (1980) und erreicht ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem „Friedensforum“ in Dresden am 13. Februar 1982, der Unterschriftensammlung für den „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ von Rainer Eppelmann und Robert Havemann im selben Jahr und einer Friedenswerkstatt in Berlin mit ca. 5.000 Besuchern.

Durch das gemeinsame Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ entsteht zwar noch keine „Bewegung“, ein potentiell gemeinsam handlungsfähiges Protestpotential ist aber nicht mehr zu übersehen. Seit Mitte der achtziger Jahre sind dann Versuche sichtbar, dieses Protestpotential zu vernetzen, ihm organisatorisch und politisch eine gemeinsame Struktur zu geben.

Ende 1988 mit einer entsprechenden Zusammenstellung beauftragt, kann der Staatssicherheitsdienst im Frühjahr 1989 der Partei und Staatsführung von insgesamt 160²² „negativfeindlichen Personenzusammenschlüssen“ und davon 10 landesweiten „Personenzusammenschlüssen mit spezifisch koordinierenden Funktionen und Aufgabenstellungen“ berichten.²³ Sie entstehen aus

die eine Aufschlüsselung aller Zeitschriften und „Personenzusammenschlüsse“ enthalten, die das MfS für relevant hielt, eine politische Opposition zu formieren. Ein Teil dieser Information ist abgedruckt in: Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.), „Ich liebe euch doch alle! ...“, Berlin 1990, S. 46 ff.

- 22 Ulrike Poppe hat in einem Beitrag aus dem Jahr 1988 eine Zahl von 325 Gruppen herausgestellt, die über das seit 1983 jährlich stattfindende Seminar „Frieden Konkret“ zu erreichen sind. Für die Kirchenprovinz Sachsen werden 70 Gruppen angegeben, für Sachsen 90, für Thüringen 60, für Mecklenburg 25 und für Berlin-Brandenburg 80. (siehe: Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, o.O., 1988, in: Pollak, Detlef (Hrsg.), Die Legitimität der Freiheit, Frankfurt 1990, S. 68 ff.) Die Aufstellung selbst liegt uns nicht vor. Die Arbeit von Markus Meckel und Martin Gutzeit, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994, enthält eine ausführliche Ausbreitung des Materials kirchlicher Friedens- und Ökologiekreise.

- 23 Es handelt sich dabei – aus der Perspektive der Staatssicherheit – um: 1. den 1984 gegründeten Fortsetzungsausschuß „Konkret für den Frieden“, der das jährliche Seminar „Konkret für den Frieden“ – ein Seminar kirchlicher Basisgruppen – vorbereitet, 2. den Arbeitskreis „Solidarische Kirche“ vorwiegend kirchlicher Mitarbeiter, der, 1986 gegründet, 1989 über 12 arbeitsfähige Regionalgruppen verfügt und sich mit zwei jährlichen Vollversammlungen die „Demokratisierung der evangelischen Kirche und der sozialistischen Gesellschaft in der DDR“ zur Aufgabe gemacht hat, 3. die 1988 in Berlin gegründete „Kirche von unten“ mit Regionalgruppen in Berlin, Halle, Jena und Potsdam, 4. die Ende 1986 entstandene „Umweltbibliothek“, die mit ihren „Umweltblättern“ zur landesweiten Vernetzung von Aktivitäten beiträgt, 5. das „Grün-Ökologische Netzwerk Arche“, das sich 1988 in der evangelischen Kirche etabliert hat, 6. die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die sich im November 1985 außerhalb der evangelischen Kirche konstituierte, und 7. den „Freundeskreis Totalverweigerer“, der 1987 das erste landesweite Seminar organisierte. (Alle Informationen nach Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88, einer Zusammenstellung von Informationen für die Partei und Staatsführung über „negativ-feindliche

unterschiedlichen Motiven und Beweggründen, und nicht alle sind auf die Vernetzung des Protestpotentials selbst gerichtet oder streben eine politische Organisation an²⁴. Auch ist ein deutliches Übergewicht von Organisatoren aus Berlin sichtbar.

Trotz solcher nicht zu übersehender Schwächen zeigt sich angesichts der Durchsuchung der „Umweltbibliothek“ im November 1987 und der Verhaftungen im Zusammenhang mit der Gedenkdemonstration zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1988 an den landesweiten Protesten, Mahnwachen und Gedenkgottesdiensten sowie der Solidarisierung vieler wichtiger politischer Oppositionsgruppen aus ganz Osteuropa, daß inzwischen nicht nur ein potentiell, sondern ein wirklich handlungsfähiges Protestpotential entstanden ist. Im Vergleich etwa zu den Protesten gegen die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 oder gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 zeigt sich eine größere Breite und vor allem auch eine größere Abstimmung untereinander.

Die gemeinsame Handlungsfähigkeit bezieht sich aber vorerst nur auf die Abwehr einer Repression. Erst mit der Kontrolle der Auszählung der Kommunalwahlergebnisse durch Dissidenten im Mai 1989 – kurz vor dem Beginn der großen Fluchtwelle im Sommer 1989 – läßt sich erkennen, daß hier nicht nur ein handlungsfähiges Protestpotential vorhanden ist, sondern auch ein gemeinsames Vorhaben in der aktiven Erschütterung der Selbstrechtfertigung des DDR-Regimes besteht.

Gemeinsame politische Plattformen, selbständige politische Organisationen, die mehr darstellen als die von der Staatssicherheit nicht ganz unrichtig „Personenzusammenschlüsse“ genannten Vorgruppen, entstehen dann aber erst im Sommer 1989. Sie haben einen hohen Anteil am gewaltfreien Zusammenbruch der DDR²⁵, vom Aufbau einer neuen Republik sind sie so gut wie ausgeschlossen.

3.2. *Berlin und Dresden: zwei Beispiele*

Der Stand der Forschung und der erreichbaren Dokumente über die Vorgeschichte der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR stellt sich für Berlin und Dresden sehr unterschiedlich dar. Für die Entwicklung in Berlin seit dem Ende der siebziger Jahre kann auf eine Vielzahl von Dokumenten und Veröffentlichungen zurückgegriffen werden. Für Dresden

Personenzusammenschlüsse“ und nicht genehmigte „Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse“ vom Mai 1989)

24 So zum Beispiel scheiterte der Versuch von Pfarrer Tschiche, aus dem jährlichen Seminar „Frieden konkret“ im Februar 1989 in Greifswald eine „Vereinigung zur Erneuerung der Gesellschaft“ zu gründen. (siehe: Armin Mitter/Stefan Wolle, „Ich liebe Euch doch alle! ...“, Berlin 1990, S. 22)

25 Siehe hierzu die Zusammenfassung, in: Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990

existiert ein ähnlicher Überblick noch nicht.²⁶ Die Umriss einer Entwicklung sind aber auch hier erkennbar.

3.2.1. *Berlin 1971–1989*

Für Berlin konstatiert die Staatssicherheit im Frühjahr 1989 15 sogenannte „negativfeindliche Personenzusammenschlüsse“.²⁷ Darüberhinaus werden 4 koordinierende und überörtliche Zusammenschlüsse genannt.²⁸ Ein Teil dieser Gruppen rührt aus den späten siebziger, frühen achtziger Jahren, ein Teil bildet sich im Zusammenhang von Konflikten mit der evangelischen Kirche in der Mitte der achtziger Jahre heraus, und lediglich zwei Zusammenschlüsse gelten als explizit kirchenexterne Gruppierungen. Bedeutsam ist hier zusätzlich die

26 Jedenfalls ist dies die Aussage aller von uns angesprochenen Experten. Auch Helmut Flach, der für ein Buch im Rahmen eines Projektes von U. Thaysen die Zeit der Wende in Dresden recherchiert hat, kennt keinen Versuch, die Vorgeschichte der Wende in Dresden seit dem Ende der siebziger Jahre zu rekonstruieren. Frau Maria Jacobi, Leiterin des ökumenischen Informationszentrums in Dresden, schreibt ab April 1994 dieses Jahres die Geschichte des ökologischen Arbeitskreises der drei Dresdner Kirchenbezirke auf. Da diesem Arbeitskreis neben dem entsprechenden Arbeitskreis Frieden der drei Kirchenbezirke eine besondere Rolle zukommt, wird von dieser Arbeit ein erster Überblick seit dem Anfang der achtziger Jahre zu erwarten sein. Unser Bild von Dresden stützt sich deshalb auf die Erinnerungen von Johanna und Roman Kalex (siehe: „Schafe im Wolfspelz“ – Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992;), die Darstellungen von Gerhard Rein (Rein, Gerhard, Die Opposition in der DDR, Berlin 1989; ders., Die protestantische Revolution, Berlin 1990), die Recherche von Helmut Flach (Flach, Helmut, Die Gruppe der 20 oder der Dresdener Weg – Eine Chronologie, Manuskript, Dresden 1993, erscheint demnächst in einer Veröffentlichung des Projektes Demokratisierung in der ehemaligen DDR des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg, Lehrstuhl Prof. Dr. Uwe Thaysen), die knappe Chronologie des Gedenkens an den 13. Februar 1945 von Olaf Meyer (siehe: Meyer, Olaf, Erinnern und Trauern als öffentliche Ausdrucksformen der christlichen Gemeinde. Das Beispiel Dresdens, in: Dannowski, Hans Werner, Erinnern und Gedenken, Hamburg 1991), ein Interview mit Christof Ziemer (siehe: Ziemer, Christof, Die Weisheit des Volkes ist noch nicht erloschen, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 188 ff.) und die schon zitierte Zusammenstellung des MfS vom Mai 1989 (Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88).

27 Im einzelnen werden hier genannt: 1. der „Friedenskreis“ der Samaritergemeinde Berlin (seit Oktober 1981), 2. der „Friedenskreis“ Berlin-Friedrichsfelde (seit 1984), 3. der „Arbeitskreis für christliches Friedenszeugnis“ der Gethsemanegemeinde Berlin-Prenzlauer Berg (seit Anfang 1982), 4. der „Friedenskreis“ der evangelischen Kirchengemeinde Alt-Pankow (seit Oktober 1981), 5. der „Friedenskreis“ der Bartholomäusgemeinde (seit Mai 1988), 6. der Friedenskreis „PRO“ Berlin-Schöneweide (seit März 1988), 7. „Arche – Grün-ökologisches Netzwerk“ in der evangelischen Kirche Berlin (seit Januar 1988), 8. die Umweltbibliothek („Friedens- und Umweltkreis“ der Kirchengemeinde Zion seit September 1986), 9. die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (seit November 1985), 10. die Initiativegruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (seit Juni 1987), 11. die Gruppierung „Frauen für den Frieden“ (seit Oktober 1982), 12. „Christlicher Arbeitskreis Ärzte für den Frieden“ Berlin (seit Februar 1985), 13. der „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer“ Regionalgruppe Berlin (seit 1986), 14. die Initiative „Kirche von unten“ Berlin (seit 1987) und 15. der „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ – Regionalgruppe Berlin (seit Oktober 1986). (Zusammenstellung nach: Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88)

28 Hierzu rechnet die Staatssicherheit den Fortsetzungsausschuß des Friedensseminars „Konkret für den Frieden“, den „Arbeitskreis „Solidarische Kirche“, den Regionalausschuß „Konkret für den Frieden“ Berlin-Brandenburg und die „Friedenswerkstatt“. (Zusammenstellung nach: Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88)

hohe Zahl von Gruppen, denen eine koordinierende Funktion zugesprochen wird.

Die Vorgeschichte der politischen Opposition in den achtziger Jahren wird bislang auf die Existenz von Jugendclubs in Ost-Berlin zurückdatiert²⁹, die noch vor der Ausbürgerung von Wolf Biermann zu einem Sammelpunkt kritischer junger Leute werden. Genannt werden der „Arbeiter- und Studentenclub“ in der Rosenthaler Straße, der von 1971 bis 1974 existierte³⁰, und die Veranstaltungsreihe „Eintopp“ im Haus der jungen Talente, die 1975³¹ eingestellt wurde.

Nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976³² und den Protesten gegen diese Ausbürgerung wird als Beispiel für eine Anzahl marxistischer Zirkel³³ die Existenz einer Sektion DDR der westdeutschen KPD/ML³⁴ hervorgehoben. Sie soll in Berlin seit 1976 existiert und über ca. 50 Mitglieder und in den großen Städten der DDR über Zellen verfügt haben. Von der Staatssicherheit wurde sie spätestens 1981 zerschlagen. Die Spuren einer Jugendrebellion werden parallel dazu in der Schlägerei und den Massenverhaftungen anlässlich des 7. Oktober 1977 auf dem Alexanderplatz sichtbar, bei der es 3 Tote, 2 davon Volkspolizisten, gibt.³⁵ Auf 1977 wird die Existenz eines Friedenskreises in der ESG Berlin³⁶ zurückdatiert, aus dessen Umfeld später auch eine Unterschriftensammlung gegen die Verhaftung von Rudolf Bahro im August 1977 hervorgeht, die wiederum Verhaftungen zur Folge hat.³⁷

Die Verhaftung von Nico Hübner 1978³⁸, der nicht nur den Wehrdienst, sondern auch den Bausoldatendienst verweigert, die nur vorübergehende Verhaftung von Bruno Winzer im Dezember 1978³⁹ auf Grund seines Protestes

29 Die Darstellung folgt hauptsächlich der bislang unseres Wissens einzig verfügbaren Gesamtdarstellung von Wolfgang Rüdtenklau. Die genauen Fundstellen der erwähnten Daten und Zusammenhänge sind in der Chronologie angegeben.

30 Siehe Rüdtenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992 S. 18

31 Siehe ebenda, S. 19f

32 Siehe ebenda, S. 23f

33 Einen kurzen Verweis findet z. B. man in: Schwarz, Ulrich, Gefährlicher Feind des Sozialismus. Stasi-Opfer Wolfgang Templin und die Opposition in der DDR, in: STASI-Akte „Verräter“, Spiegel Spezial 1/1993, Hamburg 1993, S. 10

34 Siehe Rüdtenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 21f

35 Siehe die Darstellung in: Winkler, Karl, Made in GDR – Jugendszenen aus Ost-Berlin, Berlin 1983, S. 117ff

36 Siehe die Darstellung bei Rüdtenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 40 f. Eine vorläufige Beschreibung der Rolle und Bedeutung der ESG in Berlin findet sich in: Herzberg, Guntolf, Einen eigenen Weg gehen. Oder weggehen, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988; er beschreibt die Debatten innerhalb der evangelischen und katholischen Studentengemeinden in der DDR, bei denen sich Marxisten, Christen, Linksradikale und Pazifisten bereits seit Mitte der siebziger Jahre begegnen und auseinandersetzen.

37 Siehe die Darstellung bei Rüdtenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 24/25

38 Siehe die Darstellung bei Fricke, Karl Wilhelm, Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984, S. 195f

39 Siehe die Darstellung in Ehrling, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen, Hamburg 1982, S. 207f

gegen den Verkauf von Kriegsspielzeug und der Beginn der „Bluesmessen“ im Sommer 1979⁴⁰ leiten dann für Berlin den Beginn einer unabhängigen Friedensbewegung ein. Mit dem im selben Jahr verfaßten offenen Brief von R. Havemann an Breschnew⁴¹ bis hin zum „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ 1982⁴² und der Gründung der Gruppe „Frauen für den Frieden“⁴³ politisiert sich diese unabhängige Friedensdebatte und sucht neue Aktionsräume.

Mit dem Umzug des Friedenskreises der ESG Berlin 1982 nach Berlin-Friedrichsfelde⁴⁴ wird der Beginn vieler innerkirchlicher Auseinandersetzungen um Räume, Themen und Gruppen sichtbar.⁴⁵ 1982 gründet sich im Friedenskreis der ESG eine Ökologie-Arbeitsgruppe.⁴⁶ Das Jahr 1983⁴⁷ wird bis zum Beschluß des westdeutschen Bundestages über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu einem Jahr von Aktionen und der Knüpfung von Verbindungen in den Westen. 1983 findet auch das erste Zusammentreffen kirchlicher Friedenskreise in Berlin auf dem Seminar „Frieden konkret“⁴⁸ statt. 1984 erlebt Berlin dann seine erste Fahrraddemonstration zum Weltumwelttag und den Beginn der Berliner Ökoseminare. Zum 8. Mai 1985 stellt sich eine „Initiative für Blockfreiheit“⁴⁹ vor.

Anläßlich eines zunächst landesweit geplanten Seminars im November des Jahres zum Thema Menschenrechte konstituiert sich im November 1985 die „Initiative Frieden und Menschenrechte“⁵⁰ als erste Gruppe außerhalb der Kirche. Die heftigen Kontroversen um ihre Gründung führen im selben Jahr zu Auseinandersetzungen auf dem jährlichen Seminar „Konkret für den

40 Siehe die Darstellung in Eppelmann, Rainer, *Fremd im eigenen Haus*, Köln 1993, S. 139ff

41 Siehe die Darstellung in Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, *Schwerter zu Pflugscharen*, Hamburg 1982, S. 206ff

42 Die offenen Briefe Robert Havemanns bis hin zum Berliner Appell von Havemann und Eppelmann sind erkennbar gesamtdeutsche Initiativen. Siehe die Zusammenstellung in Hoffmann-Axthelm, Dieter/Knödler-Bunte, Eberhard (Hrsg.), *Wie souverän ist die Bundesrepublik? „Ä&K akut“ Bd. 9 – Sonderheft*, Berlin 1982

43 Siehe die Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 33 f und 38f

44 Siehe die Darstellung von Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 40f

45 Die vorläufigen Gründungsdaten der Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen s.o. in der ausführlichen Fußnote 26.

46 Siehe die Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 47

47 So überschreibt Gerd Poppe in einer vor dem Fall der Mauer entstandenen Zusammenstellung ein eigenes Kapitel. Siehe Poppe, Gerd, in: Bruckmeier, Karl/Haufe, Gerda (Hrsg.), *Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern*, Opladen 1993

48 Siehe die Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 34f

49 Siehe den Text in SPUREN, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), *Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR*, Berlin 1988

50 Siehe die Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 51 ff; außerdem Ralf Hirsch, *Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“*, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), *„Freiheit ist immer Freiheit ...“*, Berlin 1988; weiterhin den Beitrag von Templin, Wolfgang und Weißhuhn, Reinhard in: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs (Hrsg.), *Von der Illegalität ins Parlament*, Berlin 1991

Frieden⁵¹ und zur Bekanntgabe der Konstituierung der Gruppe „Gegenstimmen“⁵². Aus Anlaß der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gibt es eine große Anzahl politischer Erklärungen aus Dissidentenkreisen⁵³, und im September 1986 erfolgt die Eröffnung der landesweit nutzbaren „Umweltbibliothek“.⁵⁴

Das Jahr 1987 bringt mit der Durchsuchung der „Umweltbibliothek“ im November⁵⁵ die erste landesweite Solidarisierung in der DDR und ist ansonsten gekennzeichnet durch ein Pfingstkonzert im Juni 1987 in West-Berlin, das in Ost-Berlin zu einer Prügelei zwischen Jugendlichen und Staatssicherheit führt.⁵⁶ Nach der Absage der „Friedenswerkstatt“ erlebt Berlin den „Kirchentag von unten“⁵⁷. Es kommt außerdem am 22.9.1987 zur Gründung einer „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht“⁵⁸, die nach ihrer Gründung großen Zuspruch von vielen „Ausreisern“ aus der ganzen DDR findet.

Im Januar 1988 kommt es zur sogenannten „Luxemburg-Affäre“.⁵⁹ Die Verhaftungen von Mitgliedern unabhängiger Gruppen, die sich mit einem eigenen Transparent an der Gekendemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligten bzw. völlig unbeteiligt waren, führt in der ganzen DDR zu starken Solidaritätsaktivitäten. Das Jahr bringt außerdem die Vorbereitung unabhängiger Aktivitäten zur Tagung des IWF⁶⁰ und eine Wiederauflage der Auseinandersetzungen am Brandenburger Tor bei einem weiteren Pfingstkonzert⁶¹ in West-Berlin. Relegationen von Schülern von der „Carl-von-Ossietzky“ Schule⁶² lösen Querelen zwischen Berliner Gruppen aus⁶³, und der Monat Oktober bringt eine Demonstration von kirchlichen Mitarbeitern gegen die Zensur von Kirchenzeitungen.

Mit der Durchsuchung der Umweltbibliothek im Herbst 1987 beginnt in Berlin ein Aktionszyklus, der mit den Kommunalwahlen im Frühjahr 1989⁶⁴ eine Verstetigung erhält und im Sommer 1989 halbwegs handlungsfähige Strukturen von politischen Dissidenten und kirchlichen Mitarbeitern hervorbringt. Die Kontaktgruppe der politischen Gruppen, die sich am 4. Oktober⁶⁵ auf

51 Siehe die Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 53f

52 Siehe ebenda, S. 76/77

53 Siehe ebenda, S. 61ff

54 Siehe ebenda, S. 68f

55 Siehe ebenda, S. 114f

56 Siehe ebenda, S. 95

57 Siehe ebenda, S. 105

58 Siehe ebenda, S. 122 ff, und Jeschonnek, Günter, Ausreise – Das Dilemma des ersten deutschen Arbeiter und Bauernstaates? in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988

59 Siehe die Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, S. 171ff

60 Siehe ebenda, S. 188ff

61 Siehe ebenda, S. 183f

62 Siehe ebenda, S. 191ff

63 Siehe ebenda, S. 194f

64 Siehe die Darstellung in Mitter, Armin/Wolle, Stefan, Untergang auf Raten, München 1993, S. 483ff

65 Siehe die Darstellung in Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990

Betreiben der „Initiative Frieden und Menschenrechte“⁶⁶ konstituiert, wird zum Verhandlungspartner der SED aber erst, nachdem die Demonstranten in Leipzig und Dresden den Dialog erzwungen haben.⁶⁷

3.2.2. „Plattformfieber“⁶⁸ – Die Konstituierung der politischen Opposition

So undeutlich bisher die detaillierte Rekonstruktion der Entstehung der politischen Oppositionsgruppen aus den Friedens und Ökologiegruppen im Sommer 1989 untersucht ist⁶⁹, so unmißverständlich verweisen die programmatischen

66 So jedenfalls nimmt es die IFM für sich in Anspruch. Siehe: Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard, Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991

67 Siehe die ausführliche Darstellung bei: Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990

68 So nennt Wolfgang Rüddenklau den Prozeß der Konstituierung politischer Oppositionsgruppen im Sommer und Herbst 1989. Die Umweltbibliothek trug mit ihrer Drucktechnik wesentlich zur Verbreitung eben jener Plattformen bei. Die Darstellung aus seiner Sicht siehe: Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 287 ff.

69 Insbesondere läßt sich ein genauer Zusammenhang zwischen den Gruppen aus den siebziger und achtziger Jahren und den politischen Gruppen im Sommer und Herbst 1989 bislang nicht darstellen. Die aus teilnehmender Beobachtung geschriebene Darstellung von Wolfgang Rüddenklau zeichnet die eher linksradikalen Aspekte dieser Entwicklung nach. Über die entsprechenden Zusammenhänge aus mehr protestantischer Sicht liegt noch keine vergleichbare Darstellung vor. Wir haben folgende Texte und Dokumentensammlungen benutzt: Bruckmeier, Karl/Haufe, Gerda (Hrsg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, Opladen 1993; Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus/Henkys, Reinhard, Friedensbewegung in der DDR, Hattingen 1982; Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter, Null Bock auf DDR – Aussteigerjugend im anderen Deutschland, Hamburg 1984; Cerny, Jochen (Hrsg.), Wer war wer – DDR, Berlin 1992; Draheim, D. u. a. (Hrsg.), Robert Havemann, Berlin 1991; Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982; Eisenfeld, Bernd, Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?, Frankfurt a.M. 1978; Eppelmann, Rainer, Fremd im eigenen Haus, Köln 1993; Fehr, Helmut, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen in Ostmitteleuropa, Habilitationsschrift FU-Berlin Oktober 1992; Flach, Helmut, Die Gruppe der 20 oder der Dresdener Weg – Eine Chronologie, Manuskript, Dresden 1993; Fricke, Karl Wilhelm, Opposition in der DDR, Köln 1984; Hirsch, Ralf/Kopelew, Lew (Hrsg.), „Initiative Frieden und Menschenrechte“ – „Grenzfall“, Berlin 1989; Hirsch, Ralf (Hrsg.), 40 Jahre DDR – und die Bürger melden sich zu Wort, Köln 1990; Initiative Ost-West-Dialog Berlin (Hrsg.), Der Frieden ist unteilbar, Berlin 1985; Israel, J. (Hrsg.), Zur Freiheit berufen, Berlin 1991; Kleßmann, Christoph, Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25.1.1991; ders. (Hrsg.), Kinder der Opposition, Gütersloh 1993; Klier, Freya, Abreißkalender, München 1988; Knabe, Hubertus, Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1988, S. 551 ff; Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31.1.1990; Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988; Kuhr, Eberhard, Wider die Militarisierung der Gesellschaft. Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Forschungsbericht Nr. 35 der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin 1984; Minnerup, Günter, Politische Opposition in der DDR vor dem Hintergrund der Reformdiskussion in Osteuropa, in: Die DDR im 40. Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Köln 1989; Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.), „Ich liebe euch doch alle!“ – Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989, Berlin 1990; dies., Untergang auf Raten, München 1993; Mleczkowski, Wolfgang; In Search of the Forbidden Nation. Opposition by the Young Generation in the GDR, in: Government and Opposition 2/1983, S. 175 ff; Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991; Neubert, Ehrhart, Protestantische Kultur und DDR-Revolution, in: Aus

Erklärungen, die die Gruppen selbst im Sommer 1989 veröffentlichen, auf ihre wesentlichen Anliegen und ihr Dilemma.

Sie formulieren den Anspruch eines reformierten Sozialismus in dem Moment, in dem die Macht der SED zerfällt und eine große Anzahl der Bürger das Land verläßt, ohne eine politische Opposition zu formieren. In diesen Prozeß suchen die Gruppen zu intervenieren. Sie verwandeln sich aus Kirchengemeindekreisen, Hauskreisen, Sofarunden⁷⁰, Redaktionen von Zeitschriften („Nur zum innerkirchlichen Gebrauch“) in öffentlich agierende Teilnehmer am politischen Leben. In ihrer politischen Programmatik sind die Spuren ihrer Herkunft sichtbar.

Die Gründer der Sozialdemokratischen Partei⁷¹ – die sich als erste in Bewegung setzen – benennen in ihrem „Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe“⁷² vom 26. August 1989 zunächst sehr ausführlich die Situation, in die hinein sie ihren Appell plazieren: „Viele Bürger haben an Selbstbewußtsein gewonnen. Dennoch muß man feststellen, daß die Situation immer noch insgesamt von einem lähmenden Ohnmachtsgefühl beherrscht wird. Dies zeigt sich u. a. darin, daß man zwar Veränderungen wünscht und erhofft, zugleich aber glaubt, selbst nichts tun zu können.“⁷³

Politik und Zeitgeschichte, 3.5.1991; Neugebauer, Gero/Niedbalski, Bernd, Die SPD in der DDR 1989–1990, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 74, Berlin 1992; Pelikan, Jiri/Wilke, Manfred, Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Hamburg 1977; Pelikan, Jiri/Wilke, Manfred, Opposition ohne Hoffnung? Jahrbuch zu Osteuropa 2, Hamburg 1979; Pollack, Detlef (Hrsg.), Die Legitimität der Freiheit, Frankfurt 1990; Rein, Gerhard, Die Opposition in der DDR, Berlin 1989; ders., Die protestantische Revolution, Berlin 1990; Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992; Schüddekopf, Charles (Hrsg.), Wir sind das Volk, Hamburg 1990; Sozialistisches Osteuropakomitee (Hrsg.), Osteuropa-Info 2/1981, Beiträge zur DDR-Opposition, Hannover 1981; Stasi-Akte „Verräter“, 1/1993, Hamburg 1993; SPUREN, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, Berlin 1988; Staritz, Dietrich, Die SED und die Opposition, in: Die SED in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Ilse Spittmann, Köln 1987; Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990; Timmermann, H., Reformkommunisten in West und Ost. Konzeptionen, Querverbindungen und Perspektiven, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 31/1980; Weber, Hermann/Koch, Manfred, Opposition in der DDR, in: Hans Georg Wehling (Hrsg.), DDR, Stuttgart 1983, S. 132 ff; Wegner, Bettina, Von Deutschland nach Deutschland, Berlin 1989; Weißhuhn, Reinhard (Redaktion), Gesteinssammlung. Festschrift für Gerd Poppe, hrsg. zum 50. Geburtstag von Gerd Poppe im März 1991, Berlin, März 1991; Wensierski, Peter/Büscher, Wolfgang, Beton ist Beton, Hattingen 1981; Woods, Roger (ed.), Opposition in the GDR under Honecker 1971–85, London 1986

70 Siehe z. B.: Neugebauer, Gero, Von der „Sofarunde“ in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie, in: ders./Niedbalski, Bernd, Die SPD in der DDR 1989–1990, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 74, Berlin 1992, S. 4 ff

71 Eine ausführliche Schilderung der Entstehung der SDP findet sich bei: Neugebauer, Gero/Niedbalski, Bernd, Die SPD in der DDR 1989–1990, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 74, Berlin 1992, S. 4 ff

72 Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 84ff

73 Ebenda

Als Voraussetzungen eines politischen Wandels werden dann in einer Kurzfassung des Aufrufs⁷⁴ im September 1989 eine „geistige Auseinandersetzung über den Zustand unseres Landes und seines künftigen Weges“ und die „grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits und Machtanspruchs der herrschenden Partei“ genannt. „Programmatische Bemühungen“ und Bürger, die die notwendige Kompetenz dafür mitbrächten, seien gefragt. Vorläufig solle man sich unter den folgenden Essentials vor Ort zusammenschließen: „Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität, relative Selbständigkeit der Regionen, Kreise, Städte und Kommunen, soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot, Demokratisierung des Wirtschaftslebens, Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht“.⁷⁵

In der am 7. Oktober 1989 verfaßten „Gründungsurkunde“⁷⁶ heißt es dann zusammenfassend, man wolle auf eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie“ hinwirken und „die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Initiativen, Gruppen und Personen“ suchen⁷⁷. Die bisherigen Diskussionen über die erklärten Grundsätze „verdeutlichen die Notwendigkeit, mit inhaltlichen und strukturellen Verbindlichkeiten sich jetzt gegen die zunehmende Destabilisierung unseres Landes zu verhalten... und in dieser Weise an einer demokratischen Entwicklung mitzuwirken.“⁷⁸ In den Stichworten zum Programm⁷⁹ wird dabei ausdrücklich die Anerkennung der Zweistaatlichkeit Deutschlands proklamiert.

Neben vielen Forderungen, die sich mit den programmatischen Aussagen der anderen Gruppen weitgehend decken, werden ein vorläufiges Statut der SDP⁸⁰ und ein „Aufruf zur Mitgliedschaft und zur Bildung von Ortsverbänden der SDP“ veröffentlicht.⁸¹ In ergänzenden Stellungnahmen weisen Gründer der Partei ausdrücklich auf den provisorischen Charakter der Parteigründung hin⁸² und erläutern die Idee einer eigenständigen sozialdemokratischen Partei in der DDR, deren selbständige Anerkennung durch die Sozialistische Internationale sie anstreben.⁸³

74 Zum Aufruf der Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 88/89

75 Ebenda, S. 88

76 Gründungsurkunde vom 7.10.1989, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 89

77 Ebenda

78 Ebenda

79 Ebenda, S. 87

80 Das vorläufige Statut der SDP, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 90 ff.

81 Aufruf zur Mitgliedschaft und zur Bildung von Ortsverbänden der SDP, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 93 ff.

82 Markus Meckel: Wir haben den Raum der Kirche verlassen, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 95ff

83 Ibrahim Böhme: Der sozialdemokratische Gedanke ist in der DDR nie zum Erliegen gekommen, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 97 ff.

Von den Vereinigungen und Gruppen, die sich im Sommer und Herbst 1989 zusammenfinden, erreicht die Gruppe „Neues Forum“⁸⁴ rasch die größte Wirkung. Mit dem Aufruf aus den ersten Septembertagen 1989 kündigt sie – unter Berufung auf die Verfassung der DDR (Art. 29) und eine Verordnung über die „Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen“ von 1975 – ihren Antrag auf Legalisierung als politische Vereinigung an.

Der Aufruf selbst ist aber auch an die Bevölkerung gerichtet. So heißt es dort: „Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, daß eine große Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt, daß die vielfältigen Einzel und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.“⁸⁵ Am Ende des Aufrufs findet sich auch die Aufforderung, Mitglied zu werden und an der Umgestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.

Im Zentrum des Appells findet sich eine Beschreibung der gesellschaftlichen Situation, als deren Charakteristikum die gestörte „Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft“⁸⁶ angesehen wird, die die „schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft lähmt“.⁸⁷ Die Lösung der beschriebenen Probleme wird in einem „demokratischen Dialog“ über die „Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur“ gesehen: „Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Willen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden.“⁸⁸

In einem zusätzlich zu diesem Gründungsaufruf kursierendem „Problemkatalog“⁸⁹ werden unter den Überschriften „Wirtschaft und Ökologie“, „Kultur, Bildung, Wissenschaft“ und „Rechts und Staatswesen“ vorwiegend Fragen eines demokratischen Dialogs aufgeworfen und die Überarbeitung wesentlicher Paragraphen des Strafgesetzbuches gefordert (Hochverrat, Landesverrat etc.), die die Kriminalisierung oppositioneller Tätigkeit in der DDR ermöglichen.

In Umrissen wird die Einführung von Grundsätzen und Strukturen einer demokratischen Republik gefordert. Als Quelle ihrer eigenen Vorstellungen gibt die Gruppe implizit die Vorstellungen der ökumenischen Versammlungen

84 Siehe zur ausführlichen Darstellung der Entstehungsgeschichte der Gruppe „Neues Forum“: Schulz, Marianne, „Neues Forum“, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991 S. 11 ff.

85 „Neues Forum“, Gründungsaufruf: Eine politische Plattform für die ganze DDR, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 14

86 Ebenda, S. 13

87 Ebenda

88 Ebenda, S. 14

89 Offener Problemerkatalog: Vom vormundschaftlichen Staat zum Rechtsstaat, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 16 ff.

in Dresden an.⁹⁰ Ausdrücklich verwahrt sich die Gruppe in einer „Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR“⁹¹ gegen „Versuche der Regierung, uns als Sozialismusfeinde darzustellen“.⁹² Die Untätigkeit der SED selbst sei es, die „den Sozialismus auf deutschem Boden“⁹³ gefährde.

Der Gründungsaufwurf der Gruppe läßt sich so zwar insgesamt im Sinne einer Demokratisierung des Sozialismus in der DDR verstehen. Vertreter der Gruppe weisen in Erklärungen ausdrücklich darauf hin, daß man die Diskussion über eine Vereinigung beider deutscher Staaten als störend empfinde. Ihre Aussagen machen aber vor allem auch deutlich, daß man mit dem Aufruf einerseits an den Reformwillen der SED appelliere⁹⁴ und andererseits einen Prozeß der Beteiligung der Bürger initiieren will.⁹⁵ Im Zentrum des Aufrufs steht der Appell an die Bürger, sich zu beteiligen.

Ganz ähnliche Probleme haben offenbar die Gründer der Gruppe „Demokratischer Aufbruch“⁹⁶ bewegt. Ihr Gründungsaufwurf enthält im Unterschied zu dem der Initiative „Neues Forum“ keine Berufung auf die Verfassung der DDR, er fordert eine „erneuerte Demokratische Republik.“⁹⁷ Die Berufung auf die existierende Verfassung wird abgelehnt: „Die Menschenrechte hat der Staat nicht zu gewähren, sondern zu respektieren.“⁹⁸

Gefordert werden dementsprechend die „Trennung von Staat und Parteien“, die „Entwicklung einer freien Öffentlichkeit“, „freie Willensbildung“, die „Trennung von Staat und Gesellschaft“, die „Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln“, ein „Zusammenspiel von Plan und Markt“, eine „Gesellschaft als Solidargemeinschaft“, der „ökologische Umbau der Industriegesellschaft“ und die „Errichtung eines gemeinsamen Europäischen Hauses“ bei Beibehaltung der „deutschen Zweistaatlichkeit.“⁹⁹

90 „Allen Bestrebungen, denen das Neue Forum Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde“, heißt es im Gründungsaufwurf. Siehe: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 14. Die Begrifflichkeit der ökumenischen Versammlung ist hier lediglich durch das Wort „Demokratie“ ergänzt.

91 Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 15/16

92 Ebenda

93 Ebenda

94 Siehe: Pflugbeil, Sebastian: Wir müssen die Reform mit den Genossen machen, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 20 ff.

95 Siehe: Reich, Jens: Am wichtigsten ist die Befreiung von der Angst, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 27 ff.

96 Eine Schilderung der Konstitution der Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ findet sich bei: Eppelmann, Rainer, Fremd im eigenen Haus, Köln 1993, S. 332 ff.

97 Programmmatische Erklärung, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 35

98 Aufruf zum „Demokratischen Aufbruch – sozial, ökologisch“, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 34

99 Ebenda

Der Gründungsaufruf vom 2.10.1989 wird wenig später ergänzt durch ein Statut.¹⁰⁰ Außerdem verbreitet die Gruppe ein „Flugblatt der Jugend“, ein „Flugblatt für die Demokratie“ und einen Aufruf an Kinder.¹⁰¹

Läßt sich also auch dieser Aufruf im Sinne einer Reform des Sozialismus in der DDR deuten, dessen Vorstellungen aber weiter ausgearbeitet wirken als die der Initiative „Neues Forum“ und dessen Beschreibung der Grundsätze einer demokratischen Republik genauer ausfallen, so ist auch in diesen Papieren der Appell an die Bürger unüberhörbar: „Wir wollen neu lernen, was Sozialismus für uns heißen kann.“¹⁰²

Eine „Reform von oben“ müsse zu einer „Reform von unten“ verbunden werden, um die „inneren und außenpolitischen Probleme“ zu lösen.¹⁰³ Die Forderung nach einem Dialog soll auch in der Vorstellung der Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ das Ziel haben, das „Vertrauensverhältnis von Bürgern und staatlichen Organen“ wiederherzustellen.¹⁰⁴ Vertreter der Gruppe weisen in Interviews auf diesen Aspekt deutlich hin. Das Ziel der Initiative wird darin gesehen, „aufrechten Gang“ und „Würde“ wiederzugewinnen.¹⁰⁵ Im Sommer 1989 habe man erkannt, „daß wir eine neue Qualität des Handelns brauchen.“¹⁰⁶

Bevor dagegen die Gruppe „Demokratie Jetzt“¹⁰⁷ in ihrem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“¹⁰⁸ die Bürger zum Eigenengagement ermuntert, appelliert sie im Sommer 1989 zunächst an die Leitungsgremien der beiden Kirchen in der DDR, die Initiative zur Einberufung eines Runden Tisch zu übernehmen. Es gälte zu „erwägen, ob der Friedens und Versöhnungsauftrag

100 Statut vom 29. Oktober 1989 in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 38 ff.

101 Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 45 ff.

102 Aufruf zum „Demokratischen Aufbruch – sozial, ökologisch“ in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 34

103 Zitate in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 34/35

104 Zitat in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 38

105 Siehe Eppelmann, Rainer: In dem Volk steckt noch eine Menge drin, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 51.

106 Neubert, Ehrhart: Wir wollen einen demokratischen Sozialismus, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 56

107 Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Gruppe „Demokratie Jetzt“ gibt es bei: Wielgohs, Jan/Müller-Enbergs, Helmut, Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991, S. 105 ff. Weitere Informationen finden sich in: Bickhardt, Stephan (Hrsg.), Recht ströme wie Wasser, Berlin 1988; Friedenskreis der Bartolomäus-Gemeinde (Hrsg.), „Weil alle Abgrenzung ...“, Berlin 1988; Müller-Enbergs, Helmut, Demokratie Jetzt, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 19, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin 1990; Mehlhorn, Ludwig, Berlin – Warschau, in: Knabe, Hubertus (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989

108 Dieser Aufruf wurde mit ausdrücklicher Unterstützung von Manfred Stolpe und Christa Wolf verfaßt. Siehe: Fischbeck, Hans-Jürgen, Kulturrevolutionäre Gedanken nach vorn – mit Rückspiegel, in: Demokratie Jetzt, Berlin 1990, Nr. 34, S. 3

unserer Kirchen nicht jetzt eine Initiative entsprechend den Beschlüssen der Ökumenischen Versammlung im Sinne unserer Bitte erfordert.“¹⁰⁹

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die Vereinbarungen zwischen Kirche und SED vom 6. März 1978 nicht weiter Grundlage des gegenseitigen Verhältnisses sein könnten.¹¹⁰ Nach einer Schilderung der Situation in der DDR im Gefolge der Kommunalwahlen im Mai 1989 bitten die Unterzeichner, die zu den maßgeblichen Gründern der Gruppe „Demokratie Jetzt“ gehören: „Wir möchten Sie daher bitten, die bestehende unerträgliche Situation dadurch zu überwinden, daß Sie jetzt weitergehen und öffentlich eine unüberhörbare, versöhnliche, Vertrauen anbietende Bitte an den Staat richten, den ohnehin fälligen und auch von vielen Marxisten erhofften großen Dialog mit allen verantwortungsbewußten Kräften über eine demokratische Umgestaltung unseres Staates und unserer Gesellschaft zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Partei, Staat und Gesellschaft zu ermöglichen und zu eröffnen.“¹¹¹

Der dann im September 1989 veröffentlichte „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“¹¹² und die beigefügten „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“¹¹³ sind in vielen Zügen mit anderen Erklärungen vergleichbar. Sie entstehen aus Unzufriedenheit mit dem Aufruf der Gruppe „Neues Forum“. Ziel ist jetzt der Aufbau einer Bürgerbewegung. Als Ziel der Vorschläge betrachtet man es, „den inneren Frieden unseres Landes zu gewinnen und damit auch dem äußeren Frieden zu dienen.“¹¹⁴

Deutlicher als in anderen Papieren wird die Idee einer zivilen Gesellschaft hervorgehoben. Man strebt an, daß „die sozialistische Entwicklung, die in der Verstaatlichung steckengeblieben ist, weitergeführt und dadurch zukunftsfähig gemacht wird. Statt eines vormundschaftlichen, von der Partei beherrschten Staates, der sich ohne gesellschaftlichen Auftrag zum Direktor und Lehrmeister des Volkes überhoben hat, wollen wir einen Staat, der sich auf den Grundkonsens der Gesellschaft gründet, der der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist und so zur öffentlichen Angelegenheit (res publica) mündiger Bürgerinnen und Bürger wird. Soziale Errungenschaften, die sich als solche bewährt haben, dürfen durch ein Reformprogramm nicht aufs Spiel gesetzt werden.“¹¹⁵

Unter den Überschriften „Vom Obrigkeitsstaat zur Republik“, „Von der Verstaatlichung zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ und „Von der Ausbeutung und Verschmutzung der Umwelt zu einem dauerhaften

109 Auch wir brauchen autorisierte Gesprächsrunden ..., in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 67

110 Siehe: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 66

111 Ebenda

112 Siehe: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 59 ff.

113 Siehe: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 62 ff.

114 Ebenda

115 Ebenda

Zusammenleben mit der Natur“¹¹⁶ werden im Vergleich zu anderen Aufrufen weniger Fragen für einen demokratischen Dialog entwickelt als machbare Schritte der Entstehung einer zivilen Gesellschaft vorgestellt. In Interviews mit Vertretern der Gruppe wird – wie in den schon vorgestellten Aufrufen – deutlich, daß wesentliches Ziel eine eigenständige Demokratisierung der DDR ist¹¹⁷ und die Entstehung eines wirklichen öffentlichen Lebens.¹¹⁸

Die Verfasser des „Appell – Für eine vereinigte Linke in der DDR!“¹¹⁹, die Anfang September 1989 gleichzeitig „Mindestanforderungen für die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft in der DDR“¹²⁰ verbreiten und ihre Ideen als Vorbereitung zu einer breiten Plattform von Sozialisten innerhalb und außerhalb der SED verstehen, beschreiben die Chancen einer politischen Veränderung in der DDR – trotz eines kritischen Blicks auf die Weltlage – optimistisch: „Wir sind der Auffassung, daß insbesondere die DDR vor einer historischen Chance radikaler Erneuerung des sozialistischen Gesellschaftskonzepts steht. Wird sie warten, so hat das Folgen, die möglicherweise nicht nur in unserem Land über lange Zeit hinweg die Aussicht auf ein sozial gerechtes und die freie Entfaltung jedes Gesellschaftsmitglieds garantierendes Gemeinwesen suspendieren.“¹²¹

In einer ergänzenden Stellungnahme¹²² wird dieser Aspekt dann noch stärker konturiert: „Hier geht es nicht allein um die Zukunft realsozialistischer Länder, sondern auch um die Frage, inwieweit solche Länder aus sich selbst heraus fähig sind, die weltweite Perspektive des Kommunismus zu rehabilitieren und als Alternative für die beiden anderen Welten wieder sichtbar auf die Tagesordnung zu setzen.“¹²³

Als Essentials einer gemeinsamen Plattform aller Linken benennen sie das „gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln“, den „Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten“, die „Verwirklichung des Prinzips der sozialen

116 Ebenda, S. 62 ff.

117 Weiß, Konrad: Wir möchten kein Land der Bundesrepublik werden, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 69 ff.

118 Mehlhorn, Ludwig: Wir brauchen eine vom Staat unabhängige Gesellschaft, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 73 ff.

119 Für eine vereinigte Linke in der DDR! – Appell, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 106 ff.; eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Gruppe „Vereinigte Linke“ bietet Wielgoß, Jan, Die Vereinigte Linke, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgoß, Jan (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991, S. 283 ff.; eine Sammlung der wichtigsten Dokumente aus der Entstehung der Gruppe findet sich in: „Die Aktion“ – Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst – Sonderheft: Dokumente der Initiative „Vereinigte Linke“, Hamburg 1990

120 Mindestanforderungen für die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 109 ff.

121 Zitat aus: Für eine vereinigte Linke in der DDR! in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 107

122 Thomas Klein: Ist die DDR reif für eine Reform ihres gesellschaftlichen Systems? in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 112 ff.

123 Ebenda, S. 113

Sicherheit und Gerechtigkeit“, die „politische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit“ und den „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“. ¹²⁴

In ihren „Mindestanforderungen“ bedauern die Autoren, leider die genaue „Form der sozialistischen Demokratie (Parlamentarismus, Rätssystem oder Kommune)“ ausklammern zu müssen¹²⁵, ihre Präzisierung müsse einer Diskussion der Linken und dem „Prozeß der Selbsttätigkeit der Massen vorbehalten bleiben.“¹²⁶ Im Anschluß werden dann unter den Überschriften „Verwirklichung der sozialistischen Demokratie“, „Wirtschaftliche und soziale Grundlagen“ und „Ziele der Verfassungs- und Gesellschaftsreform“ differenziert eine große Anzahl von Programmpunkten dargelegt. Sie alle sollen beitragen zur „Verteidigung des Charakters der DDR als Gesellschaft sozialistischer Freiheit in der verfassungsrechtlichen Fixierung ihres Antidespotismus, Antistalinismus, Antifaschismus, Antimilitarismus, Antikapitalismus, Antinationalismus und Antirassismus.“¹²⁷

Eine zentrale Aufgabe in der gegenwärtigen Situation sehen die Initiatoren in der „Demokratisierung“. Parallel dazu müsse „die freie Diskussion in den Parteien und Massenorganisationen durchgesetzt werden. Partei und Gewerkschaften sowie alle Foren gesellschaftlicher Organisationen sollten nach Maßgabe der realen Möglichkeiten für die Thematisierung einer Gesellschaftsreform zu nutzen sein, um die Probleme auf einer immer breiteren Grundlage zu diskutieren.“¹²⁸

Die Gründungsinitiative für eine „Grüne Partei“ dagegen spricht sich am 6. November 1989 für eine „grüne Wende“¹²⁹ aus. Aber auch hier werden die Bürgerinnen und Bürger zum Aufbau eigener Strukturen aufgefordert. Man versteht sich als Gruppe, die auf der Grundlage der DDR-Verfassung für ihre Reform eintritt.¹³⁰ Eine spezifische Zuspitzung der Situation in der DDR ist nicht Ausgangspunkt ihres Aufrufs, es ist der Untergang der Welt selbst.

Die Gründungsinitiative tritt an, die Utopie zu bekämpfen, „der Mensch könne sich willkürlich im Lebenssystem Erde bewegen.“ Diese Annahme „verdrängt die Schwachen an den Rand ihrer möglichen Existenz.“ Dabei sei es gleichgültig, „ob sie auf der Pflegestation einsam und würdelos abtreten, ob sie in die Massengräber der Dritten Welt geschaufelt oder im

124 Zitate aus: Für eine vereinigte Linke in der DDR! in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 108

125 Zitat aus: Mindestanforderungen ..., in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 109

126 . Ebenda

127 Zitate aus: Mindestanforderungen ..., in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 111

128 Zitat aus: Thomas Klein: Ist die DDR reif für eine Reform ihres gesellschaftlichen Systems? in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 118

129 Erklärung der Gründungsinitiative für eine Grüne Partei in der DDR, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 121

130 Ebenda, S. 120

Museum der ausgestorbenen Pflanzen und Tierarten auch noch zur Schau gestellt werden.“ Ein solches Bewußtsein, das von der Behauptung ausgehe, der Mensch könne sich die Erde unterwerfen, „hat folgerichtig die zum erstenmal in der Geschichte der Erde mögliche Vernichtung allen Lebens bereits eingeleitet.“¹³¹

Die Gründungsinitiative der Grünen Partei definiert sich dagegen „ökologisch, feministisch und gewaltfrei“. Sie tritt ein für ökologischen Umbau, allgemeine und vollständige Abrüstung, gegen Gewalt, nationalen Chauvinismus, Rassismus und bekennt sich zum Antifaschismus. Vor allem will sie verhindern, „daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter dem Druck unvernünftigen, kurzsichtigen materiellen Nachholbedarfs eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt.“¹³²

Sie ruft die Bewohnerinnen und Bewohner der DDR deshalb auf: „Aus Sorge um die katastrophale Umwelt, aus Verantwortung für unsere Kinder und die noch ungeborenen Generationen – schließt euch im örtlichen und regionalen Bereich zu Basisgruppen der Grünen Partei der DDR zusammen!“¹³³

3.2.3. *Dresden 1978–1989*

Für Dresden konstatiert die Staatssicherheit im Frühjahr 1989 10 sogenannte „negativ-feindliche Personenzusammenschlüsse.“¹³⁴ Darüberhinaus werden lediglich zwei koordinierende und überörtliche Gruppen genannt.¹³⁵ Die meisten „Zusammenschlüsse“ bilden sich im Zusammenhang mit dem jährlichen Gedenken an die Bombardierung der Stadt am 13. Februar 1945.

Erste Aktivitäten¹³⁶ einer unabhängigen Friedensbewegung werden in Dresden 1978 sichtbar. Nachdem die Pläne für einen Wehrunterricht bekannt werden,

131 Ebenda, S. 119

132 Ebenda, S. 120

133 Ebenda, S. 121

134 Dies sind 1. der „Ökumenische Friedenskreis“ Dresden-Johannstadt (seit 1984), 2. der „Ökumenische Friedenskreis“ der Auferstehungskirche Dresden (seit 1984), 3. der „Friedenskreis“ Dresden – Weißer Hirsch (seit 1986), 4. die „Friedensgruppe“ Leubnitz-Neurosta/Dresden (seit 1986), 5. „Ökologischer Arbeitskreis der drei Dresdener Kirchenbezirke“ (seit 1983), 6. der „Ökologiekreis“ Radebeul-Ost (seit 1986), 7. „Ökumenischer Aktionskreis“ Dresden-Neustadt (seit September 1988), 8. „Unabhängiger Friedenskreis Wolfspelz“ Dresden (seit 1985), 9. die „Frauenfriedensgruppe“ Dresden (März 1984), 10. die AG „Wehr- und Friedensdienst“ Dresden (seit 1985). (Zusammenstellung nach: Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88)

135 Hierzu zählt die Staatssicherheit die Arbeitsgruppe „Frieden“ der drei Dresdener Kirchenbezirke und den Vorbereitungskreis „Friedensseminar“ Meißen (Zusammenstellung nach: Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88).

136 Unsere Darstellung der Chronologie von Dresden stützt sich auf die Erinnerungen von Johanna und Roman Kalex (siehe: Rüddenklau, Wolfgang, „Schafe im Wolfspelz“ – Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992;), die Darstellungen von Gerhard Rein (Rein, Gerhard, Die Opposition in der DDR, Berlin 1989; ders., Die protestantische Revolution, Berlin 1990;), die Recherche von Helmut Flach (Flach, Helmut, Die Gruppe der 20 oder der Dresdener Weg – Eine Chronologie, Manuskript, Dresden 1993, erscheint

bildet sich spontan ein Friedenskreis der ESG in Dresden.¹³⁷ Noch im Juni des Jahres formulieren Mitglieder der ESG einen Appell, der im Gottesdienst am Ende des Sommersemesters verlesen werden soll. Im Juli 1980 gibt es ein gemeinsames Friedensseminar der Evangelischen Studentengemeinden Dresden, Magdeburg und Berlin in Dresden.¹³⁸ Am Ende des Jahres liegen die ersten Entwürfe zu einem „Sozialen Friedensdienst“ vom Pfarrer C. Wonneberger vor.¹³⁹ Im gleichen Jahr gründet sich der ökologische Arbeitskreis der drei Dresdener Kirchenbezirke¹⁴⁰ und der Stadtökumenekreis Dresden.¹⁴¹

1981 findet zum ersten Mal seit 1946 keine offizielle Großveranstaltung zum Gedenken an die Bombardierung von 1945 statt. Auch die Teilnehmerzahlen der kirchlichen Veranstaltungen gehen zurück.¹⁴² Im Mai 1981 erscheint der „Aufruf zu einem Sozialen Friedensdienst.“ Da er von der sächsischen Landessynode der protestantischen Kirche nicht angenommen wurde, wird er in Form eines Kettenbriefs in der ganzen DDR verteilt.¹⁴³ Im September findet in Dresden das erste ökumenische Friedensgebet statt.¹⁴⁴ Im Oktober erscheinen Flugblätter, die zu einer Gedenkdemonstration an der Dresdener Frauenkirche am 13.2.1982 aufrufen.¹⁴⁵

Im Januar 1982 wird ein Zusammentreffen von Unterstützern der Initiative für einen sozialen Friedensdienst zwar nicht verhindert, wohl aber die anvisierte „Friedensfahrt nach Dresden“, die für Ostern desselben Jahres

demnächst in einer Veröffentlichung des Projektes Demokratisierung in der ehemaligen DDR des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg, Lehrstuhl Prof. Dr. Uwe Thaysen), die knappe Chronologie des Gedenkens an den 13. Februar 1945 von Olaf Meyer (siehe: Meyer, Olaf, *Erinnern und Trauern als öffentliche Ausdrucksformen der christlichen Gemeinde. Das Beispiel Dresdens*, in: Dannowski, Hans Werner, *Erinnern und Gedenken*, Hamburg 1991), *Anmerkungen und Dokumente in dem unter Pseudonym geschriebenen Buch von Hubertus Knabe (Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982), verschiedene Darstellungen aus dem Reader „Spuren“, der 1988 zum Seminar „Frieden Konkret“ erschien*, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), *Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR*, Berlin 1988), und die schon zitierte Zusammenstellung des MfS vom Mai 1989 (Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88).

137 Siehe die Darstellung in Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen, Hamburg 1982, S. 168ff

138 Siehe die Darstellung ebenda S. 114f

139 Siehe die Darstellung in SPUREN, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), *Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR*, Berlin 1988

140 Information aus: Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88

141 Darstellung in Meyer, Olaf, *Erinnern und Trauern als öffentliche Ausdrucksformen der christlichen Gemeinde. Das Beispiel Dresdens*, in: Dannowski, Hans Werner, *Erinnern und Gedenken*, Hamburg 1991

142 Ebenda

143 SPUREN, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), *Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR*, Berlin 1988

144 Darstellung in Meyer, Olaf, *Erinnern und Trauern als öffentliche Ausdrucksformen der christlichen Gemeinde. Das Beispiel Dresdens*, in: Dannowski, Hans Werner, *Erinnern und Gedenken*, Hamburg 1991

145 Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, „Schafe im Wolfspelz“ – Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992

vorgesehen war.¹⁴⁶ Am 13.2.1982 findet in der Frauenkirche Dresdens das „Friedensforum“ statt, etwa 6.000 Jugendliche nehmen daran teil.¹⁴⁷ Im Mai des Jahres wird durch massive Drohungen und Verfolgungen die Teilnahme unabhängiger Demonstranten an der 1.-Mai-Demonstration verhindert.¹⁴⁸

1983 gibt es zum ersten Mal wieder FDJ-Mahnwachen vor der Dresdener Frauenkirche.¹⁴⁹ Am 13.2.1984 wird im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Bombardierung Dresdens von den drei Superintendenenten der Kirchenbezirke in Dresden die Arbeitsgruppe „Frieden“ gegründet.¹⁵⁰ Mit ihr zusammen entstehen neue Friedenskreise in verschiedenen Kirchen. 1984 findet parallel zum jährlichen Dixieland-Festival eine Friedenswerkstatt in einer Kirche statt.¹⁵¹ Um die Aufstellung einer Ausstellung zur Militarisierung des Bildungswesens gibt es im November 1984 Konflikte bei der „Friedenswerkstatt“.¹⁵²

1985 bildet sich die Arbeitsgruppe „Wehr- und Friedensdienst“ in Dresden. Sie betreut ehemalige und zukünftige Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer.¹⁵³ Im Januar 1986 erklärt sich die Gruppe „Wolfspelz“ zur kirchenunabhängigen Friedensgruppe.¹⁵⁴ Im Zusammenhang mit dem 13.2.1986 gibt es die erste Aufforderung von Christof Ziemer zur Durchführung einer ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.¹⁵⁵ In diesem Jahr gründen sich weitere Friedenskreise. 1987 wird ein überregionales Treffen zum Thema „Sozialer Friedensdienst“ in Dresden verboten.¹⁵⁶ Zum Abschluß des Olof-Palme-Friedensmarsches gibt es ein Forum in der Kreuzkirche.¹⁵⁷

Vom 12. bis 15.2.1988 findet die 1. „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in Dresden statt.¹⁵⁸ Im Frühjahr 1989 findet ein Plattformseminar „Quo vadis DDR?“ für Dresdener Friedenskreise statt. Von hier aus wird die Beobachtung der Kommunalwahlen

146 Siehe Darstellung in SPUREN, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, Berlin 1988

147 Dokumentation in Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen, Hamburg 1982, S. 68ff

148 Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, „Schafe im Wolfspelz“ – Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992

149 Meyer, Olaf, Erinnern und Trauern als öffentliche Ausdrucksformen der christlichen Gemeinde. Das Beispiel Dresdens, in: Dannowski, Hans Werner, Erinnern und Gedenken, Hamburg 1991

150 Informationen nach Vertrauliche Verschußsache VVS – o008 MfS Nr. 39/88, und Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 142/143

151 Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, „Schafe im Wolfspelz“ – Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992

152 Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 142/143

153 Informationen nach Vertrauliche Verschußsache VVS – o008 MfS Nr. 39/88

154 Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, „Schafe im Wolfspelz“ – Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992

155 Informationen in Meyer, Olaf, Erinnern und Trauern als öffentliche Ausdrucksformen der christlichen Gemeinde. Das Beispiel Dresdens, in: Dannowski, Hans Werner, Erinnern und Gedenken, Hamburg 1991

156 Informationen nach Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 142f

157 Dokumentation in Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990

158 Berichterstattung in Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990

im Mai 1989 organisiert¹⁵⁹. Ab April 1989 gibt es monatliche Protestandachten in der Paul-Gerhardt-Kirche in Dresden-Gittersee gegen den Aufbau eines Reinst-Silizium-Werkes.¹⁶⁰

In der Nacht vom 3.10. zum 4.10.1989 gibt es gewaltsame Auseinandersetzungen um den Bahnhof von Dresden. Die Polizei riegelt den Bahnhof ab, um zu verhindern, daß Menschen in die Züge einsteigen, die DDR-Flüchtlinge aus der Botschaft der Bundesrepublik in Prag in die Bundesrepublik bringen.¹⁶¹ Am 8. Oktober kommt es zur Gründung der „Gruppe der 20“ in Dresden.¹⁶² Am 23. Oktober wird die Gruppe der 20 um verschiedene Arbeitsgruppen durch Mitarbeiter des ökologischen Arbeitskreises erweitert.¹⁶³ Am 4. November findet ein Treffen aller Bürgervereinigungen zur Koordinierung ihrer Arbeit in der Stadt statt.¹⁶⁴

3.2.4. *Die ökumenischen Versammlungen – christliche Gesellschaftskritik*

In Dresden kommt es im Sommer 1989 nicht zu dem in und um Berlin beobachtbaren „Plattformfieber“. Hier gründen sich politische Gruppen außerhalb der Kirche erst im Anschluß an die Gründung der „Gruppe der 20“ und die Gründungen in und um Berlin.

Eine breite Diskussion um gesellschaftliche Perspektiven mit Beteiligung von Friedens und Ökologiekreisen der Stadt findet hier aber im Rahmen der ökumenischen Versammlungen für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ statt. Dresdener Friedens und Ökologiegruppen nehmen als Delegierte an diesen Versammlungen teil. Die Ausstrahlung der Versammlungen reicht weit über Dresden hinaus. Wesentliche Aussagen finden sich z. B. in der Programmatik der Gruppengründungen im Sommer 1989 wieder.¹⁶⁵

Die erste öffentliche Aufforderung für eine ökumenische Versammlung stammt vom 13. Februar 1986. Seither hatte der 1980 konstituierte Stadtökumenekreis Dresden¹⁶⁶ „mit Geduld und Beharrlichkeit die Ängste der Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften überwinden können.“¹⁶⁷ Am 12. Februar 1988 –

159 Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, „Schafe im Wolfspelz“ – Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992

160 Darstellung in Rüddenklau, Wolfgang, „Schafe im Wolfspelz“ – Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992

161 Darstellung in Flach, Helmut, Die Gruppe der 20 oder der Dresdener Weg. Eine Chronologie, Manuskript, Dresden 1993

162 Ebenda

163 Ebenda

164 Ebenda

165 Siehe das Kapitel 3.2.2. „Plattformfieber“

166 Eine Darstellung der Entstehung der Dresdener Stadtökumene im Zusammenhang mit dem jährlichen Gedenken an die Bombardierung Dresdens findet sich bei: Meyer, Olaf, Erinnern und Trauern als öffentliche Ausdrucksformen der christlichen Gemeinde. Das Beispiel Dresdens, in: Dannowski, Hans Werner, Erinnern und Gedenken, Hamburg 1991

167 Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990, S. 72

so berichtet euphorisch der Journalist Gerhard Rein – „hat die bisher repräsentativste Versammlung von Christen in der DDR, 150 Delegierte und 30 Berater“, ihre Arbeit aufgenommen. Mehr als zehntausend schriftliche Wünsche über zu behandelnde Themen waren eingegangen.¹⁶⁸

Die Verhandlungen der ersten Versammlung dieser Art fanden weitgehend hinter verschlossenen Türen statt. Für die Presse war neben der Eröffnungssitzung nur noch eine Veranstaltung zugänglich. Aber schon die dort behandelten Themen – die Folgen des Mauerbaus¹⁶⁹, die Verarmung von Kunst und Kultur, alltäglicher Rassismus¹⁷⁰, der Wehrunterricht, Abrüstung¹⁷¹, Feindbilder in der Volksbildung, Ausgrenzung von Andersdenkenden, das Waldsterben in Thüringen¹⁷², die ökologischen Folgen des Uranbergbaus¹⁷³ etc. – ließen aufhorchen. Darüber berichtet der Journalist Gerhard Rein: „So kritisch und gleichzeitig verantwortlich habe ich in der DDR eine kirchliche Versammlung noch nicht sprechen hören.“¹⁷⁴

Die Darlegung der verschiedenen Mißstände in der DDR blieb jedoch nicht die einzige Aufgabe der ökumenischen Versammlungen. Im April 1989 fand wiederum in Dresden die dritte ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung statt. Aus der Darlegung der unterschiedlichsten Mißstände wurden hier Schlußfolgerungen gezogen. So thematisiert ein Abschlußdokument mit dem Titel „Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartungen“¹⁷⁵ „Nischenexistenz und Aussteigermentalität“ als Folge der technischen Revolution, „Konformismus und Opportunismus“ als Folge erzwungener „Staatstreue“, ungelöste soziale und ökologische Probleme und die Verkümmerng „schöpferischer Mitarbeit“ als Folge des Totalitätsanspruchs der SED.

Um die beschriebenen Zustände zu verändern, werden als notwendig erachtet: mündige Bürger, Rechtssicherheit, Selbsthilfegruppen, eine Teilung der Hausarbeit zwischen Frau und Mann, Informationsfreiheit, eine Trennung von Staats und Parteifunktionen, Einfluß auf die Aufstellung von Kandidaten zu Wahlen, ein Bildungs und Erziehungswesen, das Leistungsbereitschaft und Kreativität statt Normierung fördert, Reiseregeln entsprechend den KSZE-Beschlüssen und die freie Entfaltung von Kunst und Kultur.

168 Ebenda

169 Siehe das Kapitel 6.6. „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“

170 Siehe: Wujanz, Iris: Sieh mal, ein Negerlein, in: Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990, S. 78 ff.

171 Siehe: Romberg, Walter: Fragen für das Überleben, in: ebenda, S. 81 ff.

172 Siehe: Kutter, Dorothea: Kosmetik im Erzgebirge, in: ebenda, S. 82 ff.

173 Siehe: Beleites, Michael: Uran ist radioaktiv, in: ebenda, S. 74 ff.

174 Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990, S. 73

175 Auszüge in: ebenda, S. 131

Da man sich in verschiedenen Fragen nicht einigen konnte, sind eine große Anzahl von Komplexen in Frageform angehängt: „Welches sind die bestimmenden Werte einer sozialistischen Gesellschaft? Welche ökonomischen Strukturen werden diesen Werten am ehesten gerecht? Welchen Beitrag kann ein sozialistisches Gesellschafts und Wirtschaftssystem zu den Überlebensfragen der Menschheit leisten? Worin bestehen die für ein möglichst gerechtes Leben der Gesellschaft notwendigen Funktionen des Staates? Wie können wir zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kommen? Was heißt es, Deutscher in der DDR zu sein? Wie arbeiten wir unsere Identitätsprobleme auf? Wie kann auch die nationale Frage im europäischen Friedensprozeß geklärt werden?“¹⁷⁶

3.3. *Berlin und Dresden – zwei Modelle*

In der Gegenüberstellung der beiden Städte wird sichtbar, daß ausweislich der Namen der Gruppen in beiden Städten vor allem die Themen Frieden und Ökologie im Vordergrund stehen. Die vor allem aus Berlin bekannten Konflikte über Art und Umfang des politischen Engagements von Christen führen hier aber offensichtlich zur Konstitution innerkirchlicher Strukturen von vorwiegend kirchlichen Mitarbeitern, die im Sommer 1989 in die Konstituierung politischer Gruppen übergehen. Parallel zur Arbeit in den Gemeinden gelingt es nichtchristlichen politischen Dissidenten, mit Hilfe kirchlicher Einrichtungen ein landesweites Kommunikationsnetz aufzubauen. Zum Verhandlungspartner der SED werden diese Gruppen jedoch erst, nachdem die Demonstrationen im Süden der DDR den Dialog erzwungen haben.

Im „Plattformfieber“ der sich konstituierenden Gruppen im Sommer 1989 wird sichtbar, daß es vor allem verschiedene Varianten eines demokratischen Sozialismus sind, die das Selbstverständnis der Akteure prägen. Erkennbar aus einer Situation der Minderheit heraus, appellieren die Gruppen an die Bürger, sich einzumischen, einen demokratischen Sozialismus zu gestalten.

In Dresden dagegen ist bislang von innerkirchlichen Konflikten wenig zu hören, Konflikte werden allenfalls sichtbar in Auseinandersetzung mit der einzigen nichtkirchlichen Friedensinitiative, die sich jedoch selbst gar nicht auf eine Konstituierung als politische Gruppe orientiert. Es handelt sich eher um einen sich selbst als anarchistisch verstehenden Aktionszusammenhang. Im Sommer 1989 kommt es in Dresden nicht zur Herausbildung politischer Gruppen, sie entstehen erst im Herbst 1989 in der Wende selbst. Aktionszyklen wie in Berlin gibt es hier nicht. Eine ansatzweise handlungsfähige Struktur bildet in der Wende lediglich ein koordinierender Ökologiearbeitskreis,

der die ersten Berater – nicht Akteure – für die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung stellt.¹⁷⁷ Verhandlungen mit der Stadtverwaltung werden Anfang Oktober 1989 durch massive Demonstrationen erzwungen.

Auch ein „Plattformfieber“ wie in und um Berlin gibt es in Dresden nicht. Die Plattform für die Herausbildung eines politischen Selbstverständnisses bleibt die protestantische Kirche. Mit den ökumenischen Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wird jedoch der Raum der Zuständigkeit von Christen sehr weit gespannt. Aus diesen Auseinandersetzungen entstehen Bitten an die staatliche Seite, die jedoch in Dresden in der Vorform einer politischen Opposition verbleiben.

4. *Zum Begriff und zur Geschichte der „Opposition“ in Osteuropa in den siebziger und achtziger Jahren*

Die Desiderata der Forschung lassen zunächst nur eine sehr vorläufige Arbeitshypothese über die Charakteristika der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR zu. Mehrere Kriterien, an denen das Phänomen der Entstehung und der charakteristischen Merkmale gedeutet werden kann, lassen sich aber dennoch benennen. Um die besonderen Merkmale einer politischen Opposition in der DDR scharf herauszuarbeiten, ist hier zunächst ein kleiner Rekurs in die Geschichte und zum Begriff der Opposition in Osteuropa nötig.

Für die strukturellen Bedingungen, unter denen eine politische Opposition in der ehemaligen DDR entstand, gelten zunächst die Charakteristika, die für Oppositionen in Osteuropa überhaupt gelten. Nach dem Selbstverständnis der realsozialistischen Machthaber und nach der von ihnen definierten Ideologie konnte es „Opposition“ in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ nicht geben. Die proklamierte Identität von Partei, Staat und Gesellschaft ließ per definitionem für das Phänomen Opposition keinen Raum.¹⁷⁸

Die begriffliche Leerstelle entsprach dem faktischen Fehlen aller rechtlich legalen Möglichkeiten oppositioneller Betätigung. „Opposition“ als politische Gegenkraft in den Ländern Osteuropas existierte nach Auffassung der Machthaber lediglich als „Konterrevolution“ bzw. als „Abweichung“ von der herrschenden Lehre und wurde von daher per se als feindlich eingestuft und entsprechend bekämpft. Wer nicht für das Regime war, wurde als Gegner behandelt und stand zumindest ständig unter dem Verdacht, oppositionell tätig werden zu wollen.

¹⁷⁷ Siehe das Manuskript von: Flach, Helmut, Die Gruppe der 20 oder der Dresdener Weg. Eine Chronologie, Manuskript, Dresden 1993

¹⁷⁸ Siehe hierzu: Vladimir Klokocka/Klaus Ziemer, Stichwort Opposition, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik Bd. 4 – Sozialistische Systeme, München 1986, S. 305–316

In realsozialistischen Systemen galt es deshalb die Voraussetzungen für die Etablierung eines pluralistischen Systems selbst erst zu schaffen, um die Existenz und das Wirken einer Opposition dauerhaft zu ermöglichen. Die Funktionen, die politische Opposition in demokratischen Staaten übernimmt – 1. eine konzeptionelle und programmatische sowie personelle Alternative zur Politik der Regierung zu entwickeln, 2. hierfür eine gesellschaftliche Mehrheit zu suchen und 3. auf demokratischem Wege die Macht zu übernehmen und ihr politisches Programm zu realisieren –, konnte sie noch nicht ausüben.

Die Herstellung demokratischer Verhältnisse wurde deshalb notwendigerweise zur Hauptaufgabe der Opposition.¹⁷⁹ Oppositionelle Bestrebungen in Osteuropa konnten lediglich hoffen, die diktatorische Macht auf dem Weg der Revolte, der friedlichen Gehorsamsverweigerung der Bürger oder aber durch äußeren Druck zu stürzen. Entgegen der Fiktion des Systems existierten so Oppositionen mit national sehr verschiedenen Orientierungen und Einflußmöglichkeiten, die jedoch die Voraussetzungen eines Systems, in dem es eine Opposition gibt, erst herstellen mußten. Die Osteuropa-Forschung unterscheidet dabei Opposition und Dissidenz innerhalb der kommunistischen Parteien und Opposition und Dissidenz außerhalb derselben.

Die Herausbildung eines politischen Selbstverständnisses und einer diesem Selbstverständnis entsprechenden organisatorischen Handlungsfähigkeit, die die Herstellung eines demokratischen und pluralistischen Systems zur Zielsetzung der Oppositionen in Osteuropa macht, ist erst das Resultat einer langen, jeweils national spezifischen Entwicklung. Erst seit der Mitte der siebziger Jahre fand in vielen osteuropäischen Oppositionsgruppen und Dissidentenzirkeln ein Umorientierungsprozeß statt. Es sind vor allem vier Ereignisse, die die Zielsetzung und die Interventionsformen osteuropäischer Dissidenten und Oppositionsgruppen seit dem Ende der sechziger Jahre nachhaltig beeinflussen.

Die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beförderte in der Mitte der siebziger Jahre in fast allen Ländern des sowjetischen Machtbereichs einen politischen Entwicklungsprozeß, der die Thematisierung der politischen Demokratie, der Bürger und Menschenrechte

179 Zu diesem Begriff der Opposition vergleiche das Forschungsprojekt: Krisen in den Systemen sowjetischen Typs, Studienreihe, hrsg. von Zdenek Mlynar; insbesondere sei verwiesen auf die Studie Nr. 1718: A. Smolar/P. Kende, Die Rolle oppositioneller Gruppen, Köln 1989; zum vergleichenden Ansatz in der Darstellung der osteuropäischen Oppositionen siehe: Vladimir Klokocka/Klaus Ziemer, Stichwort Opposition, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik Bd. 4 – Sozialistische Systeme, München 1986, S. 305–316; der Begriff von „Opposition“ wird darüberhinaus in ähnlicher Weise benutzt in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), DDR-Handbuch, Köln 1979, 2. Aufl., S. 775, und von Roger Woods, Opposition in the GDR under Honecker 1971–1985, London 1986, S. 17 ff.

selbst zum Ziel der Opposition machte.¹⁸⁰ Die „Charta 77“ in der Tschechoslowakei, ihre ungarischen Freunde im Umkreis der „Budapester Schule“ und das polnische „KOR“ werden die Initiatoren einer folgenreichen Umorientierung der Opposition.

Ihre Neuorientierung setzt darüber hinaus – vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Einmarschs der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei am Ende der sechziger Jahre – einen Schlußpunkt unter den Versuch des sogenannten osteuropäischen „Revisionismus“¹⁸¹, mit dem Mittel einer Reform der führenden kommunistischen Parteien selbst, auf der ideologischen Basis eines erweitert interpretierten Marxismus, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ (Dubcek) durchzusetzen. Seit diesem Ereignis wurde die Verwirklichung einer parlamentarischen Demokratie zur Zielsetzung der Oppositionen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

Der Abschied von der Idee einer Reform der kommunistischen Parteien wurde (auch von den Theoretikern des „Revisionismus“ selbst) im Konzept der „Zivilgesellschaft“ reflektiert¹⁸². Auch wenn es weiterhin Opposition und Dissidenz in den kommunistischen Parteien gab, so orientierte sich doch die Hauptströmung der Opposition nicht mehr auf den Versuch der Reform der kommunistischen Parteien und verstand sich auch nicht mehr als sozialistisch.

Mit dieser Umorientierung im Selbstverständnis der oppositionellen Gruppierungen in Osteuropa geht wiederum eine jeweils spezifische Etablierung veränderter Handlungsformen einher. Wir finden den Übergang von aufbrechenden Revolten, klandestin orientierter Untergrundtätigkeit außerhalb und fraktioneller Konspiration innerhalb der kommunistischen Parteien zu Formen gesellschaftlicher und politischer Selbstorganisation, die heterogene soziale und politische Interessen integrieren. Die zunächst lediglich theoretische Umorientierung der Dissidenten und Oppositionsgruppen in Osteuropa erfährt durch das Beispiel der polnischen „Solidarnosc“ – trotz ihrer Niederschlagung – eine praktische Bestätigung. „Solidarnosc“ wird zum politischen Vorbild für die Oppositionen Osteuropas.

Als mit der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik ab Mitte der achtziger Jahre der politische Spielraum der einzelnen Staaten des Warschauer Paktes größer wird, werden die Gruppen der politischen Opposition Osteuropas zu den

180 Eine breite Dokumentation dieses Prozesses in Osteuropa findet sich in: Jiri Pelikan/Manfred Wilke, Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Hamburg 1977; und in: Jiri Pelikan/Manfred Wilke, Opposition ohne Hoffnung? Jahrbuch zu Osteuropa 2, Hamburg 1979; die Entwicklung und die Hintergründe des Lernprozesses aus osteuropäischer Sicht thematisieren Ferenc Feher/Agnes Heller, Die Linke im Osten – Die Linke im Westen, Köln 1985

181 Den Begriff entnehmen wir Kolakowski, Leszek, Die Hauptströmungen des Marxismus, München 1977

182 Darstellung dieser Entwicklung siehe: Arato, Andrew, „Civil Society“ gegen den Staat. Der Fall Polen 1980/81, in: R. Fenchel/A. J. Pietsch (Hrsg.), Polen 1980–1982, Hannover 1982

Motoren und Kernen der außenpolitischen Herauslösung ihrer Länder aus dem Warschauer Pakt und der innenpolitischen Umwälzung zu einer politischen Demokratie. Sie setzen auf ein Europa der Bürger und Menschenrechte.

5. *Probleme mit dem Begriff der politischen „Opposition“ in der DDR*

Aus einer solchen Perspektive, aus der Polens etwa, sind sowohl die Marginalität der Opposition in der DDR als auch ihre späte formelle Konstituierung im Jahr 1989 und ihre mit Ausnahmen durchgehaltene politische Orientierung auf einen Sozialismus – nicht unbedingt den Sozialismus, den die SED meinte – erklärungsbedürftige Charakteristika.

Von Repräsentanten der Opposition selbst und von Forschern, die ihre Geschichte wissenschaftlich begleitet haben, werden die Marginalität, der politische Traditionalismus und die späte Konstituierung der Opposition der DDR bislang vorangig mit der besonderen Situation des gespaltenen Landes und der besonderen Wirksamkeit politischer Repression erklärt. Die Wirksamkeit dieser Mechanismen kann gar nicht bestritten werden.

Unter Verhältnissen aber, die keine Opposition ermöglichen, wird neben den Bedingungen, die das System setzt, die Herausbildung eines politischen Selbstverständnisses, das auf die Einrichtung einer politischen Demokratie selbst zielt, zu einer wesentlichen Vorbedingung für die politische Wirksamkeit einer Opposition.

Roger Woods hat in der Mitte der achtziger Jahre die spezifischen Quellen oppositionellen Verhaltens in der DDR an fünf Merkmalen beschrieben.¹⁸³ Zunächst wird ein oppositionelles Potential in der DDR gebildet von intellektuellen Dissidenten, die in der DDR bleiben wollen und das Recht einfordern, das Regime – meist von einem sozialistischen Standpunkt aus – zu kritisieren. Es handelt sich in der Ära Honecker dabei nur um eine kleine Gruppe, die sich jedoch in einer ständigen Auseinandersetzung mit der SED befindet, die meist auch westliche Medien für den Transport ihrer Auffassungen nutzt und im Westen stark beachtet wird.¹⁸⁴

Eine weitere Quelle oppositionellen Verhaltens sieht Woods bei der nicht genau zu quantifizierenden Anzahl von DDR-Bürgern, die aus ökonomischen und politischen Gründen den Wunsch haben, die DDR zu verlassen. Sie

183 Woods, Roger (Hrsg.), *Opposition in the GDR under Honecker, 1971–85*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1986, S. 21 ff.

184 Woods weist darauf hin, daß die Auffassungen dieser Gruppe sich in vielen Punkten mit den Auffassungen der wesentlich größeren Gruppe von Intellektuellen, Akademikern und Schriftstellern decken, denen gestattet wird, ihre kritischen Ansichten in der DDR und im westlichen Ausland zu publizieren und die meist Mitglieder offiziell geförderter Organisationen sind (Woods, Roger (Hrsg.), *Opposition in the GDR under Honecker, 1971–85*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1986, S. 21 ff.).

kritisieren die DDR oft von einem christlichen oder nichtsozialistischen Standpunkt.

Die dritte Quelle oppositionellen Verhaltens verortet Woods in der unabhängigen Friedensbewegung. Obwohl dieser Gruppe eine zentrale Führung fehle, habe die Beteiligung der protestantischen und in geringerem Maße der katholischen Kirche diesen Gruppen einen Grad von Unabhängigkeit und Zusammenhalt ermöglicht, der es ihnen erlaube, als unabhängige Gruppen zu handeln.

Neben diesen drei Quellen oppositionellen Verhaltens in der DDR sieht Woods die Situation darüber hinaus gekennzeichnet durch das Fehlen zweier Elemente, die gemeinhin in anderen osteuropäischen Ländern vorhanden seien.

Auffällig sei – so Woods – das Fehlen jeden Kampfes um die Macht. In der DDR seien weder auf lokaler, regionaler noch landesweiter Ebene die mit solchen Auseinandersetzungen verbundenen personellen Alternativen sichtbar noch existiere eine klar konturierbare ideelle Alternative zum politischen System.

Weiterhin sei für die DDR kennzeichnend die Abwesenheit von „pragmatischem Dissens“, der gewöhnlich Druck und Widerstand von Wissenschaftlern, Technikern und Experten erzeuge und im Namen größerer Effektivität, wirtschaftlichen Fortschritts und militärischer Macht ausgeübt werde.

Wenn der Begriff „Opposition“, angewendet auf die realsozialistischen Diktaturen Ost und Mitteleuropas, nur Sinn macht im Zusammenhang politischen und sozialen Verhaltens, das versucht, die Grundlagen für seinen legalen Ausdruck herzustellen, das heißt die Bedingungen zu ändern, die seine lediglich informelle Existenz ermöglichen, ist es schwer, diesen Begriff auf die sich kristallisierenden Gruppen in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren anzuwenden.

Das Problem der Vorgeschichte politischer Opposition in der DDR ließe sich damit allgemein so formulieren:¹⁸⁵

Die Handvoll sozialistischer Intellektueller, die in der DDR bleiben und den Sozialismus reformieren wollen, entdecken erst sehr spät die Forderung nach Menschen und Bürgerrechten. Sie befördern mit ihren Aktionen und Interventionen und mit ihren Bestrebungen, oppositionelles Potential zu vernetzen, den Mut und die Fähigkeit dissidenten Verhaltens, ihre politischen Ansichten desavouieren aber nicht selten jene Freiheiten, die sie einklagen.

Für die größere Anzahl von Gruppen und Aktivisten, die im Rahmen der unabhängigen Friedens- und Ökologiebewegung engagiert sind, steht die Forderung nach politischen Freiheiten ebenfalls nicht im Vordergrund. Ihre

185 Hier wird zunächst theseartig festgehalten, was im Kapitel 6. „Spuren“ einer politischen Opposition in der DDR“ breiter ausgeführt wird.

Resistenz gegenüber einer Militarisierung der Gesellschaft sowie der Versuch, die ökologische Situation in der DDR zu recherchieren, befördern ebenfalls den Mut und die Fähigkeit oppositionellen Verhaltens. Sie erweitern mit ihrer Tätigkeit die gesellschaftlichen Räume politischer und gesellschaftlicher Kommunikation, ihr Beitrag bleibt aber zunächst auf die Multiplizierung von Resistenz beschränkt.

Die wohl größte Gruppe von Menschen, die aus ökonomischen und politischen Motiven die DDR ablehnen, formiert sich nur ganz selten zu politischen Aktivitäten. Sie beruft sich meist individuell auf Menschen- und Bürgerrechte, wird jedoch nur ganz selten aktiv im Sinne einer Forderung nach ihrer allgemeinen Respektierung in der DDR. Die Berufung auf die Geltung von Bürger und Menschenrechten bleibt Instrument für ihre individuelle Freizügigkeit.

Eine politische Opposition, die die unterschiedlichen Motive dissidenten und oppositionellen Verhaltens bündelt und ihnen Ausdruck im Sinne der Herstellung einer demokratischen Republik verleiht, entsteht erst im Gefolge der Kommunalwahlen im Mai und der großen Fluchtwelle im Sommer 1989. Jetzt organisieren sich die heterogenen Motive bislang informellen politischen und sozialen Protests. Die aus der Minderheitensituation entwickelte Idee eines demokratischen Sozialismus findet aber keinen Widerhall mehr bei der Mehrheit der Bevölkerung. Aus ihr entsteht keine mehrheitsfähige Alternative, sie kann Institutionen einer demokratischen Republik nicht wirksam etablieren, lediglich den gewaltfreien Zusammenbruch des Realsozialismus mitbefördern.

6. „Spuren“¹⁸⁶ einer politischen Opposition in der DDR

Die detaillierte Erforschung der Entstehung der einzelnen Gruppierungen aus den Friedens, Ökologie und anderen Gruppen ist gerade erst in Gang gekommen.¹⁸⁷ Demzufolge können bisher nur oberflächliche Aussagen über das politische Selbstverständnis und seine Herausbildung seit dem Ende der siebziger Jahre gemacht werden.

Entsprechend der sehr schleppend verlaufenen Vorgeschichte in der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR wird man auch von einem einheitlichen Selbstverständnis auf keinen Fall sprechen können. Vorläufig las-

186 Der Begriff „Spuren“ wird hier aus zwei Gründen verwendet: Ohne eine detailliertere Beschreibung und Darstellung der Geschichte von Gruppen und einzelnen in der Vorgeschichte der DDR-Opposition, wie sie heute schon existiert, kann eine genaue Zuordnung der einzelnen Traditionen in der DDR-Opposition noch nicht erfolgen. Insofern ist hier von „Spuren“ die Rede, wir suchen „Spuren“ zu lesen. Das Wort selbst wurde auch von den Herausgebern des unseres Wissens ersten Readers zur Geschichte der DDR-Friedensbewegung in der DDR verwendet, der für das Seminar „Frieden Konkret“ im Februar 1988 hergestellt wurde (siehe Literaturliste im Anhang).

187 Siehe unsere Anmerkung im Kapitel 3.2.2. „Plattformfieber“, in der wir die uns zugänglichen Texte und Materialsammlungen aufgezählt haben.

sen sich christlichpazifistische, klassisch marxistisch-leninistische, aber auch sozialdemokratische und liberale Motive finden. Nationale und konservative Elemente sind kaum zu erkennen. Ein allzu großes Potential von Gruppen, die die Konstituierung einer politischen Opposition vor dem Sommer 1989 versucht haben, gab es in der DDR nicht.¹⁸⁸

Verschiedene Spuren, von denen her sich die verschiedenen Einflüsse bei der Entstehung einer politischen Programmatik verstehen lassen, sind jedoch erkennbar.

6.1. *Die Sicht der Staatssicherheit*

In einer Zusammenstellung des Ministeriums für Staatssicherheit vom Frühjahr 1989¹⁸⁹ über „feindlich-negative Personenzusammenschlüsse“ einschließlich ihrer Publikationen¹⁹⁰ wird hervorgehoben, daß die bespitzelten Gruppen und Personen „über kein einheitliches Konzept bzw. über kein in sich geschlossenes 'alternatives' Gesellschaftsmodell“ verfügten: „Sie nutzen und mißbrauchen vor allem die internationale Systemauseinandersetzung um Frieden und Abrüstung, die Menschenrechtsproblematik und globale Probleme des Umweltschutzes für die inhaltliche Ausrichtung ihrer antisozialistischen Aktivitäten, für die inhaltliche und organisatorische Profilierung der personellen Zusammenschlüsse und für deren weitere Zusammenführung (Vernetzung).“¹⁹¹

Es sind vor allem vier für die Staatssicherheit differenzierbare Richtungen, die als Quellen „feindlich-negativer“ Tätigkeit und Argumentation hervorgehoben werden.

Da sind zunächst „Forderungen nach Änderung der sozialistischen Staats und Gesellschaftsordnung und nach Erneuerung des Sozialismus.“¹⁹² (Hervorhebung im Original – d.Verf.) Dabei sei zu beobachten, daß sich „diese Kräfte“ immer stärker auf die Umgestaltungsprozesse in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern berufen. Es wird hervorgehoben, daß insbesondere die Forderung nach einer „Praktizierung der Dialogbereitschaft der DDR auch in

188 Die oben schon zitierte Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88 spricht im Mai 1989 von 160 „feindlich-negativen Personenzusammenschlüssen“, von denen sich „über die Hälfte vor dem Jahr 1985“ bildete. Sieben „Personenzusammenschlüssen“ werden dabei koordinierende Funktionen zugewiesen. Nur ganz wenige der Gruppen lassen dabei am Namen erkennen, daß man sich außerhalb des kirchlichen Spektrums engagieren will („Initiative Frieden und Menschenrechte“ oder „Wolfspelz“). Bei der übergroßen Mehrheit (ca. 150) handelt es sich um „Friedenskreise“, „Ökologiekreise“ etc.

189 Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88

190 Die Zusammenstellung erfolgte, um Funktionäre des Regimes auf Argumentation und Auftreten von „feindlich-negativen Kräften“ vorzubereiten und Maßnahmen zur „Eindämmung“ ihres „Wirksamwerdens“ zu erarbeiten.

191 Zitat aus: Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, MfS Nr. 150/89 S. 9, Teilbeilage zu: Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88

192 Ebenda, S. 10

der Innenpolitik“¹⁹³ Merkmal „dieser Kräfte“ sei. In dieser Forderung sei eine „Übereinstimmung mit propagierten Forderungen kirchenleitender Kräfte“¹⁹⁴ zu erkennen.

Eine zweite Quelle feindlich-negativer Tätigkeit und Argumentation entdeckt das Ministerium in Angriffen auf die Sicherheits und Verteidigungspolitik, die sich „unter dem Deckmantel einer Entmilitarisierung der Gesellschaft auf Forderungen nach Beseitigung der vormilitärischen Erziehung und Ausbildung der Jugend, Abschaffung der Wehrpflicht, Einrichtung eines sozialen bzw. zivilen Friedensdienstes als gleichwertiger Ersatz für den Wehrdienst und auf Gewährung des Rechtes auf Wehrdiensttotalverweigerung aus Gewissensgründen“¹⁹⁵ richten. (Hervorhebungen im Original – d. Verf.)

Damit im engen Zusammenhang verorten die Verfasser „Forderungen nach Aufgabe des Totalitätsanspruches der marxistisch-leninistischen Weltanschauung als gültige Lehre und Praxis in allen Bildungseinrichtungen sowie Abbau des Totalitätsanspruches gesellschaftlicher Institutionen zur politischen Erziehung.“¹⁹⁶ (Hervorhebungen im Original – d. Verf.) Die Forderung richte sich auf die Schaffung alternativer Bildungseinrichtungen und uneingeschränkte Glaubens und Religionsfreiheit an Bildungseinrichtungen.

Ein letztes „breites Feld zur Diskreditierung der Politik der Partei“¹⁹⁷ erkennen die Rechercheure des Geheimdienstes in Forderungen nach „Gewährleistung ausreichender, sachgerechter und ungeschminkter Informationen, der Erhöhung der staatlichen Investitionen für Umweltschutzmaßnahmen, der Gewährleistung internationaler Standards auch für die DDR sowie der Entwicklung/ Nutzung alternativer Energiequellen.“¹⁹⁸ Umweltgruppen konzentrierten sich dabei zunehmend auf regionale Umweltschäden und maßen sich an, „bei den örtlichen Organen als wahre Interessenvertreter der Bevölkerung“¹⁹⁹ aufzutreten. (Hervorhebungen im Original – d. Verf.)

Einen Versuch, die ideellen und politischen Wurzeln der „feindlichnegativen Kräfte“ zu verorten, unternimmt das Ministerium für Staatssicherheit nicht.

6.2. Der marxistische „Revisionismus“

Als eine wichtige Quelle oppositionellen Denkens und Handelns lassen sich zunächst Marxisten in Opposition zur Partei benennen. Die von den meisten²⁰⁰

193 Ebenda

194 Ebenda

195 Ebenda, S. 11

196 Ebenda

197 Ebenda, S. 12

198 Ebenda

199 Ebenda

200 Es gab in der DDR wahrscheinlich nicht nur eine Strömung von Marxisten, die sich nicht als „Revisionisten“ verstanden. Siehe die Darstellung der KPD/ML-Sektion DDR bei Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 21 ff.

oppositionellen Marxisten vertretene Strömung des marxistischen „Revisionismus“²⁰¹ hatte in der DDR der fünfziger Jahre nur eine verschwindend kleine Rolle als politische Opposition innerhalb und außerhalb der SED gespielt.²⁰² Im Unterschied zu Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei hatte er keine breite gesellschaftliche Bewegung hervorgebracht. Er war politisch verbunden mit der Konzeption eines entmilitarisierten Deutschland zwischen den Blöcken, dem Versuch einen „besonderen nationalen Weg zum Sozialismus“ einzuschlagen.

Im Unterschied etwa zu Polen (1956), Ungarn (1956) und der Tschechoslowakei (1968) gab es in der DDR keine Verbindung dieses spezifischen nationalen Sozialismuskonzepts mit der Kritik der Mehrheit der Bevölkerung am übergestülpten sowjetischen Gesellschaftsmodell²⁰³. So wurden die deutschen „Revisionisten“ auch nicht zu Sprechern des 17. Juni 1953.

Die innerparteiliche und innersozialistische Kritik von Dissidenten und oppositionellen Zirkeln identifizierte sich in den fünfziger Jahren trotz Kritik

201 Leszek Kolakowski ist der Auffassung, daß es in „Ostdeutschland (...) zu einer größeren revisionistischen Bewegung nicht gekommen“ (L. Kolakowski, a.a.O., Bd. 3, S. 510) sei. Er verweist insbesondere darauf, daß der „Revisionismus“ in der DDR im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern sich durch seine Dogmatik auszeichne.

202 Der marxistische „Revisionismus“ ist in Deutschland kein Phänomen, das sich lediglich auf die DDR beziehen läßt. Die mit ihm verbundene Konzeption eines „Dritten Weges“ zwischen den Blöcken gibt es im Westen wie im Osten Deutschlands nach 1945 (siehe hierzu: Brandt, Peter/Ammon, Herbert (Hrsg.), *Die Linke und die nationale Frage*, Hamburg 1981). Die Orientierung der Opposition in der DDR an diesem „Revisionismus“ von Havemann, Bahro und Biermann existierte in der Bundesrepublik Deutschland vor der Wende ebenso wie in der DDR. Es gibt sogar Hinweise darauf, daß gerade die aus der DDR stammenden Wortführer der bundesdeutschen Studentenbewegung Vertreter dieser Konzeption in der Studentenbewegung der Bundesrepublik gewesen sind. (siehe hierzu: Kraushaar, Wolfgang, *Zur Dialektik von Internationalismus und Nationalismus*, in: *Mittelweg* 36, Heft 1, Frankfurt 1992) Auch hier fehlt der schwierige Versuch, das Verhältnis der deutschen Nation zur Freiheit, eingedenk der politischen Haftung für Auschwitz und die beiden Weltkriege in Deutschland, zu thematisieren. Einflüsse und Beziehungen von der DDR zur Bundesrepublik und umgekehrt sind also nicht ausgeschlossen. Forschung hierzu existiert unseres Wissens noch nicht. Roger Woods hat freilich darauf hingewiesen, wie nahe die Positionen z. B. von Biermann und Havemann westlichen eurokommunistischen Positionen stehen und welche Unterstützung beide von den eurokommunistischen Parteien Westeuropas erhielten. Aber auch er spezifiziert die Verbindungen westlicher „Revisionisten“ mit östlichen „Revisionisten“ in Deutschland nicht (siehe: R. Woods (ed.), *Opposition in the GDR under Honecker 1971–1985*, London 1986, S. 24 ff). 1980 erschien lediglich eine summarischer Überblick (H. Timmermann, *Reformkommunisten in West und Ost. Konzeptionen, Querverbindungen und Perspektiven*, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Nr. 31, 1980). Ungarische Intellektuelle haben freilich voller Schrecken darauf hingewiesen, daß diese Orientierung der Opposition in der Bundesrepublik zu einer hegemonialen Position Deutschlands und Rußlands in Europa führen könnte. (Siehe hierzu: Feher, Ferenc/Heller, Agnes, *Osteuropa unter dem Schatten eines neuen Rapallo*, o.O.o.J., im Rahmen des Forschungsprojektes: *Krisen in den Systemen Sowjetischen Typs*, Studienreihe, hrsg. von Zdenek Mlynar)

203 Siehe etwa in: R. Crusius/M. Wilke, *Der XX. Parteitag der KPDSU und seine Folgen*, Frankfurt 1977, und Sigrid Meuschel, *Wandel durch Auflehnung – Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft in der DDR*, in: R. Deppe, H. Dubiel, U. Rödel (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt 1991, und Martin Jänicke, *Der dritte Weg*, Köln 1964

an der sowjetischen Politik mit der selbstproklamierten antifaschistischen Orientierung des Regimes und fand gerade deshalb nicht zu einer Kooperation mit dem Protest gegen Besatzung, Enteignungen, Bodenreform, die SED-Kirchenpolitik u.v.m., aus dessen heterogenen Motiven sich Dissidenz, Protest und soziale Opposition in den fünfziger Jahren zusammensetzten.

Gerade aber die innerparteiliche und innermarxistische Systemkritik stellt in der DDR im Unterschied zu Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei dann eine ideelle Kontinuität zwischen Dissidenten der fünfziger Jahre und denen der achtziger Jahre her.²⁰⁴ Ihre ideelle Bedeutung für die politische Opposition außerhalb der SED wird durch die osteuropäische Diskussion und Entwicklung seit dem Ende der sechziger Jahre nicht eingeschränkt.²⁰⁵

Die bekanntesten Transporteure des deutschen marxistischen Revisionismus in der DDR, die dessen Ideen aus den fünfziger in die sechziger, siebziger und achtziger Jahre vermitteln, sind Robert Havemann, Wolfgang Biermann und Rudolf Bahro. Ihre intellektuelle Orientierung, die christliche, nationale, ökologische und pazifistische Motive in die marxistische Denkweise integriert und dissidentes Verhalten sichtbar vorlebt, ermöglicht Sozialisten inner- und außerhalb der SED Zusammenarbeit mit den Basisgruppen²⁰⁶, die sich seit der Mitte der siebziger Jahre unter dem Dach und neben der Kirche entwickelt haben. Diese Zusammenarbeit bringt für die DDR eine entscheidende Wende in Richtung der Konstituierung einer politischen Opposition.²⁰⁷

Mit den Auftritten von Wolfgang Biermann vor seiner Ausbürgerung in verschiedenen Kirchen und der Zusammenarbeit von Robert Havemann und Rainer Eppelmann in Berlin wird zunächst eine Zusammenarbeit zwischen einzelnen Christen und Sozialisten außerhalb der SED²⁰⁸ sichtbar. Die Entwicklung der staatsunabhängigen Friedensbewegung der DDR im Rahmen und am Rande der evangelischen Kirche hat dann eine folgenreiche Entwicklung

204 Insgesamt gibt es zwischen der Systemkritik, der Dissidenz und dem sozialen Protest in der DDR der fünfziger Jahre, die durch ein breites unzusammenhängendes Spektrum von Motiven gekennzeichnet waren, und der politischen Opposition in den achtziger Jahren kaum personelle Kontinuitäten. Siehe hierzu insbesondere Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1–2/1990, 5.1.1990, und: Meuschel, Sigrid, Wandel durch Auflehnung – Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft in der DDR, in: R. Deppe, H. Dubiel, U. Rödel (Hrsg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt 1991

205 W. Rüdtenklau spricht in seiner bisher einzigartigen authentischen Darstellung und Dokumentation davon, daß der marxistische Revisionismus in der DDR seit 1956 als „Kulturopposition“ formiert habe, aus dem die späteren Gruppen der Opposition entstanden seien. Wenn damit gesagt sein soll, daß der marxistische Revisionismus vorwiegend bei Kulturschaffenden anzutreffen war, dann ist dem nur zuzustimmen. Eine Opposition freilich wurde daraus noch nicht.

206 So Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31.1.1990

207 Siehe Vorbemerkung von Manfred Wilke zum Stichwort „DDR“ in: Pelikan, Jiri/Wilke, Manfred, Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Hamburg 1977, S. 344/345

208 Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31.1.1990; Pelikan, Jiri/Wilke, Manfred, Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Hamburg 1977; Pelikan, Jiri/Wilke, Manfred, Opposition ohne Hoffnung? Jahrbuch zu Osteuropa 2, Hamburg 1979; Rüdtenklau, Wolfgang, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992

für Einzelpersonen und Gruppen ausgelöst, die sich als Sozialisten verstanden und ihre Politik vor allem auf eine Veränderung der SED in der SED orientierten. Mit der Entstehung der staatsunabhängigen Friedensbewegung sehen sie ein neues Aktionsfeld.²⁰⁹ Soweit bisher erkennbar, übernehmen die Studentengemeinden der evangelischen und katholischen Kirche hier eine nicht unerhebliche Scharnierfunktion.²¹⁰

Die lose Verbindung marxistischer „Revisionisten“ mit denen, die inner- und außerhalb der evangelischen Kirche seit dem Ende der siebziger Jahre in der staatsunabhängigen Friedensbewegung arbeiten, bestimmt seither in Berlin die Orientierung der Vorläufer der Opposition.²¹¹ Hier trifft sich ein Teil der „mittleren Generation“ der DDR. Die Politik der Generationen, die durch Nationalsozialismus und Stalinismus sowie die ökonomisch kargen Aufbaujahre der DDR geprägt waren, wird in Frage gestellt von Generationen, die im relativen Wohlstand leben und denen die Rituale der Anpassung an die SED-Diktatur lästig werden.²¹²

Für den politisch orientierenden Einfluß ist hier noch Robert Havemann selbst zuständig. Seine offenen Briefe an Breschnew (Dezember 1979), an Helmut Schmidt (Juni 1981) und erneut an Breschnew (Oktober 1981) sind als unmittelbare Vorarbeiten zu Rainer Eppelmanns „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ (Januar 1982) zu sehen.²¹³ Rainer Eppelmann und Robert Havemann vertreten diesen Appell gemeinsam. Mit diesem Appell findet eine Vermittlung statt zwischen den Ideen des marxistischen Revisionismus aus den fünfziger Jahren und den konkreten Forderungen der neuen Friedensbewegung – Schaffung eines „Sozialen Friedensdienstes“,

209 Siehe z. B.: Rudolf Luxemburg, „Bleib daheim und wehr dich täglich“, in: Sozialistisches Osteuropakomitee (Hrsg.), Osteuropa-Info 2/1981, Beiträge zur DDR-Opposition, Hannover 1981; wenn nicht alles täuscht, ist der Autor identisch mit dem späteren r.l. (Wolfgang Rüdtenklau), der als kirchlicher Angestellter die berühmten „Umweltblätter“ herausgab. Siehe auch die Geschichte von W. Templin, in: – Stasi-Akte „Verräter“, SPIEGEL SPEZIAL 1/1993, Hamburg 1993. Die Einwanderung von Dissidenten, die sich seit dem Ende der sechziger Jahre in kleinen konspirativen Zirkeln organisierten, in die kirchlichen Kreise bestätigt auch die vor der Wende verfasste Recherche von Ulrike Poppe (Poppe, Ulrike, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, o.O. 1988, in: Pollack, Detlef (Hrsg.), Die Legitimität der Freiheit, Frankfurt 1990, S. 63 ff.)

210 Siehe z. B.: Herzberg, Guntolf, Einen eigenen Weg gehen. Oder weggehen, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988; er beschreibt die Debatten innerhalb der evangelischen und katholischen Studentengemeinden in der DDR, bei denen sich Marxisten, Christen, Linksradikale und Pazifisten bereits seit Mitte der siebziger Jahre begegnen und auseinandersetzen. Die Staatssicherheit kommt bei ihrer „Recherche“ zu dem Ergebnis, daß der in Berlin wichtige Friedenskreis Friedrichsfelde sich aus dieser Tradition konstituiert (siehe: Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88). Der Zusammenhang wird auch bestätigt in der Darstellung von Wolfgang Rüdtenklau.

211 Ferdinand Kroh hat hier den Ausdruck „Havemanns Erben“ geprägt. Siehe: Kroh, Ferdinand, Havemanns Erben – 1953 bis 1988, in: ders. (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988

212 Staritz, Dietrich, Die SED und die Opposition, in: Die SED in Geschichte und Gegenwart, hrsg. von Ilse Spittmann, Köln 1987; Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt 1985

213 Siehe unsere Zeitleiste im Anhang

Abschaffung des Wehrunterrichts, Verbot von Kriegsspielzeug etc. – in den siebziger und achtziger Jahren.²¹⁴

Mit dem Beginn der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR wandeln und differenzieren sich die Positionen. Im Umkreis des ehemaligen Friedenskreises der ESG in Ost-Berlin finden sich viele dieser Traditionslinien wieder.²¹⁵

6.3. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“²¹⁶

Die bekannteste Gruppe, deren Wurzeln im marxistischen Revisionismus liegen, deren Entwicklung aber einen deutlichen Bruch mit dieser intellektuellen Tradition zeigt, ist die in Berlin konstituierte „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die sich bereits in der Jahreswende 1985/86 gründet. Sie kann für sich in Anspruch nehmen, die „erste unabhängige DDR-Oppositionsgruppe“²¹⁷ genannt zu werden.

Hier findet ein vergleichbarer Umorientierungsprozeß statt, wie er etwa für das „KOR“ in Polen und andere osteuropäische Oppositionsgruppen schon seit Mitte der siebziger Jahre festgestellt werden kann. Gerade die Kenntnis dieser Vorbilder und die Politik Michail Gorbatschows scheinen Auslöser für die Konstituierung der „Initiative“ gewesen zu sein. Ihr positiver Bezug auf die Menschenrechte bleibt jedoch bei den Vorläufern der DDR-Oppositionsgruppen umstritten.²¹⁸ Ihre Gründung gilt gar als „Ausgangspunkt

214 Die Briefe Havemanns haben dabei eine nicht zu unterschätzende gesamtdeutsche Bedeutung. Nicht geringe Teile der ehemaligen Repräsentanten der Kampagne gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, ihre Atombewaffnung, der Ostermarschbewegung und der APO unterzeichnen den Offenen Brief an Breschnew im Dezember 1979, in dem mehr oder weniger deutlich die deutsche Wiedervereinigung gefordert wird. Es bricht darüber eine heftige Diskussion in der Bundesrepublik los (siehe die Zusammenstellung in: Hoffmann-Axthelm, Dieter/Knödler-Bunte, Eberhard (Hrsg.), *Wie souverän ist die Bundesrepublik? „Ä&K akut“ Bd. 9 – Sonderheft*, Berlin 1982).

215 Siehe unsere Darstellung im Kapitel 3.2.1. „Berlin 1971–1989“

216 Informationen zur „Initiative Frieden und Menschenrechte“ finden sich in: Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard, „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs (Hrsg.), *Von der Illegalität ins Parlament*, Berlin 1991; Hirsch, Ralf, *Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“*, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), *„Freiheit ist immer Freiheit ...“*, Berlin 1988; Hirsch, Ralf/Kopelew, Lew (Hrsg.), *„Initiative Frieden und Menschenrechte“*. „Grenzfall“, Berlin 1989; Kukutz, Irena/Havemann Katja, *Geschützte Quelle*, Berlin 1991; Luther, Horst/Seidl, Anni/Söder, Günther, *Gutachten über das Informationsblatt „Grenzfall“*, Berlin 1988, veröffentlicht in: *Deutschland Archiv* 5/1993 S. 624 ff; Stasi-Akte „Verräter“, *SPIEGEL SPEZIAL* 1/1993, Hamburg 1993; Weißhuhn, Reinhard (Red.), *Gesteinssammlung, Festschrift für Gerd Poppe*, Berlin 1991

217 Zitat von Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard, „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs (Hrsg.), *Von der Illegalität ins Parlament*, Berlin 1991, S. 148

218 Die SED dagegen legte sehr viel Wert darauf, gerade diese Gruppe zu verfolgen und ihre Mitglieder zu zersetzen. Die Gruppe war zu etwa 50 Prozent mit Informellen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes durchsetzt. Darüber hinaus wurde die Gruppe zur Jahreswende 1987/88 faktisch zerschlagen. Ein Teil der Mitglieder wurde in die Bundesrepublik Deutschland ausgebürgert, ein Teil mit Pässen der DDR zu „Studienreisen“ ins Ausland verbannt, die zurückbleibenden Mitglieder der Gruppe schienen nicht mehr handlungsfähig. Siehe hierzu: Wolfgang Templin/Reinhard Weißhuhn, „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: H. Müller-Enbergs u. a. (Hrsg.),

für die politische Differenzierung der DDR-Opposition“.²¹⁹ Insbesondere ihre in Teilen akzeptierte Zusammenarbeit mit „Ausreisern“ traf bei vielen Vorläufern von DDR-Oppositionsgruppen auf Unverständnis.

Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ konstituiert sich als erste Gruppe in Ost-Berlin und in der DDR außerhalb der Kirche. Noch vor ihrer Gründung initiieren Mitglieder der Gruppe zusammen mit Rainer Eppelmann zum 8. Mai 1985 einen Aufruf „Initiative für Blockfreiheit in Europa“.²²⁰ Später folgen ein Appell zum UNO Jahr des Friedens²²¹ und eine Eingabe zum XI. Parteitag der SED 1986.²²² Man äußert sich zusammen mit polnischen, tschechoslowakischen und ungarischen Oppositionellen zum 30. Jahrestag des Aufstands in Ungarn²²³, sammelt Unterschriften für eine Volksabstimmung in der DDR über die Frage des weiteren Umgangs mit Kernenergie²²⁴ und publiziert die eigenen Vorstellungen über die Einführung von Rechtsstaatlichkeit, Verwaltungsgerichtsbarkeit etc. zum Tag der Menschenrechte im Dezember 1987.²²⁵

Mit Ausnahme von Gewaltenteilung und Parlamentarismus, die man durch eine dezentrale Basisdemokratie ersetzen will, sind alle wesentlichen Bestandteile einer demokratischen Republik gefordert. Mit den Verhaftungen im Zusammenhang mit der „Luxemburg-Affäre“²²⁶ wird die Gruppe in ihrer Arbeit stark beeinträchtigt. Viele ihrer Mitglieder wirken jedoch im Sommer 1989 am Aufbau der verschiedenen politischen Organisationen mit.²²⁷

Die Gruppe bricht jedoch nicht nur politisch mit den bisherigen Vorstellungen von dissidenten Marxisten in der DDR. Auch ihre Arbeitsweise, die Zusammenarbeit mit westlichen Journalisten, der Aufbau eines eigenen Informationsnetzes, die Herstellung politischer Kontakte in den Westen und den Osten, die Veröffentlichung von Kontaktadressen in der Zeitung „Grenzfall“ etc., all diese Verhaltensweisen fordern nicht nur die SED, sondern auch viele, die in kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen arbeiten, heraus.

Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991; R. Hirsch/L. Kopelew (Hrsg.), „Grenzfall“, Berlin 1989; Stasi-Akte „Verräter“, SPIEGEL SPEZIAL 1/1993, Hamburg 1993; Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 51 ff. und 285 ff.

219 Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 51

220 Nachdruck in: SPUREN, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, Berlin 1988

221 24.1.1986, Nachdruck in: Hirsch, Ralf, Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988, S. 214

222 2.4.1986, Nachdruck in: Hirsch, Ralf, Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988, S. 217 ff.

223 23.10.1986, Nachdruck in: ebenda, S. 226 f.

224 Juni 1986, Nachdruck in: ebenda, S. 229

225 10.12.1986, Nachdruck in: ebenda, S. 230; lediglich Gewaltenteilung und Parlamentarismus fehlen im geforderten Katalog der einzuführenden Maßnahmen.

226 Siehe Kapitel 3.2.1. „Berlin 1971 – 1989“

227 Siehe die Darstellung in Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard, „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991, S. 157 ff.

Diesen Kern ihres politischen Selbstverständnisses und ihres Verhaltens formulieren sie in einer Erklärung zum Internationalen Tag der Menschenrechte im Dezember 1987: „Es entspricht dem Selbstverständnis der Initiative 'Frieden und Menschenrechte', neben den Forderungen an Regierungen in Form von Eingaben und Appellen noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits zugestanden. Dazu gehören die Herausgabe unabhängiger Publikationen, eigene Ausstellungen und Veranstaltungen. Unser Bestreben geht dahin, in dieser Gesellschaft unabhängige Informationen und Kommunikation und eine zweite Ebene der Kultur zu befördern.“²²⁸

6.4. *Die Bausoldaten*

Den Boden für ein Bündnis zwischen marxistischen Revisionisten und christlichen Pazifisten in den Räumen der vorwiegend protestantischen Kirchen der DDR haben die unterschiedlichsten Entwicklungen gelegt. Eine entscheidende Voraussetzung ist dabei aber, daß die protestantische Kirche in der DDR seit der Einführung der Wehrpflicht 1962 für die Einrichtung einer Möglichkeit eines Dienstes ohne Waffe in der NVA eintritt.

Sie unterstützt durch die Herausgabe eigener Bildungsmaterialien 1965²²⁹ die Wahrnehmung des Bausoldaten-Dienstes. Einige der in der späteren Opposition tätigen Pfarrer gehören selbst zu den Bausoldaten²³⁰ oder verweigern sogar den Bausoldatendienst. Die Bausoldaten machen den Anfang der existenziellen Verweigerung, der später als Motiv charakteristisch für die Vorgruppen der politischen Opposition wird, sie konstituieren auch bereits seit 1966 und regelmäßig seit 1972 in Königswalde den Typus von Friedensseminaren, der eine der wesentlichen Aktionsformen der späteren Vorgruppen der politischen Opposition in der DDR sein wird.²³¹

Die Frage des Dienstes in der NVA, die Ableistung dieses Dienstes als Bausoldat oder seine vollständige Verweigerung treffen ins Zentrum individueller Entscheidungen über den eigenen Lebensweg in der DDR. An dieser Entscheidung hängt nicht unwesentlich die spätere berufliche Entwicklungsmöglichkeit.

Aus der Idee von Bausoldaten, ein eigenes Friedensinstitut einzurichten, wurde zwar 1966 noch nichts, 1974 wurden allerdings ein Facharbeitskreis und

228 Zitiert nach: Hirsch, Ralf, Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988, S. 232

229 Siehe hierzu: Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982, und die Darstellung, auf die sich das Buch hauptsächlich stützt: Eisenfeld, Bernd, Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?, Frankfurt a.M. 1978

230 Siehe hierzu z. B.: Eppelmann, Rainer, Fremd im eigenen Haus, Köln 1993; Meckel, Markus, Geborgenheit und Wagnis, in: Kleßmann, Christoph, Kinder der Opposition. Berichte aus Pfarrhäusern in der DDR, Gütersloh 1993

231 Siehe: Eisenfeld, Bernd, Wenn wir nicht handeln, bleiben wir schuldige Opfer, in: Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen, Hamburg 1982

Studienreferat für Friedensfragen beim Bund der evangelischen Kirchen in der DDR eingerichtet.²³² Dieses Studienreferat wiederum produziert die Bildungsmaterialien, die in den siebziger und achtziger Jahren die Möglichkeit bieten, Friedenskreise etc. in den Gemeinden einzurichten, das heißt mit zugelassenen Informationsmaterialien unabhängiges Engagement zu begründen.²³³ Die Bedeutung der Bausoldaten kann insofern gar nicht überschätzt werden.²³⁴

Schließlich wird ja auch die Idee der Schaffung eines „Sozialen Friedensdienstes“ außerhalb der NVA und die Entwicklung einer aktiven Friedenserziehung bereits in den sechziger Jahren von den ersten Jahrgängen der Bausoldaten erhoben. Ihre große Resonanz erhält diese Forderung jedoch erst, als sie seit 1980 von Pfarrer Wonneberger aus Dresden popularisiert wird und breiten Nachhall bei jungen mit der DDR unzufriedenen Menschen findet.

Man kann deshalb davon ausgehen, daß die frühen Ansätze der Selbstorganisation von Bausoldaten in den sechziger Jahren stilbildend für Vorgruppen der späteren politischen Opposition in der DDR gewirkt haben. Es ist dabei nicht nur die Gewissensentscheidung selbst, die pazifistische Entscheidung, sondern auch das damit verbundene Bewußtsein, mit einer solchen Tat entscheidende Anstöße für den Weltfrieden zu geben, von Bedeutung. Mit den jährlichen Friedensdekaden der protestantischen Kirche in den achtziger Jahren findet das Thema rasch weite Verbreitung in der ganzen DDR.²³⁵

232 Siehe: Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982, S. 248ff

233 Ebenda

234 Hier gibt es im Unterschied zum marxistischen Revisionismus, den die spätere Opposition mit Robert Havemann eindeutig als politisches, aber auch persönliches Vorbild ansieht, keine so eindeutigen Zuordnungen. Aber wir halten es für keinen Zufall, daß es der ehemalige Bausoldat Rainer Eppelmann ist, der seit 1979 in der Samaritergemeinde mit den „Bluesmessen“ eine bereits vorhandene Form kirchlicher Friedens- und Jugendarbeit popularisiert und später mit Havemann das Prinzip der Offenen Briefe zur Formierung einer politischen Opposition nutzt (Siehe: Eppelmann, Rainer, Fremd im eigenen Haus, Köln 1993; und zur Geschichte der Bausoldaten: Eisenfeld, Bernd, Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?, Frankfurt a.M. 1978; ders., Wenn wir nicht handeln, bleiben wir schuldige Opfer, in: Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen, Hamburg 1982).

235 Um Ausmaß und Bedeutung der Gruppe der Bausoldaten und ihres Friedensengagements richtig zu verstehen, wäre eine ausführlichere Darstellung der Politik der DDR seit den fünfziger Jahren nötig, die jedoch hier nicht geleistet werden kann. Die Wurzeln dieses Engagements scheinen uns in der Politik der DDR selbst in den fünfziger Jahren zu liegen. So weist Gerd Poppe in einem vor dem Fall der Mauer geschriebenen Text zur Selbstverständnisdiskussion in der DDR darauf hin, daß sich erst ab 1983 die Beziehungen zu westdeutschen Friedensorganisationen verschlechterten bzw. aufhörten zu existieren (Poppe, Gerd, in: Bruckmeier, Karl/Haufe, Gerda (Hrsg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, Opladen 1993). In einer Kurzdarstellung der Arbeitsweise des Friedensseminars in Königswalde finden sich ähnliche Hinweise (Kapitel „Das ist unsere Großdemonstration“, in: Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982). Siehe auch: Knabe, Hubertus, Opposition in einem halben Land, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1/1992, S. 9 ff.

6.5. *Theologen und Pfarrer in der Politik*

Mit der Gründung von Friedens- und Ökologiekreisen und Gruppen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um einen „Sozialen Friedensdienst“, dem Wehrunterricht an den Schulen und dem Protest gegen die Nachrüstung am Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre werden vorwiegend die protestantischen Gemeinden der DDR zu einem Sammelbecken kritischer und nachdenklicher Menschen.²³⁶

Die Beheimatung dieser Gruppen birgt für die protestantische Kirche große Konflikte. Einerseits führt die Beheimatung der Gruppen Konflikte mit den Kirchengemeinden herbei, andererseits führen die Initiativen solcher Gruppen (Herstellung von Zeitschriften, Formulierung von Eingaben etc.) oder einzelner Pfarrer zu Spannungen im Verhältnis von Kirche und Staat.²³⁷

Einen Höhepunkt erreichen diese Konflikte in der Mitte der achtziger Jahre, als nach der Durchsuchung der kirchlichen „Umweltbibliothek“²³⁸ in Berlin und den Verhaftungen im Zusammenhang mit der Gegendemonstration anlässlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1988 eine breite Protestwelle kirchlicher und nichtkirchlicher Gruppen entsteht.

Die Zunahme dieser Konflikte führt zu einem innerkirchlichen Reflektionsprozeß über die Bedeutung des Verhältnisses von Kirche und Gruppen, Kirche und Staat.²³⁹ Hier wird nicht nur mit den Mitteln soziologischer Analyse eine Bestandsaufnahme betrieben, sondern ebenfalls mit den Mitteln der Theologie über eine Einschränkung beziehungsweise Erweiterung des politischen Handlungsfeldes von Gemeinden, Gruppen und Kirche gestritten.²⁴⁰ Oftmals lassen sich die verschiedenen Intentionen nicht auseinanderhalten.

Einen wichtigen ideellen Einfluß auf diese innerkirchliche Auseinandersetzung hat die Konzeption und Durchführung der ökumenischen Versammlungen für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in Dresden. Mit dieser Begrifflichkeit wird der Anspruch formuliert, in allen genannten Feldern zuständig zu sein. Aus dieser Zuständigkeitserklärung wiederum bezieht man die Legitimation, in Sorge um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung Bitten vorzutragen. Die Versammlungen selbst

236 Soweit erkennbar, setzt der Prozeß bereits in den siebziger Jahren ein, als die protestantische Kirche vorwiegend im Süden der DDR eine „offene Arbeit“ entwickelt. Siehe: Rüdtenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, S. 25 ff.; eine zusammenhängende Darstellung dieser Arbeit gibt es jedoch noch nicht. Spuren bietet: Kleßmann, Christoph, (Hrsg.), *Kinder der Opposition*, Gütersloh 1993

237 Eine sehr anschauliche Schilderung enthalten die Erinnerungen von Eppelmann, Rainer, *Fremd im eigenen Haus*, Köln 1993.

238 Die Umweltbibliothek ist eine Einrichtung der Kirchengemeinde Zion.

239 Die wesentlichen Beiträge zu dieser Debatte sind zusammen mit nachträglich wertenden Studien abgedruckt in: Pollack, Detlef (Hrsg.), *Die Legitimität der Freiheit*, Frankfurt 1990

240 Die Beschreibung dieser Gemengelage zwischen Rechtfertigung, Analyse und politischem Entwurf findet sich im Vorwort zu: Pollack, Detlef (Hrsg.), *Die Legitimität der Freiheit*, Frankfurt 1990

bildeten ein wichtiges innerkirchliches Forum, um zu Themen der DDR offen zu sprechen.

Auch die Staatssicherheit beschäftigt sich eingehend mit diesen Prozessen.²⁴¹ Besonders beunruhigt ist sie selbstverständlich über die theologisch begründeten Entwürfe, die den Gruppen und Gemeinden die Funktion eines kritischen Widerparts des Staates als Sozialisationsinstanz für mündige Bürger zuweisen. Ausführlich beschäftigt man sich in der im Frühjahr 1989 für die Partei und Staatsführung gefertigten Zusammenstellung mit einem Papier „Teilhabe statt Ausgrenzung“²⁴², das dem Seminar „Frieden konkret“ im Februar 1988 vorgelegen hat.

Besonders beunruhigt zeigt man sich über Formulierungen, die feststellen, daß durch die Gruppen „eine kritische Öffentlichkeit in der DDR hergestellt“ werde, die „das Gespräch über notwendige Veränderungen in das gesellschaftliche Bewußtsein“ förderten. Beunruhigt zeigt man sich selbst von der Vorstellung, daß „die Kirchen Räume zur Verfügung stellen, in denen einzelne und/oder Gruppen ohne Auflagen und trotz unterschiedlicher ideologischer und/oder religiöser Motivation über die notwendigen gesellschaftlichen und persönlichen Veränderungen miteinander sprechen.“ Letztendlich fürchtet man sich vor dem Prozeß, den die Autoren des Papiers erhoffen: „Die Gruppen fordern die pluralistische, demokratische und dezentralisierte Organisation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der DDR.“²⁴³

Unter Rückgriff auf unterschiedliche theologische Traditionen wird innerhalb der protestantischen Kirche um die politische Rolle von Gemeinden, Pfarrern und der Kirche insgesamt gestritten. Einige Beteiligte an solchen Diskussionen geben Anstoß zur Formierung politischer Plattformen im Sommer 1989. Im Frühjahr 1989 scheitert die Umfunktionierung des jährlichen Friedensseminars „Frieden Konkret“, der größten jährlichen innerkirchlichen Versammlung von Basisgruppen, zu einer politischen Vereinigung. Dies ist dann eine wesentliche Ursache der Gründung der politischen Gruppen im Sommer 1989. Eine Emanzipation von der Kirche als Institution wird als wesentliche Voraussetzung einer politischen Opposition angesehen. Damit aber wird eine dritte Spur der späteren politischen Opposition in der DDR sichtbar: christliche Pfarrer, Theologen und Kirchenmitarbeiter, die die Beschränkung

241 Die ausführliche Darstellung des Einwirkens der Staatssicherheit auf die Kirche findet sich bei: Besier, Gerhard/Wolf, Stefan (Hrsg.), Pfarrer, Christen und Katholiken, Neukirchen 1991; Besier, Gerhard, Der SED-Staat und die Kirche, München 1993

242 Das Papier liegt uns im Original leider nicht vor, es muß hier deshalb durch die Brille der Staatssicherheit zitiert werden. Seine Formulierungen entsprechen in vieler Hinsicht den Vorstellungen der späteren Gruppe „Demokratischer Aufbruch“.

243 Alle Zitate aus der oben schon zitierten Verschlusssache: Vertrauliche Verschlusssache VVS – o008 MfS Nr. 39/88.

ihrer politischen Einwirkungsmöglichkeiten in der Kirche hinter sich lassen wollen.²⁴⁴

6.6. *Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung*²⁴⁵

Eine besondere Rolle bei der Formulierung einer oppositionellen Politik übernimmt innerhalb der protestantischen Kirche der Kreis „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“, dessen Träger sich im Sommer 1989 zur Gruppe „Demokratie Jetzt“ formieren.

Der Kreis entsteht, als der spätere Mitbegründer der Gruppe Reinhard Lampe eine einsame Protestaktion anlässlich des 25. Jahrestages der Errichtung der Berliner Mauer durchführte und verhaftet wurde. Nach seiner Entlassung aus der Haft beginnt er mit anderen zusammen den „Antrag auf Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ für die nächste Tagung der Synode der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg auszuarbeiten.

Der Antrag²⁴⁶, der sich in vier Abschnitte gliedert, enthält eine Diagnose seelischer, psychischer und ideologischer Deformationen „nach sechsundzwanzig Jahren Mauer und sechs Jahren Trennung von Polen.“²⁴⁷ Der zweite Abschnitt thematisiert den inneren Zusammenhang von militärischer Abschreckung und politischer wie ideologischer Abgrenzung. Der dritte Abschnitt beinhaltet einen Katalog von Forderungen bezüglich der Reisefreiheit, für die die Synode eintreten sollte. Der vierte Abschnitt faßt das Motiv des Antrages zusammen: „Die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung und das Entstehen für diese Forderungen können helfen, unser Leben aus verengten Perspektiven herauszuführen. Erst dann werden wir unsere Existenz nicht mehr als bevormundet und als zweitrangig erfahren, sondern als freie und mündige Bürger betrachten.“²⁴⁸

244 Edelbert Richter hat darauf hingewiesen, daß für die Theologen und Pfarrer, die sich dafür entschieden, in die Politik zu gehen, mehr als nur eine Entscheidung für offenes Agieren in der Gesellschaft mit möglichen Konsequenzen zur Debatte stand. Sie mußten sich auch theologisch lösen von der auf Luther zurückgehenden „Zwei-Reiche-Lehre“, die den kirchlichen Bereich vom Bereich der Politik scharf trennt (Siehe: Richter, Edelbert, Die Zweideutigkeit der lutherischen Tradition, in: Deutschland Archiv, 4/1993, S. 407 ff).

245 Ausführliche Informationen zu dieser Gruppe finden sich in: Wielgoß, Jan/Müller-Enbergs, Helmut, Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgoß, Jan (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991, S. 105 ff. Weitere Informationen finden sich in: Bickhardt, Stephan (Hrsg.), Recht ströme wie Wasser, Berlin 1988; Friedenskreis der Bartolomäus-Gemeinde (Hrsg.), „Weil alle Abgrenzung ...“, Berlin 1988; Müller-Enbergs, Helmut, Demokratie Jetzt, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 19, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin 1990; Mehlhorn, Ludwig, Berlin – Warschau, in: Knabe, Hubertus (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989

246 Siehe den Nachdruck in: Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990, S. 24 ff.

247 1981 war für DDR Bürger die Reisefreiheit nach Polen unterbrochen worden.

248 Zitiert nach: Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990, S. 26

Der Antrag richtete sich mit diesen Formulierungen implizit gegen die Praxis vertraulicher Gespräche zwischen Kirche und SED. So weisen die Initiatoren darauf hin, daß, „wer sich (Motiv und Ziel des Antrages) zu eigen macht, begreift, daß vertrauliche Gespräche mit zugeordneten staatlichen Stellen allein nicht genügen können. Verantwortliches Reden ist notwendig. Schon ein klarer Synodalbeschluß kann eine befreiende – wenn man so will, therapeutische – Wirkung zum Mündigwerden der Christen haben.“²⁴⁹

Die politischen Ideen der Verfasser des Antrages erläuterte Hans Jürgen Fischbeck für die Gruppe auf der 1.Ökumenischen Versammlung in Dresden: „Die Chance des Sozialismus ist, so meine ich, nicht die Abgrenzung, in deren Schutz er, wie man glaubte, seine Vorzüge voll entfalten kann, sondern die bedachtsame innere und äußere Öffnung, damit er aus Perversion und Stagnation heraus der Marxschen Utopie wieder näher kommen kann. Unsere bedrohte Welt braucht auf der Suche nach überlebensfähigen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens dringend eine annehmbare sozialistische Alternative zum westlichen Konsumkapitalismus.“²⁵⁰

Der Antrag wird in den entsprechenden Synodal-Tagungen zwar nicht angenommen, seine Thesen erfahren jedoch eine weite Verbreitung innerhalb der Kirche. In den Jahren 1987 und 1988 entwickelt der Kreis ergänzende Texte, die das Thema Abgrenzung im Hinblick auf den Zusammenhang von äußerer und innerer Abgrenzung unter verschiedenen Perspektiven behandeln. In dieser Auseinandersetzung ist besonders bemerkenswert, daß die Bedeutung der Menschenrechte aus einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus begründet wird.²⁵¹ Die Auseinandersetzung selbst ist – soweit bisher erkennbar – ähnlich wie bei der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ von der osteuropäischen Opposition ausgelöst worden.

Nach der Durchsuchung der Umweltbibliothek im November 1987 und den Festnahmen im Gefolge der „Luxemburg-Affäre“ im Januar 1988 entwickelt sich der Kreis zur politischen Opposition. In einem „Brief an die Christen in der DDR und ihre Gemeindevertretungen“²⁵² fordert der Kreis auf, sich mit eigenen Kandidaten an den Kommunalwahlen im Mai 1989 zu beteiligen. Nachdem dies nicht zustande kommt, initiierte der Kreis mit anderen Gruppen die nahezu landesweite Kontrolle der Auszählung der Kommunalwahlergebnisse.

249 Zitiert nach: Wielgoß, Jan/Müller-Enbergs, Helmut, Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgoß, Jan (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991, S. 106

250 Zitiert nach: ebenda, S. 108. Nach der Öffnung der Mauer wurde die reformsozialistische Perspektive zugunsten ihres zivilisationskritischen und sozialetischen Gehalts zurückgenommen.

251 Siehe: Mehlhorn, Ludwig, Berlin – Warschau, in: Knabe, Hubertus (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989; ders., Wir brauchen eine vom Staat unabhängige Gesellschaft, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989

252 Auszüge in: Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990, S. 125/126

Bevor dann die spätere Gruppe „Demokratie Jetzt“²⁵³ in ihren „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“²⁵⁴ die Bürger zum Eigenengagement ermuntert²⁵⁵, appelliert sie im Sommer 1989 – unter Hinweis auf die Wahlmanipulationen bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 – zunächst an die Leitungsgremien der beiden Kirchen in der DDR, die Initiative zur Einberufung eines Runden Tisches zu übernehmen.²⁵⁶

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß die Vereinbarungen zwischen Kirche und SED vom 6. März 1978 nicht weiter Grundlage des gegenseitigen Verhältnisses sein könnten.²⁵⁷ Nach einer Schilderung der Situation in der DDR im Gefolge der Kommunalwahlen im Mai 1989 bitten die Unterzeichner, die später zu den maßgeblichen Gründern der Gruppe „Demokratie Jetzt“ gehören: „Wir möchten Sie daher bitten, die bestehende unerträgliche Situation dadurch zu überwinden, daß Sie jetzt weitergehen und öffentlich eine unüberhörbare, versöhnliche, Vertrauen anbietende Bitte an den Staat richten, den ohnehin fälligen und auch von vielen Marxisten erhofften großen Dialog mit allen verantwortungsbewußten Kräften über eine demokratische Umgestaltung unseres Staates und unserer Gesellschaft zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Partei, Staat und Gesellschaft zu ermöglichen und zu eröffnen.“²⁵⁸

6.7. *Die schwierige Idee der politischen Freiheit*

Trotz dieses breiten Spektrums von Traditionen, die sich schon in den Vorgruppen der politischen Opposition finden lassen, klingen ihre Aufrufe 1989 ganz ähnlich. Dies legt den Verdacht nahe, daß es sich insbesondere

253 Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Gruppe „Demokratie Jetzt“ gibt es bei: Wielgohs, Jan/Müller-Enbergs, Helmut, *Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt*, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hrsg.), *Von der Illegalität ins Parlament*, Berlin 1991, S. 105 ff. Weitere Informationen finden sich in: Bickhardt, Stephan (Hrsg.), *Recht ströme wie Wasser*, Berlin 1988; Friedenskreis der Bartolomäus-Gemeinde (Hrsg.), *„Weil alle Abgrenzung ...“*, Berlin 1988; Müller-Enbergs, Helmut, *Demokratie Jetzt*, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 19, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berlin 1990; Mehlhorn, Ludwig, Berlin – Warschau, in: Knabe, Hubertus (Hrsg.), *Aufbruch in eine andere DDR*, Hamburg 1989; Rein, Gerhard, *Die protestantische Revolution*, Berlin 1990

254 Dieser Aufruf wurde mit ausdrücklicher Unterstützung von Manfred Stolpe und Christa Wolf verfaßt. Siehe: Fischbeck, Hans-Jürgen, *Kulturrevolutionäre Gedanken nach vorn – mit Rückspiegel*, in: *Demokratie Jetzt*, Berlin 1990, Nr. 34, S. 3

255 Die Formierung zur politischen Gruppe wird letztlich ausgelöst durch Unzufriedenheit mit dem Aufruf der Gruppe „Neues Forum“. Siehe die Darstellung in Wielgohs, Jan/Müller-Enbergs, Helmut, *Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt*, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hrsg.), *Von der Illegalität ins Parlament*, Berlin 1991, S. 113/114

256 Auch wir brauchen autorisierte Gesprächsrunden ..., in: Rein, Gerhard (Hrsg.), *Die Opposition in der DDR*, Berlin 1989, S. 67

257 Siehe: Rein, Gerhard (Hrsg.), *Die Opposition in der DDR*, Berlin 1989, S. 66

258 Ebenda

bei der übereinstimmenden Verwendung des Wortes „Sozialismus“ um mehr handelt als bloß um einen Zufall.

Freilich gibt es ein weites Spektrum zwischen etwa den Formulierungen der ökumenischen Versammlung 1989, die neben ganz konkreten Bitten in Frageform über die Bedeutung sozialistischer Werte nachdenkt („Welches sind die bestimmenden Werte einer sozialistischen Gesellschaft? Welche ökonomischen Strukturen werden diesen Werten am ehesten gerecht? Welchen Beitrag kann ein sozialistisches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu den Überlebensfragen der Menschheit leisten?“²⁵⁹) und der Gruppe „Neues Forum“, die fast wortwörtlich dieselben Fragen als Themen eines Dialogs zwischen Staat und Gesellschaft formuliert²⁶⁰, sich aber gleichzeitig dagegen verwahrt, als sozialismusfeindlich gekennzeichnet zu werden.

Das Spektrum beginnt bei der Gruppe „Demokratischer Aufbruch“, die einen Lernprozeß der Gesellschaft anvisiert („Wir wollen neu lernen, was Sozialismus für uns heißen kann“²⁶¹) und gleichzeitig eine „erneuerte Demokratische Republik“²⁶² fordert, und dem Physiker Fischbeck, der eine behutsame Annäherung an die Utopien von Marx wünscht. („Die Chance des Sozialismus ist, so meine ich, nicht die Abgrenzung, in deren Schutz er, wie man glaubte, seine Vorzüge voll entfalten kann, sondern die bedachtsame innere und äußere Öffnung, damit er aus Perversion und Stagnation heraus der Marxschen Utopie wieder näher kommen kann. Unsere bedrohte Welt braucht auf der Suche nach überlebensfähigen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens dringend eine annehmbare sozialistische Alternative zum westlichen Konsumkapitalismus.“²⁶³) Es reicht bis zur Gründungsinitiative für eine „Grüne Partei“, die verhindern will, „daß die gegenwärtige Erneuerungsbewegung in unserem Land unter dem Druck unvernünftigen, kurzfristigen materiellen Nachholbedarfs eine Gesellschaft der Ellbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität entstehen läßt.“²⁶⁴

Die Differenzen werden dann unübersehbar deutlich zwischen der Absicht der Gruppe „Vereinigte Linke“, die eine Neuformulierung des Kommunismus als weltweiter Perspektive befördern will („Hier geht es nicht allein um die Zukunft realsozialistischer Länder, sondern auch um die Frage, inwieweit solche Länder aus sich selbst heraus fähig sind, die weltweite Perspektive des Kommunismus zu rehabilitieren und als Alternative für die beiden anderen Welten

259 Ebenda, S. 134

260 Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989 S. 13

261 Aufruf zum „Demokratischen Aufbruch – sozial, ökologisch“, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 34

262 Programmatistische Erklärung, in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 35

263 Zitiert nach: ebenda, S. 108

264 Ebenda, S. 120

wieder sichtbar auf die Tagesordnung zu setzen.“²⁶⁵) und den Initiatoren der „Sozialdemokratischen Partei“, die dazu aufrufen, sich unter folgenden Orientierungen zusammenzuschließen: Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität, relative Selbständigkeit der Regionen, Kreise, Städte und Kommunen, soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot, Demokratisierung des Wirtschaftslebens, Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht.²⁶⁶

Die Differenzen liegen sichtlich in der Klarheit, in der demokratische Organisationsprinzipien einer Gesellschaft benannt werden. Die Gemeinsamkeit der Aufrufe vom Sommer 1989 ist gerade die sehr verschwommene politische Gestalt des erwünschten Gemeinwesens.

Solch unkonkrete Vorstellungen von politischen Gemeinwesen lassen sich auf romantische Motive²⁶⁷ der Gesellschaftskritik zurückführen. Die romantische Philosophie verstand sich als konservativer Gegenschlag gegen die Industriegesellschaft, in der die traditionellen, „organischen“ Bindungen und Loyalitäten zerfallen und die Individuen in ihren gegenseitigen Beziehungen zunehmend nicht mehr als Individuen, sondern als Repräsentanten unpersönlicher kollektiver Kräfte, als Träger des Geldes oder der Institutionen auftreten. Die kommunistische Utopie, nach der in der zukünftigen Gesellschaft jegliche Vermittlung zwischen Individuum und menschlicher Gattung aufgehoben sein wird und damit auch keine vermittelnden Institutionen, kein Recht, keine Gewaltenteilung, keine Verfassung, kein Staat etc. mehr nötig sein würden, läßt sich verstehen als romantische Zukunftsprojektion eines verschwundenen Paradiesgartens.

Mit der Annahme, daß die verschiedenen Programmatiken der politischen Gruppen im Herbst 1989 in unterschiedlicher Weise nur einen besonderen Zweig der bereits herrschenden kommunistischen Lehre darstellen, daß sie alle mehr oder weniger ausgeprägt die romantische Utopie einer Gesellschaft transportieren, die auf Arbeitsteilung, Gewaltenteilung, Recht etc. verzichten kann, stellt uns dann allerdings wieder vor die Fragen, die bereits der Vergleich mit anderen osteuropäischen Oppositionen dringlich gemacht hatte.

Welche romantische Idee bewegt die Vorgruppen der politischen Opposition? Konzentriert man sich einen Moment lang auf die ausgewählten Traditionen einer politischen Opposition in der DDR und fragt sich, was der christliche Bausoldat, der marxistische Gesellschaftskritiker und der engagierte Theologe in der DDR miteinander zu tun haben, dann bietet sich als mögliche Erklärung an, daß sie – wie Timothy Garton Ash bereits 1980 schrieb – Christen im

265 Ebenda, S. 113

266 Zum Aufruf der Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ in: Rein, Gerhard (Hrsg.), Die Opposition in der DDR, Berlin 1989, S. 88

267 Kolakowski, Leszek, Die Hauptströmungen des Marxismus, München 1988, S. 466 ff.

Sozialismus sind, da ihre Eltern Christen im Nationalsozialismus waren.²⁶⁸ Sie identifizieren sich daher eher mit der Selbstrechtfertigung der DDR als antifaschistischem Staat, sie klagen dieses Idealbild – das sich die Diktatur von sich selbst macht und für ihre Wirklichkeit hält – eher ein, als daß sie es kritisierten.²⁶⁹

Dieser Umstand läßt es dann auch als geradezu logisch erscheinen, warum diese Oppositionellen im Sommer 1989 mehrheitlich das Idealbild eines demokratischen Sozialismus, allerdings ohne genauere Vorstellungen über seine institutionelle und rechtliche Struktur, vertreten.

Dort, wo dagegen als Ausgangspunkt politischer Opposition das Bild des mündigen Bürgers im Mittelpunkt steht und damit Freiheit und Menschenrechte, sei es bei der eher aus dem marxistischen Revisionismus kommenden „Initiative Frieden und Menschenrechte“, die bereits sehr früh nach dem Prinzip handelt, „noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits zugestanden“²⁷⁰, und bei dem Kreis „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, die die Außerkraftsetzung ideologisch-politischer Abgrenzung zur Voraussetzung mündiger Bürgerschaft macht („Die Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung und das Entstehen für diese Forderungen können helfen, unser Leben aus verengten Perspektiven herauszuführen. Erst dann werden wir unsere Existenz nicht mehr als bevormundet und als zweitrangig erfahren, sondern als freie und mündige Bürger betrachten.“²⁷¹) liegen spezifische Auseinandersetzungen mit der eigenen Situation vor, die für die große Mehrheit der Vorgruppen der politischen Opposition in der DDR nicht gelten.

In beiden Gruppen findet ein Prozeß der Auseinandersetzung mit der Opposition in anderen osteuropäischen Ländern statt²⁷² und davon ausgehend ein Prozeß der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Diese Auseinandersetzung schafft eine Vorstellung von Freiheit und Würde, die die Idee mündiger Bürgerschaft als Kern politischer Demokratie entstehen läßt. Nicht

268 Ash, Timothy Garton, „Und willst du nicht mein Bruder sein ...“, Hamburg 1981

269 Für diese Vermutung lassen sich eine große Anzahl von Belegen erbringen. Hier sei auf nur einen markanten Beleg verwiesen. Kurz vor der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ verfassen ihre späteren Initiatoren am 8. Mai 1985 zusammen mit Rainer Eppelmann einen Aufruf zur Blockfreiheit. Er wird in der amerikanischen und in der sowjetischen Botschaft in der DDR übergeben. Der Aufruf, sozusagen das Anschlußdokument an den „Berliner Appell“ von Rainer Eppelmann und Robert Havemann von 1982, fordert zur Herstellung eines blockfreien Europa und damit zum Abzug aller fremden Truppen auf. Um sich selbst und ihre Verpflichtung zu charakterisieren, haben die Initiatoren dem Appell einen Auszug aus dem Buchenwald-Schwur vorangestellt. Abgedruckt in: SPUREN, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, Berlin 1988

270 Zitiert nach: Hirsch, Ralf, Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988, S. 232

271 Zitiert nach: Rein, Gerhard, Die protestantische Revolution, Berlin 1990, S. 26

272 Die demokratischen Ideen sind so eindeutig von Osteuropa in die DDR eingewandert.

umsonst gehen von diesen beiden Gruppen die entscheidenden Impulse zur Formierung einer politischen Opposition aus.

7. *Resümee*

Die politischen Oppositionsgruppierungen der DDR konstituieren sich im Vergleich zu anderen ost und mitteleuropäischen Ländern sehr spät im Sommer 1989.²⁷³ Sie entstehen aus einer Anzahl von Friedens-, Ökologie-, Dritte-Welt- und Menschenrechtsgruppen nach dem politischen Vakuum, das die Flüchtlinge hinterlassen haben.²⁷⁴ Sie treten in ihrer Mehrheit mit dem Anspruch auf, die gestörte „Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft“ („Neues Forum“) zu reparieren, eine Alternative zu privatem Rückzug und Flucht zu formulieren. In diesem Zusammenhang verwahren sie sich auch dagegen, als Feinde des Sozialismus dargestellt zu werden, und verweisen im Gegenzug darauf, daß gerade die „Untätigkeit der SED den Sozialismus auf deutschem Boden“ („Neues Forum“) gefährde.²⁷⁵

In der Gegenüberstellung der beiden Städte Berlin und Dresden macht die Studie sichtbar, daß ausweislich der Namen der Gruppen in beiden Städten vor allem die Themen Frieden und Ökologie im Vordergrund stehen.

Die vor allem aus Berlin bekannten Konflikte über Art und Umfang des politischen Engagements von Christen führen hier offensichtlich zur Konstituierung innerkirchlicher Strukturen von vorwiegend kirchlichen Mitarbeitern, die im Sommer 1989 in die Konstituierung politischer Gruppen übergehen. Parallel zur Arbeit in den Gemeinden gelingt es nichtchristlichen politischen Dissidenten mit Hilfe kirchlicher Einrichtungen, ein landesweites Kommunikationsnetz aufzubauen. Zum Verhandlungspartner der SED werden diese Gruppen jedoch erst, nachdem die Demonstrationen im Süden der DDR den Dialog erzwungen haben.

Im „Plattformfieber“ der sich konstituierenden Gruppen im Sommer 1989 wird sichtbar, daß es vor allem verschiedene Varianten eines demokratischen Sozialismus sind, die das Selbstverständnis der Akteure prägen. Erkennbar aus

273 Hier gibt es nur eine Ausnahme: die „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Sie gründete sich bereits 1985/86.

274 Eine zusammenhängende Darstellung, die den Kristallisationsprozeß einer politischen Opposition in der DDR im Sommer 1989 darstellt, existiert noch nicht. Neben den Berichten der Beteiligten, der Auswertung der „Sammlungen“ der Staatssicherheit, der SED und ihrer Massenorganisationen fehlen auch noch die Einblicke der Nachbarn. Wir haben uns bei unserer Arbeit bei der Erklärung von Ereignissen und Abläufen wesentlich auf die Arbeit von Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried, Berlin 1992, verlassen. Sie ist der erste Versuch eines Beteiligten, eines journalistisch arbeitenden Aktivisten, der deshalb große Bedeutung zukommt.

275 Alle Zitate aus: „Neues Forum“, Gründungsaufruf: Eine politische Plattform für die ganze DDR, und: „Neues Forum“, Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR, in: Rein, Gerhard, Die Opposition in der DDR, Berlin 1989

einer Situation der Minderheit heraus appellieren die Gruppen an die Bürger, sich einzumischen, einen demokratischen Sozialismus zu gestalten.

In Dresden dagegen ist bislang von innerkirchlichen Konflikten wenig zu hören, Konflikte werden allenfalls sichtbar in Auseinandersetzung mit der einzigen nichtkirchlichen Friedensinitiative, die sich jedoch selbst gar nicht auf eine Konstituierung als politische Gruppe orientiert. Es handelt sich eher um einen sich selbst als anarchistisch verstehenden Aktionszusammenhang. Im Sommer 1989 kommt es in Dresden nicht zur Herausbildung politischer Gruppen, sie entstehen erst im Herbst 1989 in der Wende selbst. Aktionszyklen wie in Berlin gibt es hier nicht. Eine ansatzweise handlungsfähige Struktur bildet in der Wende lediglich ein koordinierender Ökologiearbeitskreis, der die ersten Berater – nicht Akteure – für die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung stellt.²⁷⁶ Verhandlungen mit der Stadtverwaltung werden Anfang Oktober 1989 durch massive Demonstrationen erzwungen.

Auch ein „Plattformfieber“ wie in und um Berlin gibt es in Dresden nicht. Die Plattform für die Herausbildung eines politischen Selbstverständnisses bleibt die protestantische Kirche. Mit den ökumenischen Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wird jedoch der Raum der Zuständigkeit von Christen sehr weit gespannt. Aus diesen Auseinandersetzungen entstehen Bitten an die staatliche Seite, die jedoch in Dresden in der Vorform einer politischen Opposition verbleiben. Eine politische Opposition, die im Herbst 1989 die Forderungen der Bevölkerung artikuliert hätte, gibt es nicht.

Ausgehend von Roger Woods und einem Exkurs in die Geschichte der Herausbildung einer politischen Opposition in Osteuropa in den siebziger und achtziger Jahren werden dann die spezifischen Traditionslinien der politischen Oppositionsgruppen im Sommer 1989 genauer untersucht. Woods hatte in der Mitte der achtziger Jahre die spezifischen Quellen oppositionellen Verhaltens in der DDR an fünf Merkmalen beschrieben.²⁷⁷ Zunächst wird ein oppositionelles Potential in der DDR gebildet von intellektuellen Dissidenten, die in der DDR bleiben wollen und das Recht einfordern, das Regime – meist von einem sozialistischen Standpunkt – zu kritisieren. Eine weitere Quelle oppositionellen Verhaltens sieht Woods bei der nicht genau zu quantifizierenden Anzahl von DDR-Bürgern, die aus ökonomischen und politischen Gründen den Wunsch haben, die DDR zu verlassen. Sie kritisieren die DDR oft von einem christlichen oder nichtsozialistischen Standpunkt. Die dritte Quelle oppositionellen Verhaltens verortet Woods in der unabhängigen Friedensbewegung. Obwohl dieser Gruppe eine zentrale Führung fehle, habe

276 Siehe das Manuskript von: Flach, Helmut, Die Gruppe der 20 oder der Dresdener Weg – Eine Chronologie, Manuskript, Dresden 1993

277 Woods, Roger (Hrsg.), Opposition in the GDR under Honecker 1971–85, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1986, S. 21 ff.

die Beteiligung der protestantischen und in geringerem Maße der katholischen Kirche diesen Gruppen einen Grad von Unabhängigkeit und Zusammenhalt ermöglicht, der es ihnen erlaube, als unabhängige Gruppen zu handeln. Neben diesen drei Quellen oppositionellen Verhaltens in der DDR sieht Woods die Situation darüber hinaus gekennzeichnet durch das Fehlen zweier Elemente, die gemeinhin in anderen osteuropäischen Ländern vorhanden seien. Auffällig sei – so Woods – das Fehlen jeden Kampfes um die Macht. In der DDR seien weder auf lokaler, regionaler noch landesweiter Ebene die mit solchen Auseinandersetzungen verbundenen personellen Alternativen sichtbar noch existiere eine klar konturierbare ideelle Alternative zum politischen System. Weiterhin sei für die DDR kennzeichnend die Abwesenheit von „pragmatischem Dissens“, der gewöhnlich Druck und Widerstand von Wissenschaftlern, Technikern und Experten erzeuge und im Namen größerer Effektivität, wirtschaftlichen Fortschritts und militärischer Macht ausgeübt werde.

Als wichtigste Traditionslinien bei der Herausbildung politischer Oppositionsgruppen im Sommer 1989 in der DDR werden in der vorliegenden Studie der marxistische „Revisionismus“, die Bausoldaten sowie Pfarrer, Theologen und kirchliche Mitarbeiter im Streit um die politischen Aufgaben eines Christen herausgestellt. Aus diesen drei Traditionslinien entsteht in der DDR eine spezifische romantische Sozialismus-Idee, die das Idealbild des antifaschistischen Staates gegen seine Wirklichkeit setzt.

Der Anspruch der Demokratisierung des Sozialismus, die Wiederaufnahme der nach 1945 diskutierten Vorstellung eines „Dritten Weges“ zwischen dem westlichen und östlichen Lager, gerät in Konflikt mit dem Wunsch der Mehrheit der DDR-Bürger nach Abschaffung des Sozialismus und der Hinwendung zum Westen. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten unter westlichen Vorzeichen macht die Konzeption der Opposition obsolet.

Im Rahmen der Oppositionen Osteuropas nimmt die politische Opposition der DDR eine Sonderstellung ein. Die Gründe für die Revitalisierung der Idee des Sozialismus sind hier zunächst nur sehr vorläufig beschrieben. Bei aller Zurückhaltung fällt jedoch auf, daß die Oppositionsgruppen in der DDR im Unterschied zu denen in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei die Kritik der Gesellschaft an der Diktatur nicht unter Bezug auf eine nationale demokratische Tradition formulieren (können).²⁷⁸ Deswegen enthält ihr Selbstverständnis Elemente der Selbstlegitimation des DDR-Systems. Die konzeptuelle Orientierung bleibt insgesamt diffus. Am ehesten ist die

278 Wie problematisch das Verhältnis von „nationalem Populismus“ und Menschenrechtspolitik von Anbeginn an in den osteuropäischen Bewegungen und im Konzept der „civil society“ war, beschreiben hervorragend Arato, Andrew, *Revolution, civil society und Demokratie*, in: *Transit – Europäische Revue*, Heft 1, Frankfurt 1990, und Stanisz, Jadwiga, *Dilemmata der Demokratie in Osteuropa*, in: Deppe, Rainer u. a. (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt 1991, S. 326ff

Orientierung auf ein „anderes demokratisches sozialistisches Deutschland“ zu erkennen, das als Traumgebilde eine nicht unerhebliche Relevanz in der DDR und in der BRD hatte.²⁷⁹

Die polnische, ungarische und tschechoslowakische Opposition entwickelt ihr demokratisches Selbstverständnis in Auseinandersetzung und Identifikation mit nichtsozialistischen Traditionen ihrer Geschichte. Ein vergleichbarer Prozeß fehlt in der DDR. Ein Rückgriff etwa auf die Weimarer Demokratie, ein Versuch, die Ursachen ihres Scheiterns zu erfassen, den Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus zu beschreiben und die Probleme einer Demokratie nach dem Ende der Barbarei zu diskutieren, fehlt. Es scheint, als ob sich die Oppositionsgruppen in der DDR historisch nicht verorten. Die Forschung hat einen solchen Versuch jedenfalls bislang nicht entdeckt.

Die Opposition in der DDR thematisiert damit ihr eigenes Verhältnis zu Nation und Freiheit – eingedenk der politischen Haftung für Auschwitz und die beiden Weltkriege in Deutschland – nicht.²⁸⁰ Sie meidet dieses Thema oder befindet sich in weitgehender Übereinstimmung mit den Antworten, die die SED auf diese Fragen gibt.²⁸¹

In vielen Fällen stimmt sie deshalb mit der Position der SED überein, die in der Bundesrepublik Deutschland einen, weil noch immer kapitalistischen, deshalb potentiell auch faschistischen Nachfolger des Nationalsozialismus

279 Timothy Garton Ash hat die Bedeutung dieses Traum-Deutschland für die deutsche Frage klar herausgearbeitet. Siehe: Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt, München 1990, insbesondere das Kapitel „Die deutsche Frage“.

280 Unserer Auffassung nach hat Karl Jaspers, angeregt durch Hannah Arendt, einen der wenigen Versuche in diese Richtung gemacht. Er verweist auf die existierende deutsche Tradition, in der Freiheit und Demokratie der Einheit der Nation untergeordnet wurden, und konstatiert die Notwendigkeit der Umkehrung dieses Verhältnisses. Ohne die Anerkennung der politischen, moralischen und juristischen Haftung für das Verbrechen des Verwaltungsmassenmordes kann dies in Deutschland nicht geschehen. Ohne die Anerkennung des Zivilisationsbruchs können die Deutschen nicht in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten zurückkehren. Europa, so Jaspers, kann nur auf der Grundlage der Menschenrechte und der Demokratie zu einer Föderation von Bundesstaaten wachsen, nicht als eine Agglomeration von Nationalstaaten. Er wurde in der Opposition der Bundesrepublik allerdings nicht gehört, auch nicht bei der regierenden CDU. Siehe dazu: K. Jaspers, Die Schuldfrage, Heidelberg 1946; ders., „Freiheit und Wiedervereinigung“, München 1960; ders., Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966, ders.; Antwort – Zu meiner Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, München 1967. Robert Havemann (und mit ihm die spätere Opposition in der DDR) dagegen bewegt sich mit seiner Position zwar kritisch zur Position der SED, er verweist insbesondere auf deren bürokratische Sklerose, aber insgesamt übereinstimmend mit ihrem Traditionsbezug und ihrer antiwestlichen Orientierung. 1976 etwa meint er z.B. konstatieren zu können: „Schon jetzt übt die DDR auf viele in der BRD eine wachsende Anziehungskraft aus, während als Folge der sich verschärfenden kapitalistischen Krise die Anziehungskraft der BRD auf die Bürger der DDR nachläßt.“ (R. Havemann, Antwort auf eine Umfrage zum Problem der deutschen Einheit, zitiert nach: Brandt, Peter/Ammon, Herbert, Die Linke und die nationale Frage, Hamburg 1981, S. 327)

281 Siehe hierzu insbesondere Meuschel, Sigrid, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt 1992; Meuschel, Sigrid, Wandel durch Auflehnung – Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft in der DDR, in: R. Deppe, H. Dubiel, U. Rödel (Hrsg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt 1991

sieht, während sie die DDR als nichtkapitalistisch und deshalb auch nicht mehr nationalsozialistisch, also als historisch fortschrittlich deutet.

Die Revitalisierung der Idee des Sozialismus in der Opposition der DDR ließe sich insofern auch als Flucht vor der eigenen Geschichte und der „politischen Haftung“²⁸² für sie deuten. Ganz ähnliche Gründe hat die Forschung für die Haltungen der Oppositionsgruppen der Bundesrepublik ausgemacht.²⁸³ Ob und wieweit solche Beweggründe für die Opposition in der DDR geltend gemacht werden können, bleibt eine zu untersuchende Frage. Daß ein solcher Zusammenhang vorliegen kann, ergibt sich durch die sichtbar fehlende Auseinandersetzung der DDR-Opposition mit der deutschen und damit mit ihrer eigenen Geschichte. Da, wo ein solcher Auseinandersetzungsprozeß anfängt, wie bei der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und der Gruppe „Demokratie Jetzt“, entwickelt sich die Idee des mündigen Bürgers als Kern eines demokratischen Staatswesens. Nicht von ungefähr bilden beide Gruppen die entscheidenden Impulsgeber der politischen Opposition.

8. *Chronologie*²⁸⁴

1970

- | | |
|------------|---|
| 30.1.1970 | Egon Bahr nimmt Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau auf (Ash 1993). |
| 19.3.1970 | Willy Brandt trifft sich in Erfurt mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph (Ash 1993). |
| 12.8.1970 | Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR (Ash 1993). |
| 27.11.1970 | Beginn der deutsch-deutschen Verhandlungen zwischen Egon Bahr und DDR-Staatssekretär Michael Kohl (Ash 1993). |

282 Zur Definition dieses Begriffs siehe K.Jaspers, *Die Schuldfrage*, Heidelberg 1946, und ders., „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, München 1966, und ders., *Antwort – Zur Kritik meiner Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“*, München 1967

283 Siehe am präzisesten Norbert Elias, *Gedanken über die Bundesrepublik*, in: ders., *Studien über die Deutschen*, Frankfurt 1989, S. 519 ff. Timothy Garton Ash ist demselben Gedanken auf der Spur. Siehe: Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt*, München 1990, besonders das Kapitel „Die deutsche Frage“, S. 72 ff, aber auch schon in: ders., „Und willst Du nicht mein Bruder sein ...“, Hamburg 1981

284 Die hier vorgelegte Chronologie ist als sehr vorläufig zu betrachten. Eine fundierte Zusammenstellung für den genannten Zeitraum liegt nicht vor. Deshalb sind hinter den erwähnten Daten die Werke der Sekundärliteratur oder Quellen genannt, die für die Chronologie genutzt wurden. Die entsprechenden Titel befinden sich dann vollständig zitiert in der Literaturliste. Um dem Leser das Auffinden von Ereignissen in Berlin und Dresden zu erleichtern, wurden die Städtenamen entsprechend hervorgehoben. Außerdem wurden die Angaben, die sich auf Ereignisse beziehen, die im Rahmen der Vorgeschichte einer politischen Opposition in der DDR eine Rolle spielen, durch Fettschrift hervorgehoben.

- 7.12.1970 Unterzeichnung des Warschauer Vertrages. Kniefall Willy Brandts vor dem Mahnmal für die Helden des Warschauer Ghettos (Ash 1993).
- 20.12.1970 Streiks und Protestdemonstrationen in den polnischen Ostseehäfen führen zum Rücktritt von Parteichef Gomułka. Nachfolger wird Edward Gierek (Ash 1993).

1971

- 31.1.1971 Der Telefonverkehr zwischen Ost und West-Berlin wird nach 19-jähriger Unterbrechung mit 10 Leitungen wieder aufgenommen (Weber 1986).
- 3.5.1971 Erich Honecker löst Walter Ulbricht als Parteichef ab (Ash 1993).
- 24.6.1971 Die Volkskammer bestimmt Honecker an Ulbrichts Stelle zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates (Weber 1986).
- 1971–74 In Berlin existiert der Arbeiter- und Studentenclub Rosenthaler Straße. Seit 1971 hat Andreas Bordtfeld Kontakte zu westdeutschen Maoisten (KBW u. KPD) (Rüddenklau 1992).
- 23.8.1971 Die Botschafter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion einigen sich auf einen Vertragsentwurf für eine Berlin-Regelung, sie wird am 3.9. unterzeichnet (Weber 1986).
- 14.11.1971 Wahl der Volkskammer und der Bezirkstage; 99,85 % stimmen für die Einheitsliste. 26.11.1971: Konstituierende Sitzung der Volkskammer (Weber 1986).

1972

- 1972 Im Frühjahr organisieren Bausoldaten einen 14-tägigen freiwilligen Arbeitseinsatz im Klärwerk Münchehofe bei Berlin (Ehring/Dallwitz 1982).
- 27.4.1972 Ein konstruktives Mißtrauensvotum der CDU/CSU gegen Bundeskanzler Brandt scheitert (Ash 1993).
- 17.5.1972 Der Bundestag beschließt die Ratifizierung des Moskauer und des Warschauer Vertrages (Ash 1993).
- Mai 1972 Ab diesem Jahr findet zweimal jährlich das Friedensseminar in Königswalde statt. Organisiert wird es von ehemaligen Bausoldaten. 1972 hat es 25 Teilnehmer, 1979 schon 125, der Höhepunkt liegt bei 600 Teilnehmern. Das Seminar dient als Anregung für christliche Friedensseminare in anderen Orten, z. B. in Meißen, Karl-Marx-Stadt, Naumburg, Saalfeld und Leuna („Spuren“ 1988; Rüddenklau 1992).

- 12.12.1972 Willy Brandt wird erneut zum Bundeskanzler der BRD gewählt (Ash 1993).
- 21.12.1972 Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen der BRD und der DDR (Ash 1993).

1973

- 9.2.1973 Frankreich und Großbritannien nehmen diplomatische Beziehungen zur DDR auf (Weber 1986).
- 7.3.1973 Die DDR akkreditiert Korrespondenten von ARD, ZDF und von Zeitschriften und Zeitungen aus der Bundesrepublik (Weber 1986).
- 1973 Christoph Prüfer, der „Generalsekretär“ der 4. Internationale in Halle (Verbindungen existieren nach Jena und Berlin) wird verhaftet (Rüddenklau 1992).
- 1973–1976 In dieser Zeit existiert das Kulturhaus Jena-Neulobeda. Ab 1975 existiert eine Weiterführung der Veranstaltungen in der offenen Arbeit der evangelischen Kirche. Am 19.11.1976 werden viele aus dem Kreis wegen ihrer Solidarisierung mit Wolf Biermann verhaftet (Rüddenklau 1992).
- 11.5.1973 Der Bundestag beschließt die Ratifizierung des Grundlagenvertrages mit der DDR (Ash 1993).
- 3.7.1973 Eröffnung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki (Ash 1993).
- 28.7.-5.8.1973 X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Ost-Berlin (Weber 1986).
- 4.9.1973 Gemeinsame Grenzkommission beginnt mit der Markierung der Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik (Weber 1986).
- 18.9.1973 BRD und DDR werden Mitglieder der UNO (Woods 1986).
- Oktober 1973 45 Bürger von Pirna protestieren gegen die Verweigerung der Ausreise von zwei Familien (Faust/Hauptmann) aus dem Ort (Fricke 1984).
- 5.11.1973 Der DDR-Finanzminister ordnet an, daß Besucher aus „nichtsozialistischen Staaten und West-Berlin“ bei einem DDR-Besuch 20 D-Mark und bei einem Ost-Berlin-Besuch 10 D-Mark pro Tag im Verhältnis 1:1 umtauschen müssen; das bedeutet eine Verdoppelung des Mindestsatzes (Weber 1986).

1974

- 2.5.1974 Günter Gaus wird der erste Repräsentant der BRD in der DDR (Woods 1986).

- 6.5.1974 Rücktritt Willy Brandts (Ash 1993).
 4.9.1974 DDR und USA nehmen diplomatische Beziehungen auf (Weber 1986).
 17.11.1974 Die katholischen Bischöfe der DDR wenden sich in einem Hirtenbrief gegen das staatliche Erziehungsmonopol (Weber 1986).

1975

- 1975 Bis in dieses Jahr existiert die Veranstaltungsreihe „Ein-topp“ von Bettina Wegener im „Haus Der Jungen Talente“ in Berlin (Rüddenklau 1992).
 28.7.1975 Gemeinsame Mitteilung des SED-Politbüros und des Ministerrates über die Bevollmächtigung Honeckers, die Schlußakte der KSZE zu unterzeichnen (Weber 1986).
 1.8.1975 Die KSZE-Schlußakte von Helsinki wird unterzeichnet (Woods 1986).
 1975 Seit diesem Jahr wird der Einsatz von Bausoldaten nach einer zehntägigen Grundausbildung dezentralisiert durchgeführt (Ehring/Dallwitz 1982).
 September 1975 In Leipzig wird das Ende der „Renft-Combo“ verfügt (Leitner 1983).
 16.12.1975 Der in der DDR akkreditierte „Spiegel“-Korrespondent Jörg Mettke wird wegen „grober Verleumdung“ (im Zusammenhang mit Berichten über Zwangsadoptionen) aus der DDR ausgewiesen (Weber 1986).
 19.12.1975 Deutsch-deutsches Abkommen über Transitstrecken nach West-Berlin (Ash 1993).

1976

- 29./30.6. 1976 Es findet eine Konferenz von 29 kommunistischen Parteien in Berlin statt. Die Reden der Teilnehmer werden in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ gedruckt. So erreichen auch die eurokommunistischen Positionen offiziell die Bürger der DDR (Woods 1986).
 Juni 1976 Arbeiterproteste in Polen, gewaltsame Niederschlagung (Ash 1993).
 10.7.1976 33 Bürger von Riesa machen eine Eingabe für ihre Ausreise (Fricke 1984).
 22.8.1976 Pfarrer Brüsewitz verbrennt sich öffentlich in Zeitz. Er stirbt vier Tage später (Fricke 1984; Weber 1986).
 August 1975 Öffentliche Proteste zum Fall Brüsewitz in Berlin (Rüddenklau 1992).
 September 1976 Gründung des KOR in Polen (Ash 1993).
 1.10.1976 Rolf Mainz protestiert in einem Artikel in der Wochen-

- zeitung „Die Zeit“ gegen die Ausreiseverweigerung für seine Brüder. Am 12. April 1977 wird er zu 4 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt (Fricke 1984).
- 17.10.1976 Wahl der Volkskammer und der Bezirkstage. 99,86 % stimmen für die Einheitsliste (Weber 1986).
- 29.10.1976 Reiner Kunze wird aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen. Am 13.4.1977 verläßt er die DDR (Fricke 1984).
- 16.11.1976 Wolf Biermann wird ausgebürgert (Woods 1986). Am 17.11.1976 protestieren Schriftsteller und Künstler (Weber/Koch 1983). Am 26. November 1976 erhält R. Havemann Hausarrest (Woods 1986). Starke Proteste gibt es auch in Jena. Am 19.11.1976 werden viele wegen ihrer Solidarisierung mit Wolf Biermann verhaftet (Rüddenklau 1992).
- 15.12.1976 Wiederwahl Helmut Schmidts zum Bundeskanzler der BRD (Bundestagswahlen im Oktober) (Ash 1993).
- 1976 Seit diesem Jahr gibt es eine KPD-ML/DDR. Sie hat etwa 50 Mitglieder in Berlin und verfügt in den großen Städten der DDR über eigene Zellen. Zwischen 1977 und 1981 wird sie vom MfS zerschlagen (Rüddenklau 1992).

1977

- 1.1.1977 Es erscheint der Aufruf der „Charta 1977“ in der Tschechoslowakei (Pelikan/Wilke 1979).
- Mai 1977 Die evangelischen Landeskirchen der DDR beschließen die Erarbeitung von Bildungsmaterialien zur Frage der Wehrdienstverweigerung (Ehring/Dallwitz 1982).
- 23.8.1977 Rudolf Bahro wird verhaftet. Am 30.6.1978 wird er zu 8 Jahren Haft verurteilt. Am 11.10.1979 wird er aus dem Gefängnis entlassen und reist in den Westen aus (Fricke 1984).
- 26.8.1977 Die Künstler Pannach, Kunert und Fuchs werden freigelassen (Woods 1986).
- 7.10.1977 Es kommt in Berlin zwischen Jugendlichen und Polizei zu einem Konflikt auf dem Alexanderplatz; drei Tote, darunter zwei Volkspolizisten (Winkler 1983).
- 1977 Gründung des Friedenskreises der ESG Ost-Berlin (Rüddenklau 1992).
- 29.11.1977 Festnahme des Ingenieurs Rainer Bäurich in Dresden. Er hat im Westen ein Manifest veröffentlicht. Am 7.4.1978

wird er zu 5 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt (Fricke 1984).

30.12.1977 Publikation des Manifestes des „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ im „Spiegel“ (Woods 1986).

1978

10.1.1978 Das DDR-Außenministerium verfügt die Schließung des Büros des „Spiegel“ in Ost-Berlin (Weber 1986).

6.3.1978 Es findet ein Gespräch zwischen der Leitung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR mit E. Honecker statt. Hier werden wesentliche Elemente eines gemeinsamen Verhaltenscodex besprochen (Fricke 1984).

16.3.1978 Nico Hübner, der den Wehrdienst total verweigert, wird in Berlin festgenommen und am 7.7.1978 zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach etwa einem Jahr wird er in den Westen entlassen (Fricke 1984).

4.5.1978 Bei einem Routinegespräch von Pfarrern mit Mitgliedern des Hauptvorstandes der Blockpartei CDU in Dresden wird zum ersten Mal bekannt, daß die SED die Einführung eines vormilitärischen Unterrichts für 15- und 16-jährige plant (Ehring/Dallwitz 1982).

Mai/Juni 1978 Regionale Kirchentage in Leipzig, Erfurt und Stralsund. Das Thema Wehrunterricht ist dort zentraler Gesprächsgegenstand (Ehring/Dallwitz 1982). Nachdem die Pläne für einen Wehrunterricht bekannt werden, bildet sich spontan ein Friedensarbeitskreis der ESG in Dresden (Ehring/Dallwitz 1982).

25.6.1978 Es wird der „Brief an die Gemeinden“ zum Thema Wehrunterricht in allen evangelischen Kirchen der DDR verlesen (Ehring/Dallwitz 1982).

Juni 1978 Mitglieder der ESG Dresden formulieren einen Appell „Jetzt abrüsten“, der im Gottesdienst am Ende des Sommersemesters verlesen werden soll. Sie verschicken ihn auch an Freunde (Ehring/Dallwitz 1982).

26.7.1978 Verhaftung des Diakons Uwe Reimann in Görlitz durch die Staatssicherheit, weil er sich an der Verteilung von Flugblättern gegen den Wehrunterricht beteiligt haben soll. Der Prozeß wird am 6.12.1978 eröffnet. Reimann wird zu 2 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt (Ehring/Dallwitz 1982).

1.9.1978 Seit diesem Tag existiert für 15- und 16-jährige vormilitärisches Training als neuer Unterrichtsgegenstand in den Schulen (Woods 1986).

- 17.9.1978 Der evangelische Pfarrer Rolf Günther verbrennt sich selbst in Falkenstein/Vogtland (Weber 1986).
- 1978 In diesem Jahr protestiert auch die ESG Naumburg gegen Wehrunterricht an den Schulen (Rüddenklau 1992).
- Dezember 1978 Bruno Winzer (ehemaliger Bundeswehroffizier) demonstriert mit seiner Frau vor dem größten Kaufhaus am Berliner Alexanderplatz mit einem Transparent „Kauft kein Kriegsspielzeug“. Nach wenigen Minuten werden sie festgenommen, nach einigen Stunden aber wieder freigelassen (Ehring/Dallwitz 1982).
- 1979**
- 9.5.1979 Der Hausarrest gegen R.Havemann endet (Woods 1986).
- 1979 In diesem Jahr werden Thomas Klein und Stefan Fechner in Berlin verhaftet, weil sie Solidaritätsaktionen für Bahro veranlaßt haben (200 Unterschriften) (Rüddenklau 1992).
- 1.6.1979 Die erste Bluesmesse von Rainer Eppelmann findet in der Samariterkirche in Berlin statt (Eppelmann 1993).
- Mai/Juni 1979 Stefan Heym und acht andere Schriftsteller werden aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen (Woods 1986).
- 28.6.1979 Die Volkskammer beschließt das 3. Strafrechtsänderungsgesetz, das erhebliche Verschärfungen des politischen Strafrechts enthält (Weber 1986).
- 31.8.1979 In Leipzig wird Heinrich Saar verhaftet. Er hatte einen Lesekreis zu Bahros Buch „Die Alternative“ gebildet und für dessen Freilassung demonstriert. Am 17.10.1980 wird er mit anderen verurteilt und erst am 4.August 1982 in die BRD entlassen (Fricke 1984).
- 1.9.1979 Gemeinsame Erklärung der evangelischen Kirchen in Ost- und Westdeutschland zum Kriegsbeginn 1939; es ist die erste gemeinsame Erklärung seit 1969 (Ehring/Dallwitz 1982).
- Oktober 1979 Reinhard Schult, Mitglied im Friedenskreis der ESG Ost-Berlin, wird verhaftet (Rüddenklau 1992).
- 6.10.1979 Nico Hübner und Rudolf Bahro werden in die BRD aus dem Gefängnis entlassen (Woods 1986).
- Herbst 1979 Erste Baumpflanzaktion im Rahmen der Jungen Gemeinde in Schwerin (Fricke 1984).
- Dezember 1979 NATO-Nachrüstungsbeschluß; Einmarsch der UdSSR in Afghanistan. R. Havemann schreibt einen offenen Brief an Breschnew, veröffentlicht in der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Ehring/Dallwitz 1982, Ash 1993).

1980	
30.1.1980	Der für Februar/März vorgesehene Besuch von Bundeskanzler Schmidt in der DDR wird auf Wunsch der DDR verschoben (Weber 1986).
Mai 1980	Verhaftung von Hans-Jörg Weigel, Leiter des Friedensseminars Königswalde (Rüddenklau 1992).
1980	END-Appell zur Abrüstung in Europa (Poppe 1987).
1980	Als Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ Berlin mit offiziellen Friedenslosungen an der Demonstration zum „Tag der Kampfgruppen“ teilnehmen wollen, werden sie verhaftet und verhört (Ehring/Dallwitz 1982).
Juli/August 1980	Streiks in Polen, Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc (Woods 1986).
3.7.1980	Seit 1964 sind 13.000 politische DDR-Häftlinge durch besondere Bemühungen der Bundesregierung vorzeitig aus der Haft entlassen worden und wie 30.000 DDR-Bürger im Rahmen der Familienzusammenführung ausgereist (Weber 1986).
Juli 1980	Seminar zum Thema Abrüstung der ESG Dresden, es kommen Mitglieder der ESG Berlin und der ESG Magdeburg sowie andere Interessierte (Ehring/Dallwitz 1982).
1980	Seit diesem Jahr gibt es Baumpflanzaktionen in Schwerin, Rostock, Neustrelitz (Rüddenklau 1992).
12.9.1980	Dr. Koch wird wegen demonstrativer Solidarisierung – er hatte mehrere vergebliche Ausreiseanträge gestellt – mit der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc verhaftet. Am 2.3.1981 wird er zu einem Jahr und 4 Monaten Haft verurteilt. Nach seiner Freilassung betreibt er weiter die Ausreise. Dies führt am 14.2.1983 zu neuerlicher Verhaftung und Verurteilung. Am 1.12.1983 wird er freigekauft (Fricke 1984).
22.8.1980	Wegen der Streikwelle in Polen wird ein geplantes Treffen zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker abgesagt (Ash 1993).
31.8.1980	Die Unterzeichnung des Abkommens von Gdansk ermöglicht die Legalisierung von Solidarnosc (Ash 1993).
September 1980	Erste Vorlage eines Vorschlags zum „Sozialen Friedensdienst“ von C. Wonneberger in Dresden. Anregung erhielt er bei einer gewaltfreien Demonstration im Sommer 1980 in Polen („Spuren“ 1988).
30.10.1980	Privatreisende DDR-Bewohner brauchen beim Besuch in Polen eine Einladung ihrer polnischen Gastgeber; Bürger

- Polens benötigen zu Reisen in die DDR ebenfalls eine Einladung. Der visafreie Verkehr war erst 1972 eingeführt worden (Weber 1986).
- 5.11.1980 Wiederwahl Helmut Schmidts zum Bundeskanzler (Wahlen im Oktober) (Ash 1993).
- November 1980 Gründung des „Stadtkökenekreises Dresden“. Dieser Kreis übernimmt in späteren Jahren die Gestaltung der Veranstaltungen zum Gedenken an den 13.2.1945 (Meyer 1991).
- Herbst 1980 Erste Friedensdekade der evangelischen Kirche. Das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ taucht als Protestzeichen auf (Rüddenklau 1992).
- 1981**
- 13.2.1981 In Dresden findet zum ersten Mal seit 1946 keine offizielle Großveranstaltung zum Gedenken an die Bombardierung 1945 statt. Auch die Teilnehmerzahlen der kirchlichen Veranstaltungen gehen zurück (Meyer 1991).
- April 1981 Der Ausschuß „Kirche und Gesellschaft“ des DDR-Kirchenbundes lädt erstmals zahlreiche in der Friedensarbeit Engagierte zu einem Kongreß „Frieden heute“ ein (Ehring/Dallwitz 1982).
- 10.4.1981 Matthias Domaschk aus der Jungen Gemeinde in Jena wird verhaftet. Nach zwei Tagen MfS-Gefängnis in Gera ist er tot (Fricke 1984).
- 9.5.1981 In Dresden erscheint der Aufruf zu einem „Sozialen Friedensdienst“. Da die sächsische Landessynode der evangelischen Kirche ihn im Herbst 1980 nicht annimmt, wird er in Form eines Kettenbriefs in der ganzen DDR verteilt und führt zu vielen Eingaben an die Landessynoden der evangelischen Kirchen in der DDR (Rüddenklau 1992; „Spuren“ 1988).
- Juni 1981 R. Havemann schreibt einen Offenen Brief an Helmut Schmidt (Ehring/Dallwitz 1982).
- 14.6.1981 Wahlen zur Volkskammer, zu den Bezirkstagen und zur Ost-Berliner Stadtverordnetenversammlung. 99,86 % stimmen für die Einheitsliste (Weber 1986).
- 1.9.1981 Seit diesem Tag sind vormilitärisches Training und eine Sanitätsausbildung auch für die elften Klassen der Erweiterten Oberschulen (EOS) obligatorisch (Ehring/Dallwitz 1982).
- 12.9.1981 Demonstrative Zurückweisung der Forderung nach ei-

- nem „Sozialen Friedensdienst“ durch die SED (Woods 1986).
- September 1981 R. Eppelmann schreibt an E. Honecker („Spuren“ 1988).
- September 1981 In Dresden findet das erste Ökumenische Friedensgebet statt (Meyer 1991).
- 10.10.1981 Massendemonstration gegen den Nato-Doppelbeschluß in Bonn (Ash 1993).
- Oktober 1981 In Dresden werden zum ersten Mal Flugblätter verteilt, die zu einer nichtstaatlichen und nichtkirchlichen Demonstration am 13.2.1982 vor der Dresdener Frauenkirchenruine auffordern. Die Verfasserin des Aufrufs Johanna Kalex wird massiv bedroht und vergewaltigt („telegraph“ 4/92; Meyer 1991).
- Oktober 1981 R. Havemann schreibt mit breiter Unterstützung aus der Bundesrepublik einen Brief an Breschnew. Breschnew besucht Bonn im November. Über den Brief gibt es Debatten in der ESG in Ost-Berlin (Rüddenklau 1992).
- 1.12.1981 Seit diesem Tag sind alle DDR-Bürger vom 18. bis zum 65. Lebensjahr dazu verpflichtet, an Lehrgängen der Zivilverteidigung teilzunehmen (Ehring/Dallwitz 1982).
- 13./14.12.1981 In Polen wird das Kriegsrecht durchgesetzt. Viele Mitglieder der Solidarnosc werden verhaftet. Zur selben Zeit tagt ein gesamtdeutsches Schriftstellertreffen zum Frieden in Ost-Berlin. Helmut Schmidt trifft sich mit E. Honecker am Werbellinsee.(Woods 1986; Ash 1993).

1982

- Januar 1982 Ein Zusammentreffen von Unterstützern der Initiative für einen „Sozialen Friedensdienst“ wird in Dresden zwar nicht verboten, wohl aber der Aufruf zu einer Friedensfahrt nach Dresden für Ostern desselben Jahres („Spuren“ 1988).
- 13.2.1982 Demonstration an der Dresdener Kirchenruine. Ca. 6.000 Jugendliche nehmen an einem Friedensforum in der Kreuzkirche teil (Rüddenklau 1992).
- 9.2.1982 An diesem Tag erscheint R. Eppelmanns „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ (Rüddenklau 1992).
- 9.4.1982 R.Havemann stirbt in Berlin-Grünheide (Ehring/Dallwitz 1982).
- 16.4.1982 Die 8. Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg konstatiert ein belastetes Verhältnis zwi-

- schen Kirche und Staat wegen der Reaktionen des Staates auf kirchliche Friedensinitiativen (Weber 1986).
- April 1982 In diesem Monat schreibt die Sächsische Landeskirche an ihre Jugendlichen und erklärt, daß sie keinen Schutz vor Verfolgungen im Zusammenhang mit dem Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ bieten kann (Ehring/Dallwitz 1982).
- Juli 1982 Friedenswerkstatt der Ost-Berliner ESG mit 5.000 Besuchern (Rüddenklau 1992).
- 1982 Gründung einer Ökologiegruppe im Friedenskreis der ESG Ost-Berlin (Rüddenklau 1992).
- 1.5.1982 Durch massive Drohungen und Verfolgung in Dresden wird die Teilnahme unabhängiger Demonstranten an der 1.-Mai-Demonstration verhindert („telegraph“ 4/92).
- 9.7.1982 A. Bortfeldt und M. Wilhelm, Leiter der „Sektion DDR“ der KPD-ML, werden zu 8 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt (Fricke 1984).
- 1982 In diesem Jahr entsteht die Jenaer Friedensgemeinschaft (Rüddenklau 1992).
- 1.9.1982 Roland Jahn wird wegen einer offen gezeigten Solidarnosc-Fahne in Jena verhaftet. Am 17. Januar 1983 wird er verurteilt. Am 8.6.1983 wird er gegen seinen Willen in die Bundesrepublik abgeschoben, nachdem bereits über 20 Mitglieder der Friedensgemeinschaft Jena abgeschoben wurden (Fricke 1984).
- 17.9.1982 Die sozialliberale Koalition zerbricht nach dem Rücktritt von vier FDP-Ministern. Helmut Schmidt wird am 1.10.1982 auf Grund eines konstruktiven Mißtrauensvotums durch Helmut Kohl ersetzt (Ash 1993).
- 14.11.1982 Erste Schweigedemonstration in Jena. Ein erneuter Versuch am 24.12.1982 wird verhindert (Fricke 1984).
- 1982 Gründung der Gruppe „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin. Im September 1982 protestieren 400 Frauen mit einer Eingabe gegen das neue Wehrdienstgesetz (Rüddenklau 1992). Am 12.12.1982 werden B. Bohley und U. Poppe verhaftet, am 25.1.1984 werden sie auf freien Fuß gesetzt (Fricke 1984).
- 1982 Am Ende des Jahres muß der Friedenskreis der ESG-Ost-Berlin nach Berlin-Friedrichsfelde umziehen (Rüddenklau 1992). Es entstehen die Zeitschriften „Briefe“ und „Anstöße“ zu Umweltfragen, herausgegeben vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg (Rüddenklau 1992).

1983

- Januar 1983 Katholische Bischöfe veröffentlichen eine Kritik der Einführung des vormilitärischen Trainings in der Schule (Woods 1986).
- Februar 1983 Auseinandersetzungen um eine neue Autobahn nach Schwerin (Rüddenklau 1992).
- Februar 1983 Erstmals wieder FDJ-Mahnwachen vor der Dresdener Frauenkirche (Meyer 1991).
- 18.3.1983 Die „Jenaer Friedensgemeinschaft“ beantragt eine Demonstration anlässlich des 38. Jahrestages der Bombardierung Jenas. Die Demonstration wird nicht genehmigt und verhindert (Fricke 1984). Die Beteiligung an der offiziellen Demonstration in Erinnerung an die Bombardierung Jenas wird verhindert („Spuren“ 1988).
- Frühjahr 1983 Kirchliches Seminar „Konkret für den Frieden I“ in Berlin. Zur Gewährleistung einer gewissen Kontinuität wird ab 1984 ein Fortsetzungsausschuß gewählt (Rüddenklau 1992).
- 29.4.1983 Honecker verschiebt einen geplanten Besuch in der Bundesrepublik (Ash 1993).
- April 1983 In diesem Monat treffen sich im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg 30 Abgesandte von Umweltschutzinitiativen (Fricke 1984).
- Mai 1983 Die II. END-Konferenz tagt in West-Berlin. Einige Besucher kommen zu Besuch nach Ost-Berlin. Im Mai 1983 solidarisiert sich eine Delegation der westdeutschen Grünen auf dem Alexanderplatz mit der Friedensbewegung in der DDR (Poppe 1987).
- Mai 1983 Es findet zum ersten Mal die „Friedensfahrt ohne Sieger“ um Berlin herum statt (Rüddenklau 1992).
- 5.6.1983 Fahrraddemonstration von 200 Personen gegen Umweltbelastung in Halle-Merseburg. Die Gruppe hat Kontakt zu Jena. Am 23. Juni 1983 werden der Jugendpfarrer L. Rochau zu 3 Jahren und der Jurist D. Funke zu 4 Jahren Haft verurteilt (Fricke 1984).
- 29.6.1983 Die Bundesregierung garantiert der DDR einen Kredit über 1 Milliarde DM (Ash 1993).
- 23.7.1983 Es demonstrieren 200 Menschen schweigend in Jena dafür, die DDR verlassen zu dürfen (Woods 1986).
- 6.8.1983 Aktion „Fasten für Frieden“ in einigen Städten der DDR (Poppe 1987).
- Sommer 1983 57 Mediziner bilden in der DDR eine „Initiative gegen den Nuklear-Krieg“ (Woods 1986).

- 1.9.1983 Es wird der Versuch unternommen, zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin eine Kerzenkette zu bilden (Pope 1987). – In einem gemeinsamen Brief anlässlich des Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges appellieren die evangelischen Kirchen der BRD und der DDR an die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten, zusammen mit ihren jeweiligen Verbündeten am Abbau der Rüstung weiterzuarbeiten (Ash 1993).
- 17.9.1983 500 Frauen diskutieren in der Auferstehungskirche Berlin-Lichtenberg über die Beziehung zwischen weiblicher Mentalität und Bewaffnung (Woods 1986).
- Herbst 1983 Die AG Ökologie verläßt den Friedenskreis Ost-Berlin nach Auseinandersetzungen über Aktionsformen (Rüddenklau 1992).
- September 1983 Es entsteht der Friedens- und Umweltkreis in Berlin-Lichtenberg. Aus ihm entsteht später die Umweltbibliothek (Rüddenklau 1992).
- 17.10.1983 50 Frauen der Gruppe „Frauen für den Frieden“ geben in Berlin beim Hauptpostamt ihre Erklärung ab, daß sie ihre Erfassung zum Wehrdienst verweigern („Spuren“ 1988).
- 12.11.1983 Über 100 Menschen mit brennenden Kerzen demonstrieren schweigend vor dem Rathaus in Leipzig. Am 18.11.1983 demonstrieren etwa 30 Menschen erneut. Am 10.4.1984 werden fünf von ihnen zu Freiheitsstrafen verurteilt (Fricke 1984).
- 18.11.1983 Auf einem Sonderparteitag der SPD stimmen 583 Delegierte gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik (14 Stimmen dafür, 3 Enthaltungen) (Ash 1993).
- 22.11.1983 Der Bundestag entscheidet sich für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik (Woods 1986).
- 12.12.1983 Bärbel Bohley und Ulrike Poppe werden wegen der Abgabe einer Wehrdienstverweigerungserklärung verhaftet (Rüddenklau 1992).
- 1983 und 1987 In diesen Jahren gelingt dem MfS in Berlin die Paralisierung des Friedenskreises Pankow und der „Frauen für den Frieden“ (Rüddenklau 1992).
- 1983 11.343 DDR Bewohner sind in diesem Jahr in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt (Weber 1986).

1984

- 20.1.1984 Sechs Ost-Berliner suchen in der US-Botschaft in der DDR Zuflucht zur Durchsetzung ihrer Ausreise. Sie dürfen die DDR verlassen (Fricke 1984).
- 24.1.1984 Zwölf Bürger der DDR suchen Zuflucht in der Ständigen Vertretung der BRD in Ost-Berlin und dürfen ausreisen (Woods 1986).
- 13.2.1984 Im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Bombardierung Dresdens wird von den drei Superintendents der Kirchenbezirke in Dresden die „Arbeitsgruppe Frieden“ gegründet, die kirchliche Friedensaktivitäten koordiniert und den Kontakt zu überregionalen Treffen herstellt. Ein Ökologiearbeitskreis der drei Kirchenbezirke existiert bereits (Meyer 1991; Rüddenklau 1992).
- 24.2.1984 Das Ehepaar Hans und Ingrid Berg sucht Zuflucht in der bundesdeutschen Botschaft in Prag. Im März dürfen sie ausreisen (Fricke 1984).
- Februar 1984 Seminar „Konkret für den Frieden II“ in Eisenach („Spuren“ 1988).
- April 1984 In diesem Monat gibt es eine große Ausreisewelle (Rüddenklau 1992; Weber 1986). Trotzdem kommt es in diesem Jahr zur 2. „Friedensfahrt ohne Sieger“ in Berlin (Rüddenklau 1992).
- 14.3.1984 Erich Honecker und Hans Jochen Vogel verabreden eine SED/SPD-Arbeitsgruppe zur Diskussion einer chemiewaffenfreien Zone (Ash 1993).
- 6.4.1984 35 Bürger der DDR verlassen die Prager Botschaft der BRD nach der Zusicherung, daß sie in die BRD ausreisen dürfen (Woods 1986).
- 5.6.1984 Fahrraddemonstration am Weltumwelttag um den Kollwitzplatz in Berlin (Rüddenklau 1988).
- 27.6.1984 Die Ständige Vertretung der BRD in Ost-Berlin wird geschlossen, nachdem 55 Bürger der DDR Zuflucht für ihre Forderung nach Ausreise gesucht haben. Sie verlassen drei Tage später die Vertretung (Woods 1986; Ash 1993).
- 25.7.1984 Die Bundesregierung garantiert der DDR einen Kredit über 950 Millionen DM (Ash 1993).
- Sommer 1984 Die III. END-Konferenz findet statt. Unabhängige Friedensengagierte aus der DDR, Polen etc. dürfen nicht reisen, sie können sich nur schriftlich beteiligen (Poppe 1987). 1984 kommt es deshalb zur Gründung des „Eu-

- ropäischen Netzwerks für den Ost-West-Dialog.“ (Poppe 1987).
- 1984 Seit diesem Jahr gibt es die Berliner Ökoseminare (Rüddenklau 1992).
- 17.8.1984 Bei einem Treffen im Kreml mißbilligt die sowjetische Führung gegenüber Erich Honecker und seiner Delegation den beabsichtigten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik (Ash 1993).
- September 1984 In diesem Monat veranstalten Johanna und Roman Kalex (später Gruppe „Wolfspelz“) in Dresden zusammen mit einem Pfarrer eine Friedenswerkstatt parallel zum Dresdener Dixieland-Festival, bei dem sich die Hippie-Szene der DDR trifft („telegraph“ 4/92).
- 20.9.1984 SED und SPD beginnen Gespräche über eine chemiewaffenfreie Zone in Zentraleuropa (Ash 1993).
- 30.9.84 Vom 1.1. bis 30.9.1984 sind 36.123 Einwohner der DDR in die Bundesrepublik übersiedelt (Weber 1986).
- Oktober 1984 130 Bürger der DDR suchen in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Zuflucht (Woods 1986).
- November 1984 Konflikt in der Friedenswerkstatt in Dresden um eine Ausstellung zur Militarisierung des Bildungswesens (Rüddenklau 1992).
- 1985**
- 15.1.1985 Die letzten drei Bürger der DDR verlassen die Botschaft der Bundesrepublik in Prag, nachdem sie die Zusage erhalten haben, daß sie nicht verfolgt und ihre Ausreisearträge bearbeitet werden. Zeitweise hielten sich bis zu 350 Bürger der DDR in der Botschaft in Prag auf (Woods 1986).
- Februar 1985 Seminar „Konkret für den Frieden III“ in Schwerin („Spuren“ 1988).
- Februar 1985 Konferenz des Europäischen Netzwerks „Frieden im geteilten Europa – 40 Jahre nach Jalta“ (Poppe 1987).
- 12.3.1985 Michail Gorbatschow wird Parteichef der KPdSU (Ash 1993).
- 6./7.5.1985 Veröffentlichung des Aufrufs einer „Initiative für Blockfreiheit in Europa“. Der Text wird in der amerikanischen und in der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin abgegeben. Unterzeichner kommen aus Ost und Westdeutschland („Spuren“ 1988).
- Mai 1985 Neuer Aufruf zur Kampagne „Zeichenhafter Persönlicher

- Friedensvertrag“. Die Idee und Einzelinitiativen waren bereits 1983 entstanden („Spuren“ 1988).
- Juli 1985 Offener Brief an die Teilnehmer der XII. Weltfestspiele der Studenten in Moskau mit Forderungen zur Demokratisierung der DDR („Spuren“ 1988).
- September 1985 Menschenrechtsseminar in der Wohnung von Wolfgang und Lotte Templin in Berlin. Im November 1985 schreiben seine Sprecher einen Brief an die Kirchenleitung (Rüddenklau 1992).
- 1985 Die IV. END-Konferenz in Amsterdam diskutiert den „Prager Appell“ der „Charta 77“. Unabhängige aus der DDR können sich nur schriftlich beteiligen (Poppe 1987).
- 1.11.1985 Die DDR hat entlang der deutsch-deutschen Grenze alle Bodenminen entfernt (Weber 1986).
- 19.11.1985 Erstmaliges Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow (Ash 1993).
- 7.12.1985 Willy Brandt reist anlässlich des 15. Jahrestages des Warschauer Vertrages Bundesrepublik-Polen nach Warschau. Er trifft sich mit Jaruzelski, aber nicht mit Walesa (Ash 1993).
- 1986**
- Januar 1986 Bekanntgabe der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (Bruckmeier 1993). Pressekonferenz in der Wohnung von Ralf Hirsch in Berlin. Außerdem gelingt die Veröffentlichung eines Appells zum UNO-Jahr des Friedens (Rüddenklau 1992).
- Januar 1986 Die Gruppe „Wolfspelz“ in Dresden erklärt sich zur kirchenunabhängigen Friedensgruppe („telegraph“ 4/92).
- 13.2.1986 Erste Aufforderung von Christof Ziemer in Dresden zur Durchführung einer Ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung (Meyer 1991).
- Februar 1986 Die Berliner Fraktionsauseinandersetzung um Menschenrechte erweitert sich auf das Seminar „Frieden Konkret IV“ in Stendal (Rüddenklau 1992).
- März 1986 In diesem Monat wird die Gründung der Gruppe „Gegenstimmen“ in Berlin bekanntgegeben (Bruckmeier 1993).
- 2.4.1986 Es erscheint in Berlin die Eingabe der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ zum XI. Parteitag der SED mit

- einer Ergänzung von Uwe Bastian und einer Kritik von Thomas Klein (Rüddenklau 1992).
- April 1986 Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Aus diesem Anlaß erscheinen eine Eingabe des Friedens- und Umweltkreises Lichtenberg in Berlin, eine Erklärung des Friedenskreises Friedrichsfelde und eine Unterschriftensammlung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (Rüddenklau 1992).
- April/Mai 1986 Seit diesen Monaten finden in Berlin Verhandlungen mit der evangelischen Kirche über ein Menschenrechtsseminar statt (Rüddenklau 1992).
- 6.5.1986 Unterzeichnung des deutsch-deutschen Kulturabkommens (Ash 1993).
- Juni 1986 Es erscheint in Berlin der „Grenzfall“, der von Mitgliedern der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ herausgegeben wird (Bruckmeier 1993).
- Juli 1986 Es findet eine Friedenswerkstatt in Berlin statt, Beginn von Verhandlungen über die Durchführung der Friedenswerkstatt 1987 (Rüddenklau 1992).
- 20.7.1986 Hans Dietrich Genscher vereinbart in Moskau mit Gorbatschow, in den deutschsowjetischen Beziehungen „eine neue Seite aufzuschlagen“ (Ash 1993).
- 2.9.1986 An diesem Tag eröffnet die „Berliner Umweltbibliothek“ (Bruckmeier 1993).
- Herbst 1986 Gründung des Arbeitskreises „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ in Berlin (Bruckmeier 1993).
- 1986 In diesem Jahr erscheint das Memorandum „Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen“ (Poppe 1987).
- Oktober 1986 Gemeiname Erklärung vieler osteuropäischer Dissidenten zur Niederschlagung der Erhebung in Ungarn 1956 (Poppe 1987).
- 6.10.1986 Saarlouis und Eisenhüttenstadt begründen die erste deutsch-deutsche Städtepartnerschaft (Ash 1993).
- 11.10.1986 Zweites Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow (Ash 1993).
- 21.10.1986 Gemeinsame Erklärung von SPD und SED zu einem atomwaffenfreien Korridor in Zentraleuropa (Ash 1993).
- November 1986 „3. Berliner Ökologie-Seminar“ mit 100 Teilnehmern aus 36 Ökologiegruppen und unter Anwesenheit von Mitgliedern der Bundestagsfraktion der Grünen (Rüddenklau 1992).

10.11.1986	In Moskau teilt Gorbatschow den osteuropäischen KP-Chefs mit, die Sowjetunion werde ihre Osteuropapolitik liberalisieren (Ash 1993).
23.11.1986	Es findet das lange angekündigte und umstrittene Menschenrechtsseminar des Friedenskreises Friedrichsfelde in Berlin statt (Rüddenklau 1992).
1987	
Januar 1987	Beginn der 750-Jahrfeiern in West-Berlin und Ost-Berlin.
Februar 1987	Seminar „Konkret für den Frieden V“ in Leipzig („Spuren“ 1988). Die Teilnahme ist umstritten („Grenzfall“ 3/1987).
April 1987	In diesem Monat erscheint zum ersten Mal der „Friedrichsfelder Feuermelder“ in Berlin (Rüddenklau 1992).
April 1987	Erste Nachrichten über die Vorbereitung eines „Kirchentages von unten“ in Berlin (Rüddenklau 1992).
23.4.1987	Mitglieder der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ wollen von Berlin nach Prag fliegen, alle werden festgenommen (Rüddenklau 1992).
25.4.1987	Gründung einer DDR-weiten Ökologie-Gruppe in der Umweltbibliothek Berlin (Rüddenklau 1992).
7.-9.6.1987	Ein Pfingstkonzert in West-Berlin führt an der Mauer in Ost-Berlin zu einer Prügelei zwischen MfS-Angehörigen und Jugendlichen (Rüddenklau 1992).
12.6.1987	Präsident Reagan fordert Gorbatschow auf, das Brandenburger Tor zu öffnen und die Mauer abzureißen (Ash 1993).
Juli 1987	In diesem Monat findet die VI. END-Konferenz in Coventry statt. Es gibt erheblichen Streit, da auch viele offizielle Friedensorganisationen aus Ost-Europa eingeladen wurden. Viele eingeladene Dissidenten aus der DDR nahmen deshalb nicht teil und begründeten ihre Nichtteilnahme („Grenzfall“ 8–9/1987).
September 1987	E. Honecker besucht die Bundesrepublik.
1987	Ein überregionales Treffen zum Thema „Sozialer Friedensdienst“, angeregt von C. Wonneberger in Dresden, wird verboten (Rüddenklau 1992).
13.8.1987	Krawalle in Ost-Berlin (Rüddenklau 1992).
27.8.1987	Gemeinsames SPD/SED-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (Ash 1993).
1987	Nachdem die Friedenswerkstatt für 1987 abgesagt wurde,

- findet in Berlin der „Kirchentag von unten“ statt (Rüddenklau 1992).
- September 1987 In diesem Monat findet der „Olof-Palme-Friedensmarsch“ statt. In verschiedenen Orten können sich auch unabhängige Friedensgruppen das erste Mal mit eigenen Transparenten daran beteiligen (Rüddenklau 1992).
- 17.9.1987 Abschluß des Dresdener Olof-Palme-Friedensmarsches in der Kreuzkirche mit Forum (Rüddenklau 1992; Rein 1990).
- 18.-22.9.1987 Auf der Synode der Evangelischen Kirche in Görlitz wird der Antrag der „Bartholomäus-Gemeinde“ in Ost-Berlin „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ eingebracht (Rein 1990).
- 22.9.1987 Die Gründung einer „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht“ in Berlin findet großen Zuspruch aus der ganzen DDR (Rüddenklau 1992).
- 13.10.1987 Besuch von CDU-Vertretern bei Pfarrer Eppelmann in Berlin; Distanzierung der Umweltbibliothek, der Gruppe „Gegenstimmen“ und des Friedenskreises Friedrichsfelde (Rüddenklau 1992).
- 17.10.1987 Überfall von Skins auf Besucher eines Punk-Konzerts in der Zions-Kirche in Ost-Berlin (Rüddenklau 1992).
- 1987 Am Ende des Jahres als Reaktion auf den Skin-Überfall in Berlin Gründung einer „Anti-Nazi-Liga“ in Dresden, initiiert von der Gruppe „Wolfspelz“ („telegraph“ 5/92).
- 24./25.11.1987 In dieser Nacht Durchsuchung der Umweltbibliothek in Berlin, um die Umweltbibliothek beim Druck der nichtkirchlichen Schrift „Grenzfall“ zu überraschen, was nicht gelingt (Rüddenklau 1992).
- 1987 Am Ende des Jahres Auseinandersetzungen im Friedrichsfelder Friedenskreis (Berlin). Der verantwortliche Pfarrer Gartenschläger läßt ein Krawczyk-Konzert zu und muß sein Amt aufgeben (Rüddenklau 1992).
- Dezember 1987 In diesem Monat findet in Berlin der Prozeß gegen die Skins statt, die ein Konzert am 17.10. in der Zions-Kirche überfallen hatten (Rüddenklau 1992).
- 5./6.12. 1987 Eine SPD-Delegation erkundigt sich in Ost-Berlin bei Kirchenvertretern über die Vorgänge in der Umweltbibliothek. Gert Weisskirchen darf nicht einreisen (Rüddenklau 1992).
- 7.12.1987 Drittes Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow in Washington (Ash 1993).

- 10.12.1987 Bei einem Gottesdienst anlässlich des UNO-Tages der Menschenrechte in Berlin fordern mehrere Sprecher die Verwirklichung politischer Freiheitsrechte in der DDR. Angehörige der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ werden festgenommen (Rein 1990).
- 1988**
- Januar 1988 Gründung des Netzwerks „Arche“; seine Mitglieder verlassen die Umweltbibliothek in Berlin nach einem Unvereinbarkeitsbeschluss vom 2. Mai des Jahres (Bruckmeier 1993).
- Januar 1988 Sogenannte „Luxemburg-Affäre“ in Berlin. Die Verhaftungen von Mitgliedern unabhängiger Gruppen, die sich mit einem eigenen Transparent an der Gegendemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht beteiligten bzw. völlig unbeteiligt waren, führen in der ganzen DDR zu starken Solidaritätsaktivitäten (Rüddenklau 1992). In Dresden kommen als Reaktion auf die Ereignisse in Berlin immer mehr Leute zur Gruppe „Wolfspelz“. Es entstehen verschiedene Arbeitsgruppen. Mahnwachen werden hier von Kirchenvertretern abgelehnt („telegraph“ 5/92). In Leipzig findet als Reaktion auf die Ereignisse in Berlin jeden Montag ein „Friedensgebet“ in der Nikolaikirche bis zum Sommer statt. Träger sind die „Initiativgruppe Leben“ (IGL), eine ursprüngliche Umweltgruppe, und der Arbeitskreis „Gerechtigkeit“ (Rüddenklau 1992).
- 12.-15.2.1988 1. „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in Dresden. Die Organisatoren stellen eine Verbindung her zu dem schon traditionellen Gedenken an den 13.2.1945 (Meyer 1991; Rein 1990). Es gibt Auseinandersetzungen um ein Transparent einer Gruppe von „Ausreisern“: „Vernichtet nicht die Menschenrechte wie einst Dresden!“ (Meyer 1991).
- Februar 1988 „Frieden konkret VI“ in Cottbus. Unter dem Titel „Spuren“ wird ein erster Versuch zur Geschichtsschreibung über die DDR-Friedensbewegung vorgelegt („Spuren“ 1988).
- 9.4.1988 Regionaltreffen von „Konkret für den Frieden“. Thema ist die Tagung des Internationalen Währungsfonds in Berlin (Rüddenklau 1992).
- April 1988 Ökoseminar in Schwerin zur Gewässerverschmutzung (Rüddenklau 1992).

April 1988	Ab diesem Monat erscheinen die Informationsblätter von „Arche“ (Rüddenklau 1992).
April-Mai 1988	Streiks in Polen, auch auf der Lenin-Werft in Danzig (Ash 1993).
Mai 1988	Rücktritt Janos Kadars als ungarischer Parteichef (Ash 1993).
24.5.1988	Solidaritätskonzert des Jazzposaunisten Conny Bauer für Bärbel Bohley und Werner Fischer in der Zionskirche Berlin (Rüddenklau 1992).
29.5.1988	Viertes Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow (Ash 1993).
3.-5.6.1988	Landesweites Treffen zu Problemen der Weltwirtschaft in Potsdam. Eine „Potsdamer Erklärung“ solidarisiert sich mit der „Fuldaer Erklärung“ aus Westdeutschland. Es wird eine gemeinsame Position zum Internationalen Währungsfonds (IWF) bezogen (Rüddenklau 1992).
5.6.1988	Leipziger Gruppen veranstalten den „Pleisse-Gedenkmarsch“ gegen Verschmutzung des Flusses durch die Industrie (Rüddenklau 1992).
7.6.1988	Eröffnung einer Ausstellung in der Umweltbibliothek Berlin mit Bildern von Bärbel Bohley (Rüddenklau 1992).
16.6.1988	Ansammlung auf der Straße „Unter den Linden“ in Berlin. Anlässe sind ein Konzert auf der anderen Seite der Mauer und die Erinnerung an das Pfingstkonzert ein Jahr davor. Es kommt zur Festnahme von bis zu 100 Jugendlichen. Es sind etwa 600 Jugendliche beteiligt (Rüddenklau 1992).
19.6.1988	Vorgehen von DDR-Sicherheitsorganen gegen westliche Kamerateams in Berlin am Brandenburger Tor (Rüddenklau 1992).
24.6.1988	20 Thesen von F. Schorlemmer zum Kirchentag in Halle mit grundsätzlichen Forderungen zur Reform der DDR (Rein 1990).
3.8.1988	Rückkehr von B. Bohley nach Berlin (Rüddenklau 1992).
31.8.1988	Eine Streikwelle in Polen führt zu einem Treffen von General Czeslaw Kiszczak und Lech Walesa; erste formelle Erörterung von Gesprächen mit Solidarnosc am Runden Tisch (Ash 1993).
September 1988	Relegation von vier Schülern der Carl-von-Ossietzky-Schule in Ost-Berlin; in diesem Zusammenhang Spaltung der Gruppe „Gegenstimmen“ (Rüddenklau 1992).
23.-25.9.1988	Seminar in Berlin-Friedrichsfelde zur Tagung des Interna-

tionalen Währungs-Fonds. Im Vorfeld sind gemeinsame Aktionen mit westdeutschen Gruppen nicht zustande gekommen (Rüddenklau 1992).

- 29.9.1988 Kleine Demonstration vor dem Pergamon-Museum in Berlin gegen Repräsentanten des IWF (Rüddenklau 1992).
- 10.10.1988 Demonstration von kirchlichen Mitarbeitern in Berlin gegen die Zensur von Kirchenzeitungen mit 150 Teilnehmern (Rüddenklau 1992).
- 17.10.1988 Erster Bericht der „Umweltblätter“ in Berlin über die Relegierung von Schülern der Carl-von-Ossietzky-Schule (Rein 1990).
- 11.11.1988 Aktion der Umweltbibliothek Berlin gegen die Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche (Rüddenklau 1992).
- 4.12.1988 An diesem Tag suchen fünf Ausreisewillige Zuflucht in einer Sakristei einer Kirche in Weimar. Der Weimarer Superintendent Reder liefert sie gegen den Willen des Eisenacher Landeskirchenamts der Polizei aus. Nach landesweiten Protesten tritt er in den vorzeitigen Ruhestand und stellt einen Ausreiseantrag, der genehmigt wird (Rüddenklau 1992).
- 7.12.1988 Gorbatschow spricht vor der UNO über Prinzipien der Entscheidungsfreiheit und des Gewaltverzichts (Ash 1993).

1989

- 8.1.1989 Es erscheint ein Aufruf, sich mit eigenen Kandidaten an der Kommunalwahl 1989 zu beteiligen (Rein 1990).
- 15.1.1989 Eine „Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft“ ruft in Leipzig zur Demonstration auf. Es nehmen etwa 800 Personen teil. Der Demonstrationzug wird auseinandergetrieben, es kommt zu zahlreichen Verhaftungen. Nach Protesten in der DDR und international werden die Ermittlungsverfahren am 26.1.1989 eingestellt (Rüddenklau 1992).
- 16.1.1989 Das ZK der PVAP in Polen beschließt die Relegalisierung von Solidarnosc (Ash 1993).
- 27./28.1.1989 In der Nacht kommt es zu Brandanschlägen in Halle auf Behördengebäude (Rüddenklau 1992).
- 1989 Seit Jahresbeginn findet eine Perspektiven-Diskussion in den „Umweltblättern“ Berlin statt. Sie wird ausgelöst durch ein Thesenpapier im „Friedrichsfelder Feuermelder“ (Rüddenklau 1992).

Februar 1989	Seminar „Konkret für den Frieden VII“ in Greifswald (Mitter/Wolle 1990).
6.2.1989	Beginn der Gespräche des Runden Tisches in Polen (Ash 1993).
10.2.1989	Das ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei diskutiert die Neubeurteilung der Revolution von 1956 und unterstützt die Idee eines Mehrparteiensystems (Ash 1993).
Frühjahr 1989	Plattformseminar für die Friedenskreise Dresdens unter dem Titel: „Quo vadis DDR?“. Von hier ausgehend wird in Dresden die Beobachtung der Kommunalwahlen im Mai 1989 organisiert („telegraph“ 5/92).
März 1989	Es wird eine landesweite Öffnung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ versucht (Bruckmeier 1993).
April 1989	Seit April finden monatliche Protestandachten in der Paul-Gerhardt-Kirche in Dresden-Gittersee gegen den Aufbau eines Reinst-Silizium-Werkes statt. Die Gruppe „Wolfspelz“ und die drei Dresdner Superintendenden kooperieren (Rüddenklau 1992).
5.4.1989	Die Gespräche des Runden Tisches in Polen führen zur Vereinbarung über die Relegalisierung von Solidarnosc und semifreie Parlamentswahlen (Ash 1993).
26.-30.4.1989	3. „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in Dresden (Rein 1990).
April 1989	In einem Potsdamer Kulturhaus treffen sich Stadtökologiegruppen, die sich seit 1987 im Rahmen des „Kulturbundes“ und der „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ gebildet haben. Im April 1989 versuchen sie eine Vernetzung. In diesem Rahmen entsteht auch die Idee, ein Reformprogramm für die DDR zu entwickeln („Havemann-Kreis“) (Rüddenklau 1992).
18./19.4.1989	In den Räumen der „Kirche von unten“ in Ost-Berlin wird die „Autonome Antifa Berlin“ gegründet. 300 Anwesende diskutieren mehrere Stunden über faschistische Erscheinungen in der DDR (Rüddenklau 1992).
20.4.1989	An diesem Abend wird in mehreren Kneipen Weimars relativ offen „Führers Geburtstag“ gefeiert. Angekündigte Neonazi- und Skinhead-Treffen in Potsdam und Eberswalde finden nicht statt (Rüddenklau 1992).
2.5.1989	Ungarn beginnt mit dem Abbau des Eisernen Vorhangs an der Grenze zu Österreich (Ash 1993).

7.5.1989	Kommunalwahlen in der DDR. Sie werden überall in der DDR von kritischen Bürgern beobachtet (Rein 1990).
8.5.1989	Demonstration mit 500 Teilnehmern in Leipzig gegen die Manipulation der Kommunalwahlergebnisse (Rein 1990).
15.5.1989	Demonstration von 150 Ausreisern für ihre Ausreise in Leipzig (Rein 1990).
4.6.1989	Die Kandidaten der Solidarnosc gewinnen die ersten (fast) freien Wahlen in Polen. Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking (Ash 1993).
Anfang Juni 1989	Parallellseminar des Ost-Berliner Friedenskreises Friedrichsfelde zum 10. Pädagogischen Kongreß der DDR. Die Idee entstand im Zusammenhang mit der Relegation der Schüler der Carl-von-Ossietzky-Schule (Rüddenklau 1992).
7.6.1989	50 Personen wollen vom Konsistorium der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg einen Schweigemarsch zum Staatsratsgebäude unternehmen. Dort soll eine Eingabe zur Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahlen abgegeben werden. Die Demonstration wird verhindert. Man trifft sich abends in der Sophienkirche. Danach kommt es noch zu einer kleinen Demonstration (Rein 1990).
11.6.1989	Teilnahme von 800 Personen an einem Umweltgottesdienst in der Dorfkirche Börln bei Leipzig unter dem Motto „Kein Atomkraftwerk im Bezirk Leipzig und anderswo“ (Rüddenklau 1992).
13.6.1989	In Ungarn beginnen die Gespräche des Runden Tisches (Ash 1993).
16.6.1989	An diesem Tag wird in Budapest Imre Nagy in einem feierlichen Akt beerdigt und damit der Aufstand in Ungarn 1956 „rehabilitiert“. Dieses Begräbnis gibt den Weg frei für das Ende der Diktatur (Ash 1990).
18.6.1989	Die von Solidarnosc angeführte Opposition gewinnt alle im Sejm verfügbaren Sitze (35 Prozent). und 99 von 100 Sitzen im Senat (Ash 1993).
Juni 1989	Gründung der Initiativgruppe „Demokratischer Aufbruch“ (Bruckmeier 1993).
Juli 1989	Gründung der Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei“ (Bruckmeier 1993).
4.7.1989	Der traditionelle Pleiße-Gedenkmarsch in Leipzig mit 500 Teilnehmern wird aufgelöst (Rüddenklau 1992).
Juli-August 1989	Eine wachsende Anzahl von DDR-Bürgern flüchten über

- Ungarn nach Österreich oder suchen Zuflucht in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin oder in ihren Botschaften in Budapest und Prag (Ash 1993).
- 7.7.1989 Die Konferenz des Warschauer Paktes in Bukarest endet mit einer Deklaration, in der die Einmischung in innere Angelegenheiten eines Staates zurückgewiesen wird (Ash 1993).
- August 1989 In Ost-Berlin werden Flugblätter einer „Freien Partei der Republik“ verbreitet. Es wird zu einer Demonstration am 1. und 2. September und zu einem Generalstreik aufgerufen (Rüddenklau 1992).
- 4.9.1989 Die „Böhlener Plattform“, Gründungserklärung der Gruppe „Vereinigte Linke“, wird veröffentlicht (Bruckmeier 1993).
- 9./10.9.1989 Konstituierung der Gruppe „Neues Forum“ (Bruckmeier 1993).
- 10.9.1989 Ungarn gibt die Öffnung seiner Grenze zu Österreich für DDR-Bürger um Mitternacht zum 11.9.1989 bekannt. Bis Ende Oktober werden etwa 50.000 Menschen über diese Route die DDR verlassen (Ash 1993).
- 12.9.1989 Konstituierung von „Demokratie Jetzt“ (Bruckmeier 1993).
- 25.9.1989 Tausende nehmen an einer Protestdemonstration in Leipzig teil (Ash 1993).
- 30.9.1989 Etwa 6.000 DDR-Bürgern, die in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Zuflucht gesucht haben, wird gestattet, in Sonderzügen, die durch die DDR fahren, in den Westen auszureisen (Ash 1993).
- 1.10.1989 Bildung der Gründungsinitiative für eine Grüne Partei (Bruckmeier 1993).
- 1.-5.10.1989 Etwa 1.500 DDR-Bürgern, die in der Warschauer Botschaft der Bundesrepublik Zuflucht gesucht haben, wird die Ausreise in den Westen gestattet (Ash 1993).
- 2.10.1989 Etwa 15.000 Bürger nehmen an einer Protestdemonstration in Leipzig teil.
- 3./4.10.1989 In der Nacht gewaltsame Auseinandersetzungen um den Bahnhof von Dresden. Die Polizei riegelt den Bahnhof ab, um zu verhindern, daß Menschen in die Züge einsteigen, die DDR-Flüchtlinge aus der Botschaft der Bundesrepublik in Prag in die Bundesrepublik bringen (Flach 1993).
- 4.10.1989 Gemeinsame Erklärung von DJ, DA, IFM, SDP, NF, Friedenskreisen, Gruppe Demokratischer Sozialisten (Bruck-

- meier 1993). Gründung einer Kontaktgruppe, die später den „Runden Tisch“ erzwingt (Thaysen 1990).
- 4.-5.10.1989 Weiteren 7.600 DDR-Bürgern in der Botschaft der Bundesrepublik in Prag wird die Ausreise gestattet (Ash 1993).
- 5.10.1989 Gorbatschow trifft in Ost-Berlin zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung ein (Ash 1993).
- 6./7.10.1989 Erneutes Treffen der Stadtökologie-Gruppen in Potsdam. Aus diesem Kreis geht im Herbst die „Grüne Liga“ hervor (Rüddenklau 1992).
- 7.10.1989 Formelle Gründung der SDP in Schwante (Bruckmeier 1993).
- 7.10.1989 Eine Demonstration auf dem Alexanderplatz in Berlin fordert die Zulassung der Gruppe „Neues Forum“. Die Demonstrationen reißen in dieser Nacht nicht ab, sie werden von der Polizei und der Staatssicherheit brutal zusammengeknüppelt, es kommt zu vielen „Zuführungen“ (Mitter/Wolle 1993).
- 8.10.1989 Gründung der „Gruppe der 20“ in Dresden. Sie führt die ersten Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und der SED über eine Umgestaltung der Stadt und des Landes (Flach 1993).
- 9.10.1989 In Leipzig wird auf die Montagsdemonstration mit etwa 70.000 Teilnehmern nicht geschossen (Rein 1990).
- 10.10.1989 Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei wird aufgelöst. An ihrer Stelle wird die Ungarische Sozialistische Partei gegründet (Ash 1993).
- 16.10.1989 Mehr als 100.000 Menschen kommen zu den fortan regelmäßigen Montagsdemonstrationen in Leipzig zusammen (Ash 1993).
- 18.10.1989 Erich Honecker tritt zurück. Sein Nachfolger ist Egon Krenz (Ash 1993).
- 23.10.1989 Die „Gruppe der 20“ in Dresden wird um verschiedene Arbeitsgruppen durch Mitarbeiter des Ökologischen Arbeitskreises der Dresdener Kirchenbezirke erweitert (Flach 1993). – Etwa 300.000 Menschen demonstrieren in Leipzig (Ash 1993). – Proklamation der neuen Ungarischen Republik in Budapest (Ash 1993).
- 28.10.1989 Landesweite Konstituierung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (Bruckmeier 1993). In Prag werden Demonstrationen zur Erinnerung an den 71. Jahrestag der

- Gründung einer unabhängigen Tschechoslowakei von der Polizei zerschlagen (Ash 1993).
- 30.10.1989 Formelle Konstituierung der Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ (Bruckmeier 1993). Mehr als 300.000 Menschen demonstrieren in Leipzig (Ash 1993).
- 4.11.1989 Treffen aller Dresdener Bürgervereinigungen zur Koordinierung ihrer Arbeit in der Stadt (Flach 1993). Massendemonstration in Ost-Berlin. Tausende flüchten über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik (Ash 1993).
- 5.11.1989 Die Gründungsinitiative für eine Grüne Partei stellt sich vor (Bruckmeier 1993).
- 6.11.1989 Massendemonstration in Leipzig (Ash 1993).
- 8.11.1989 Resolution des Bundestages zur polnischen Westgrenze (Ash 1993).
- 9.11.1989 Öffnung der Mauer. Helmut Kohl unterbricht seinen Besuch in Polen (Ash 1993).
- 9.11.1989 Das „Neue Forum“ wird im Innenministerium der DDR als Vereinigung registriert (Bruckmeier 1993).

9. Literatur

- Arato, Andrew, „Civil Society“ gegen den Staat. Der Fall Polen 1980/81, in: R. Fenchel/A. J. Pietsch (Hrsg.), Polen 1980–1982, Hannover 1982
- ders., Revolution, Civil society und Demokratie, in: Transit – Europäische Revue, Heft 1, Frankfurt 1990
- Arendt, Hannah, Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München 1958
- dies., Über die Revolution, München 1965
- dies., Eichmann in Jerusalem, München 1964
- Ash, Timothy Garton, Ein Jahrhundert wird abgewählt, München 1990
- ders., „Und willst du nicht mein Bruder sein ...“, Hamburg 1981
- ders., Im Namen Europas, München 1993
- Auerbach, Thomas, DDR-Linke in der Westberliner Alternativen Liste – Vermittlung von DDR-Erfahrungen scheiterte im Ansatz, in: telegraph 3/1992
- Bahro, Rudolf, Die Alternative, Frankfurt 1977
- ders., Plädoyer für schöpferische Initiative, Frankfurt 1980
- ders., ... die nicht mit den Wölfen heulen, Köln 1979
- Rudolf Bahro – Eine Dokumentation, o.O., 1978
- Besier, Gerhard/Wolf, Stefan (Hrsg.), Pfarrer, Christen und Katholiken, Neukirchen 1991
- Besier, Gerhard, Der SED-Staat und die Kirche, München 1993
- Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, Berlin 1988
- Bickhardt, Stephan (Hrsg.), Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung, Berlin 1988
- Bittermann, Klaus (Hrsg.), Der rasende Mob. Die Osis zwischen Selbstmitleid und Barbarei, Berlin 1993
- Blanke, Thomas/Erd, Rainer (Hrsg.), DDR – Ein Staat vergeht, Frankfurt 1990
- Brand, K.-W., Neue soziale Bewegungen – ein neoromantischer Protest? Thesen zur historischen

- Kontinuität und Diskontinuität der neuen sozialen Bewegungen, in: Wasmuth, U.C. (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt 1989, S. 125–139
- Brandt, Peter/Ammon, Herbert (Hrsg.), Die Linke und die nationale Frage, Hamburg 1981
- Broder, Henryk M., Die Republik der Simulanten, in: Bittermann, Klaus (Hrsg.), Der rasende Mob. Die Ossis zwischen Selbstmitleid und Barbarei, Berlin 1993
- Bruckmeier, Karl/Haufe, Gerda (Hrsg.), Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Ländern, Opladen 1993
- Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter/Wolschner, Klaus/Henkys, Reinhard, Friedensbewegung in der DDR, Hattingen 1982
- Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter, Null Bock auf DDR – Aussteigerjugend im anderen Deutschland, Hamburg 1984
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), DDR Handbuch, 2. Aufl., Köln 1979
- Cerny, Jochen (Hrsg.), Wer war wer – DDR, Berlin 1992
- Crusius, R./Wilke, M., Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt 1977
- Dannowski, Hans Werner, Erinnern und Gedenken, Hamburg 1991
- Demke, Christoph, Fragen der modernen Theologie, Berlin 1973
- Deppe, R./Dubiel, H./Rödel, U.(Hrsg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt 1991
- Der deutsche Historikerstreit aus mitteleuropäischer Sicht, (Osteuropa-Forum Nr. 77), Hamburg 1989 Die DDR im 40. Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Köln 1989
- Die DDR im 40. Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Köln 1989
- Dörfler, E./Dörfler, M., Zurück zur Natur, Leipzig und Frankfurt/M. 1986
- Dörfler, E., Zwischen Flucht und Anpassung, Leipzig 1989
- ders., Neue Lebensräume, Leipzig u. Frankfurt/M. 1990
- Draheim, D. u. a. (Hrsg.), Robert Havemann, Berlin 1991
- Dutschke, Rudi, Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin 1974
- ders., Aufrecht Gehen – Eine fragmentarische Autobiographie, Berlin 1981
- Dutschke, Rudi/Wilke Manfred (Hrsg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, Hamburg 1975
- Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982
- Eisenfeld, Bernd, Kriegsdienstverweigerung in der DDR – ein Friedensdienst?, Frankfurt a.M. 1978
- ders., Wenn wir nicht handeln, bleiben wir schuldige Opfer, in: Ehring, Klaus/Dallwitz, Martin, Schwerter zu Pflugscharen, Hamburg 1982
- Eisenfeld, Peter, Innerer Frieden schafft äußeren Frieden, in: Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988
- Elias, Norbert, Studium über die Deutschen, Frankfurt 1989
- Eppelmann, Rainer, Fremd im eigenen Haus, Köln 1993
- Falcke, Heino, Vom Gebot Christi, daß die Kirche uns die Waffen aus der Hand nimmt und den Krieg verbietet, Stuttgart 1986
- ders., Mit Gott Schritt halten, Berlin 1986
- ders., Die unvollendete Befreiung. Die Kirche, die Umwälzung in der DDR und die Vereinigung Deutschlands, in: Ökumenische Existenz heute, Nr. 9, München 1991
- Feher F./Heller A., Die Linke im Osten – Die Linke im Westen, Köln 1985
- Fehr, Helmut, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen in Ostmitteleuropa, Habilitationsschrift FU Berlin, Oktober 1992
- Fenchel, R./Pietsch, A. J. (Hrsg.), Polen 1980–1982, Hannover 1982
- Flach, Helmut, Die Gruppe der 20 oder der Dresdener Weg – Eine Chronologie, Manuskript, Dresden 1993; erscheint demnächst in einer Veröffentlichung des Projektes „Demokratisierung in

- der ehemaligen DDR“ des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg, Lehrstuhl Prof. Dr. Uwe Thaysen
- Fricke, Karl Wilhelm, Warten auf Gerechtigkeit, Köln 1971
- ders., Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945–1968, Köln 1979
- ders., Opposition in der DDR, Köln 1984
- ders., Zur Menschen- und Grundrechtssituation politischer Gefangener in der DDR, Köln 1986
- Fuchs, Jürgen, Gedächtnisprotokolle, Hamburg 1977
- ders., Vernehmungsprotokolle, Hamburg 1978
- Glaeßner, Gert-Joachim, Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1991
- Grabner, J./Heinze, Ch./Pollack, D. (Hrsg.), Leipzig im Oktober, Berlin 1990
- Grebing, Helga, Die intellektuelle Opposition in der DDR seit 1956. Ernst Bloch – Wolfgang Harich – Robert Havemann, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/77
- Grunenberg, Antonia, Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Hamburg 1993
- Harich, Wolfgang, Zur Kritik der revolutionären Ungeduld, Basel 1971
- ders., Kommunismus ohne Wachstum?, Reinbeck 1975
- Hauswald, Harald/Rathenow, Lutz, Ost-Berlin – die andere Seite einer Stadt, Berlin 1989
- Havemann, Robert, Dialektik ohne Dogma, Hamburg 1964
- ders., Fragen – Antworten – Fragen, München 1970
- ders., Berliner Schriften, Berlin 1976
- ders., Ein deutscher Kommunist, Hamburg 1978
- ders; Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg, München 1982
- Heider, Magdalena/Thöns, Kerstin, SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre, Köln 1990
- Hein, Christoph, Als Kind habe ich Stalin gesehen, Berlin/Weimar 1990
- Henkys, R. (Hrsg.), Die evangelischen Kirchen in der DDR, Berlin 1982
- Henrich, Rolf, Der vormundschaftliche Staat, Hamburg 1989
- Heym, Stefan, Nachruf, München 1988
- Hirsch, Ralf/Kopelew, Lew (Hrsg.), Initiative Frieden und Menschenrechte. „Grenzfall“, Berlin 1989
- Hirsch, Ralf (Hrsg.), 40 Jahre DDR – und die Bürger melden sich zu Wort, Köln 1990
- Holzer, Jerzy, Polen nach dem Kommunismus – quo vadis?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31.1.1992
- Initiative Ost-West-Dialog Berlin (Hrsg.), Der Frieden ist unteilbar, Berlin 1985
- Israel, J. (Hrsg.), Zur Freiheit berufen, Berlin 1991
- Jänicke, Martin, Der dritte Weg, Köln 1964
- Jaspers, Karl, Die Schuldfrage, Heidelberg 1946
- ders., Freiheit und Wiedervereinigung, München 1960
- ders., Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1966
- ders., Antwort zu meiner Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, München 1967
- Kleßmann, Christoph, Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25.1.1991
- ders. (Hrsg.), Kinder der Opposition, Gütersloh 1993
- Klier, Freya, Abreißkalender, München 1988
- dies., Lüg Vaterland, München 1990
- Klokocka, Vladimir/Ziemer, Klaus, Stichwort Opposition, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik Bd. 4 – Sozialistische Systeme, München 1986, S. 305–316
- Knabe, Hubertus, Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3/1988, S. 551ff
- Knabe, Hubertus, Politische Opposition in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31.1.1990
- Knabe, Hubertus (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989

- Knabe, Hubertus, Opposition in einem halben Land, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1/92, S. 9ff
- Knabe, Wilhelm, Zur Deutschlandpolitik der Grünen. Der doppelte Verrat des linken Wessi-Stasis oder wenn der Schwanz mit dem Hund wedelt, in: „telegraph“ 12/1991
- Knötzsch, Dieter, Innerkommunistische Opposition. Das Beispiel Robert Havemann, Opladen 1968
- Kolakowski, Leszek, Die Hauptstömungen des Marxismus, München 1988
- Komitee für die Freilassung Rudolf Bahros (Hrsg.), Materialien – Internationaler Kongreß für und über Rudolf Bahro 16.-19.11.1978, Berlin 1978
- dass., Der Bahro Kongreß – Dokumentation, Berlin 1979
- Konrad, György, Antipolitik, Frankfurt 1985
- Konrad, György/Szelenyi, Ivan, Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt 1978
- Kraushaar, Wolfgang, Zur Dialektik von Internationalismus und Nationalismus, in: Mittelweg 36, Heft 1, Frankfurt 1992
- Kroh, Ferdinand (Hrsg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“, Berlin 1988
- Krone, Tina/Schult, Reinhard, „Seid Untertan der Obrigkeit“, Berlin 1992
- Kuhr, Eberhard, Wider die Militarisierung der Gesellschaft. Friedensbewegung und Kirche in der DDR, Forschungsbericht Nr. 35 der Konrad-Adenauer-Siftung, St. Augustin 1984
- Kukutz, Irena/Havemann, Katja, Geschützte Quelle, Berlin 1991
- Kuron, Jacek/Modzelewski, Karol, Monopolsozialismus, Hamburg 1969
- Lemke, Christiane, Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991
- Leonhard, Wolfgang, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955
- Loest, Erich, Durch die Erde ein Riß, Leipzig 1990
- Manrique, Matthias/Rabehl, Bernd, Protestantische Kirche, kirchliche Basisgruppen und dissidente Intelligenz in der DDR in den achtziger Jahren (hektographiertes Manuskript für den Forschungsverbund SED-Staat), Berlin 1992
- Meckel, Markus/Gutzeit, Martin, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – Kommentierte Quellentexte, Köln 1994
- Mehlhorn, Ludwig, Berlin – Warschau, in: Knabe, Hubertus (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989
- Meuschel, Sigrid, Wandel durch Auflehnung – Thesen zum Verfall bürokratischer Herrschaft in der DDR, in: R. Deppe/H. Dubiel/U. Rödel (Hrsg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt 1991
- dies., Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt 1992
- Meyer, Olaf, Erinnern und Trauern als öffentliche Ausdrucksformen der christlichen Gemeinde. Das Beispiel Dresdens, in: Dannowski, Hans Werner, Erinnern und Gedenken, Hamburg 1991
- Minnerup, Günter, Politische Opposition in der DDR vor dem Hintergrund der Reformdiskussion in Osteuropa, in: Die DDR im 40. Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. 22. Tagung zum Stand der DDR-Forschung, Köln 1989
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.), „Ich liebe euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989, Berlin 1990
- dies., Untergang auf Raten, München 1993
- Młeczowski, Wolfgang, Der neue Moralismus. Zur politisch-geistigen Alternative in der DDR, in: liberal 4/1979, S. 262ff
- dies., Grenzprobleme regimekritischen Denkens, in: liberal 7–8/1979, S. 545ff
- dies., In Search of the Forbidden Nation. Opposition by the Young Generation in the GDR, in: Government and Opposition 2/1983, S. 175ff
- Mlynar, Zdenek (Hrsg.), Forschungsprojekt „Krisen in den Systemen sowjetischen Typs“, Wien 1983 ff.
- Müller-Enbergs/Schulz/Wielgoß (Hrsg.), Von der Illegalität ins Parlament, Berlin 1991

- Neubert, Ehrhart, Protestantische Kultur und DDR-Revolution, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 3.5.1991
- Neugebauer, Gero/Niedbalski, Bernd, Die SPD in der DDR 1989–1990, Freie Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 74, Berlin 1992
- Opp, K. – D., Wie erklärt man die Revolution in der DDR?; in Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1/92, S. 16ff
- Pelikan, Jiri/Wilke, Manfred, Menschenrechte. Ein Jahrbuch zu Osteuropa, Hamburg 1977
- dies., Opposition ohne Hoffnung? Jahrbuch zu Osteuropa 2, Hamburg 1979
- Pollack, Detlef (Hrsg.), Die Legitimität der Freiheit, Frankfurt 1990
- Probst, Lothar, Bürgerbewegungen, politische Kultur und Zivilgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 3.5.1991
- dies., Die Entwicklung der Bürgerbewegungen im Prozeß der Vereinigung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 1/92
- dies., Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie, Köln 1993
- Rein, G./Falcke, H./Schorlemmer, F./Meckel, M./Wollenberger, V./Neubert, E., Im Prinzip Hoffnung. Gespräche über Alternativen zum real existierenden Sozialismus, in: Kirche im Sozialismus, (1989) 4, S. 139
- Rein, Gerhard, Die Opposition in der DDR, Berlin 1989
- dies., Die protestantische Revolution, Berlin 1990
- Richter, Edelbert, Christentum und Demokratie in Deutschland, Leipzig/Weimar 1991
- dies., Erlangte Einheit – Verfehlte Identität, Berlin 1991
- dies., Die Zweideutigkeit der lutherischen Tradition. in: Deutschland Archiv 4/1993, S. 407ff
- Rosenthal, Rüdiger, Sozialismus ist Demokratie, in: dies. (Hrsg.), Robert Havemann – Die Stimme des Gewissens. Texte eines deutschen Antistalinisten, Hamburg 1990
- Rüddenklau, Wolfgang, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989, Berlin 1992
- dies., Ein Leninscher Parteisolat. Leben und Werk des Stasi-Spitzels Wolfgang Wolf, in: „telegraph“ 1+2/1992
- dies., „Schafe im Wolfspelz“. Zum zehnjährigen Bestehen des Anarchistischen Arbeitskreises „Wolfspelz“ in Dresden, in: „telegraph“ 4/1992, 5/1992 und 7/1992
- dies., „Wir müssen uns gut benehmen.“ Zur Zusammenarbeit der Westgrünen mit den Basisgruppen der DDR in den achtziger Jahren, in: „telegraph“ 9/1992, S. 41ff
- dies., Nachtrag zum Tod von Gerd Bastian und Petra Kelly, in: „telegraph“ 11/1992
- Schorlemmer, Friedrich, Bis alle Mauern fallen, Berlin 1991
- dies., Worte öffnen Fäuste, München 1992
- Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen, der diskrete Charme des Status quo, Berlin 1992
- Schröder, Richard, Denken im Zwielficht, Tübingen 1990
- Schüddekopf, Charles (Hrsg.), Wir sind das Volk, Hamburg 1990
- Smolar, A./Kende, P., Die Rolle oppositioneller Gruppen, Köln 1989
- Smutny, Pavel, Die Tschechoslowakei – eine Rückkehr zu sich selbst, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31.1.1992
- Sozialistisches Osteuropakomitee (Hrsg.), Osteuropa-Info 2/1981, Beiträge zur DDR-Opposition, Hannover 1981
- Spittmann, Ilse (Hrsg.), Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987
- SPUREN, in: Bickhardt, Stephan u. a. (Hrsg.), Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR, Berlin 1988
- Staatliche Kunstsammlung Dresden (Hrsg.), Ausgebürgert, o.O., o.J.
- Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR 1949–1985, Frankfurt 1985
- dies., Die SED und die Opposition, in: Ilse Spittmann (Hrsg.) Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987
- Staniszki, Jadwiga, Dilemmata der Demokratie in Osteuropa, in: Deppe, Rainer u. a. (Hrsg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt 1991, S. 326ff

- StaSi-Akte „Verräter“, SPIEGEL SPEZIAL 1/1993, Hamburg 1993
- Szabo, Mate, Probleme der Demokratisierung in Ungarn, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 31.1.1992
- Thaysen, Uwe, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk?, Opladen 1990
- Timmermann, H., Reformkommunisten in West und Ost. Konzeptionen, Querverbindungen und Perspektiven, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 31, 1980
- Uhl, Petr, Die Herausforderung, Frankfurt 1981
- Ullmann, Wolfgang, Demokratie – jetzt oder nie!, München 1990
- Wasmuth, U. C. (Hrsg.), Alternativen zur alten Politik? Neue soziale Bewegungen in der Diskussion, Darmstadt 1989
- Weber, Hermann/Koch, Manfred, Opposition in der DDR, in: Wehling Hans Georg (Hrsg.), DDR, Stuttgart 1983, S. 132ff
- Weber, Hermann, Geschichte der DDR, München 1985
- ders: (Hrsg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, München 1986
- Wegner, Bettina, Von Deutschland nach Deutschland, Berlin 1989
- Wehling, Hans Georg (Hrsg.), DDR, Stuttgart 1983
- Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, München 1989
- Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt 1992
- Weißhuhn, Reinhard (Redaktion), Gesteinssammlung. Festschrift für Gerd Poppe, hrsg. zum 50. Geburtstag von Gerd Poppe im März 1991, Berlin, März 1991
- Wensierski, Peter/Büscher, Wolfgang, Beton ist Beton, Hattingen 1981
- Werner, Winfried (Hrsg.), ... oder Dresden. Fotos, Dokumente und Texte einer Ausstellung 40 Jahre nach der Zerstörung der Stadt, Dresden 1986
- Winkler, Karl, Made in GDR. Jugendszenen aus Ost-Berlin, Berlin 1983.
- Woods, Roger (ed.), Opposition in the GDR under Honecker 1971–1985, London 1986